

ANLÄSSE BEGEGNUNGEN CHANCEN



JAHRESBERICHT 2013



ZENTRALVERBAND
SANITÄR
HEIZUNG KLIMA

Impressum:**Herausgeber:**

Zentralverband Sanitär Heizung Klima
Rathausallee 6 · 53757 St. Augustin
Tel.: (0 22 41) 92 99-0 · Fax: (0 22 41) 2 13 51
info@zvshk.de · www.wasserwaermeluft.de

Verantwortlich:

Rechtsanwalt Elmar Esser
Hauptgeschäftsführer

Weitere Adressen:

Hauptstadtrepräsentanz des Zentralverbands
Sanitär Heizung Klima
Am Neuen Markt 11 · 14467 Potsdam
Tel.: (0331) 74 38 160 · Fax: (0331) 74 38 169
potsdam@zvshk.de

Geschäftsstelle des Berufsförderungswerks
des Gebäude- und Energietechnikhandwerks e.V.
Am Neuen Markt 11 · 14467 Potsdam
Tel.: (0331) 74 38 160 · Fax: (0331) 74 38 169
bfw@zvshk.de

Überwachungsgemeinschaft Technische Anlagen
der SHK-Handwerke e.V.
Rathausallee 6 · 53757 Sankt Augustin
Tel.: (0 22 41) 92 99-500 · Fax: (0 22 41) 92 99-510
uewg@zvshk.de · www.uewg-shk.de

Konzeption und Redaktion:

Frank Ebisch
Kommunikation & Strategie
f.ebisch@zvshk.de

Mitarbeit:

Thomas Dietrich
S.51-57; S.65-75

Gestaltung/Satz:

Eins 64 – Grafik-Design für Verbände
www.eins64.de

Fotos:

Thomas Dietrich

Druck:

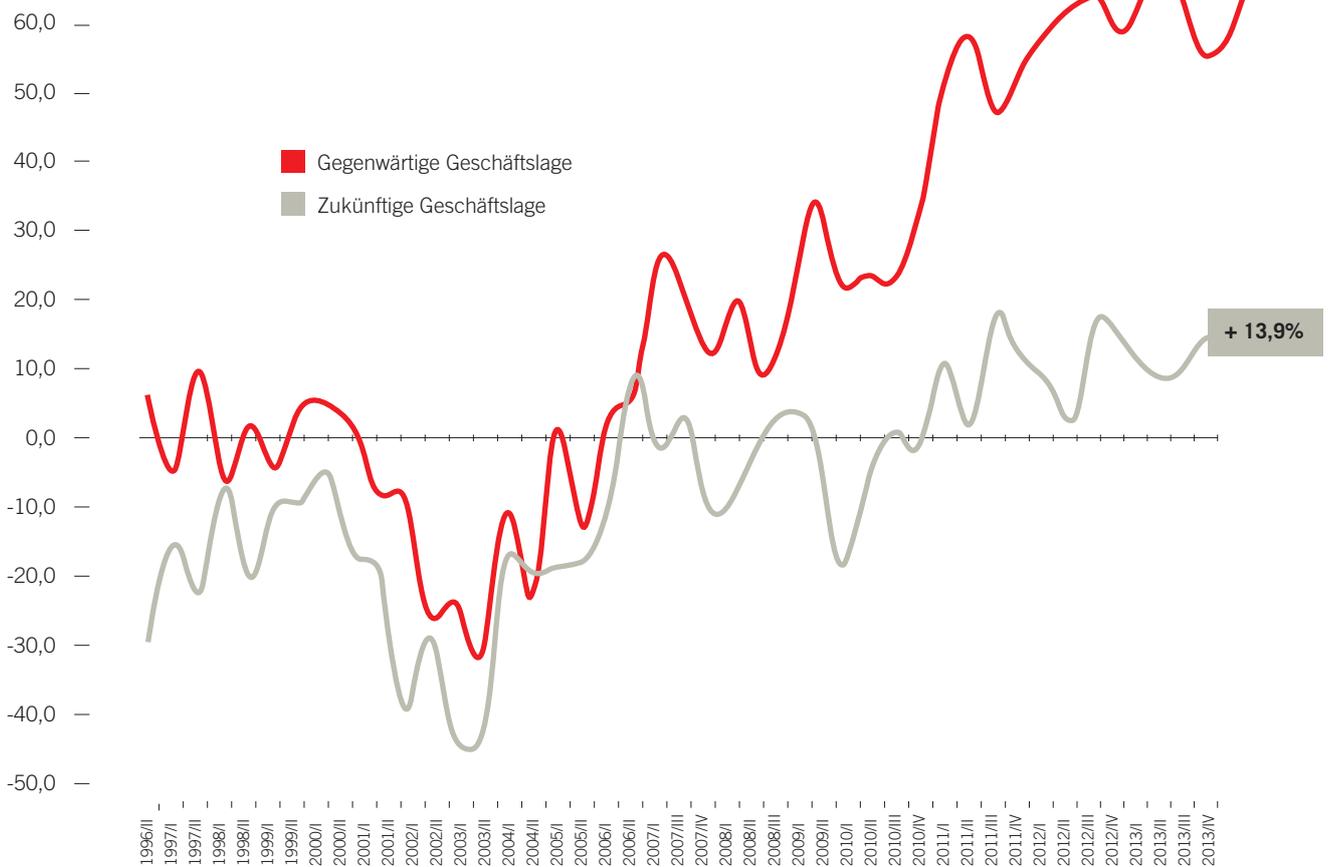
Welzel+Hardt GmbH

Stand:

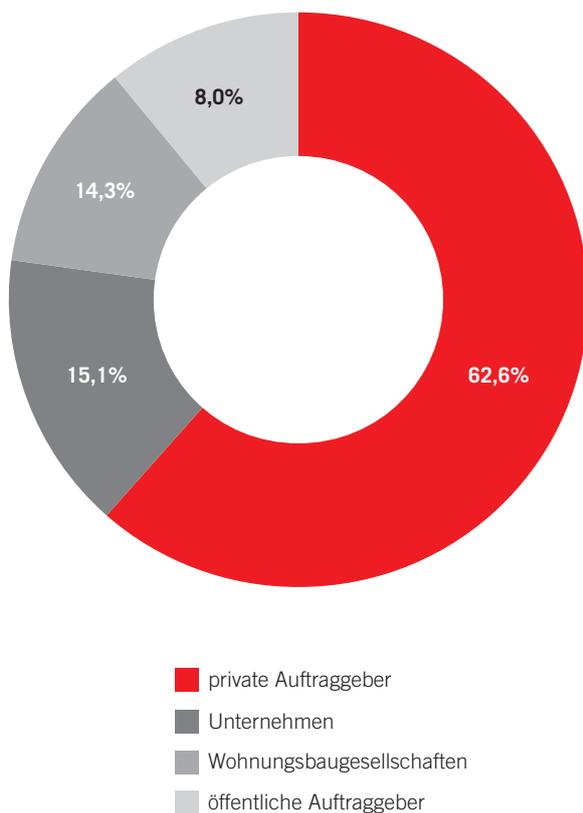
Januar 2014

Konjunkturelle Entwicklung im Jahresvergleich in %

Indikator: Saldo aus positiven und negativen Antworten in % (Ergebnisse der ZVSHK-Konjunkturumfragen)

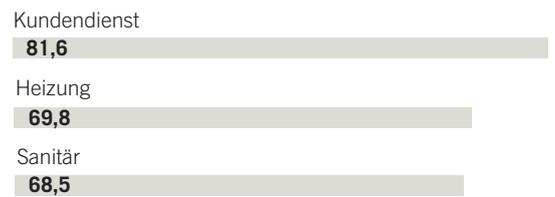


Umsatzanteil in % nach Kundengruppen

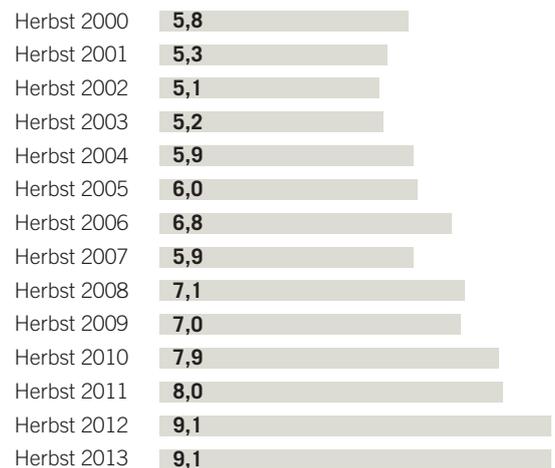


Aktuelle Geschäftslage in % nach Gewerken im Winter 2013

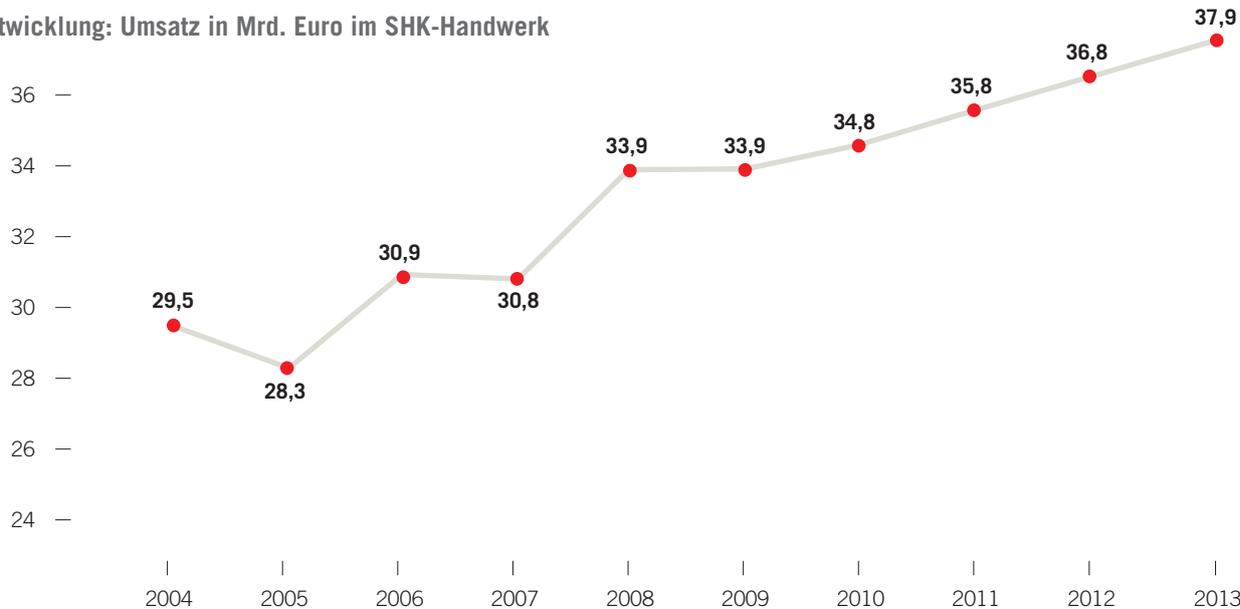
Indikator: Saldo aus positiven und negativen Antworten in %



Entwicklung des Auftragsbestandes in Wochen

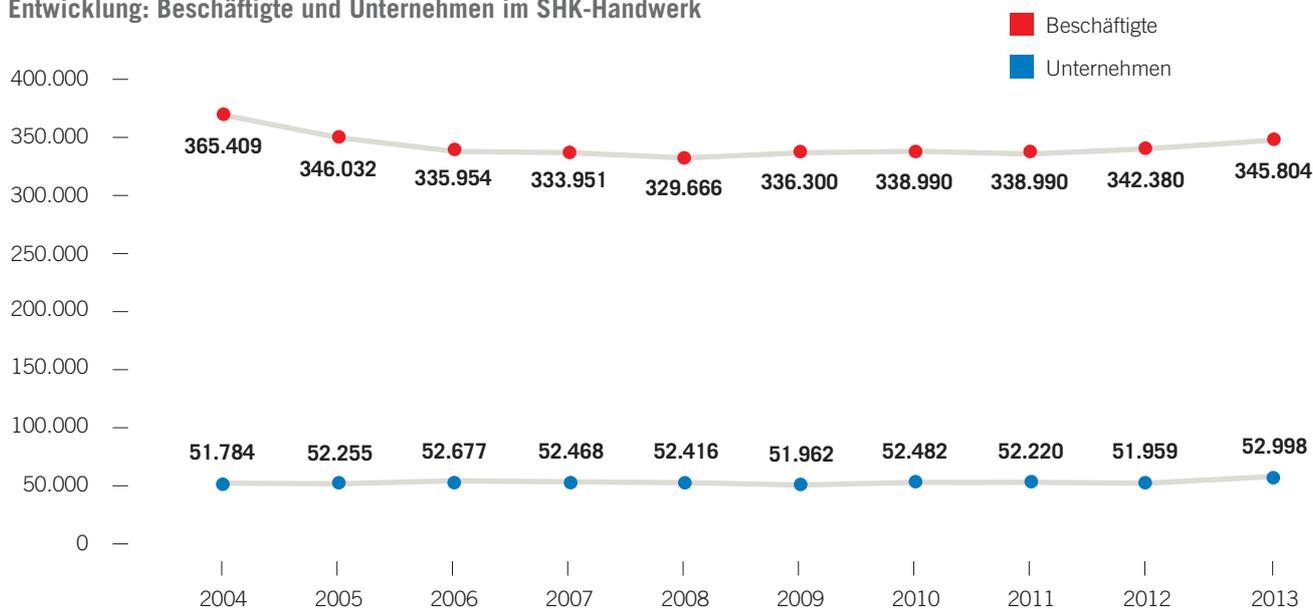


Entwicklung: Umsatz in Mrd. Euro im SHK-Handwerk



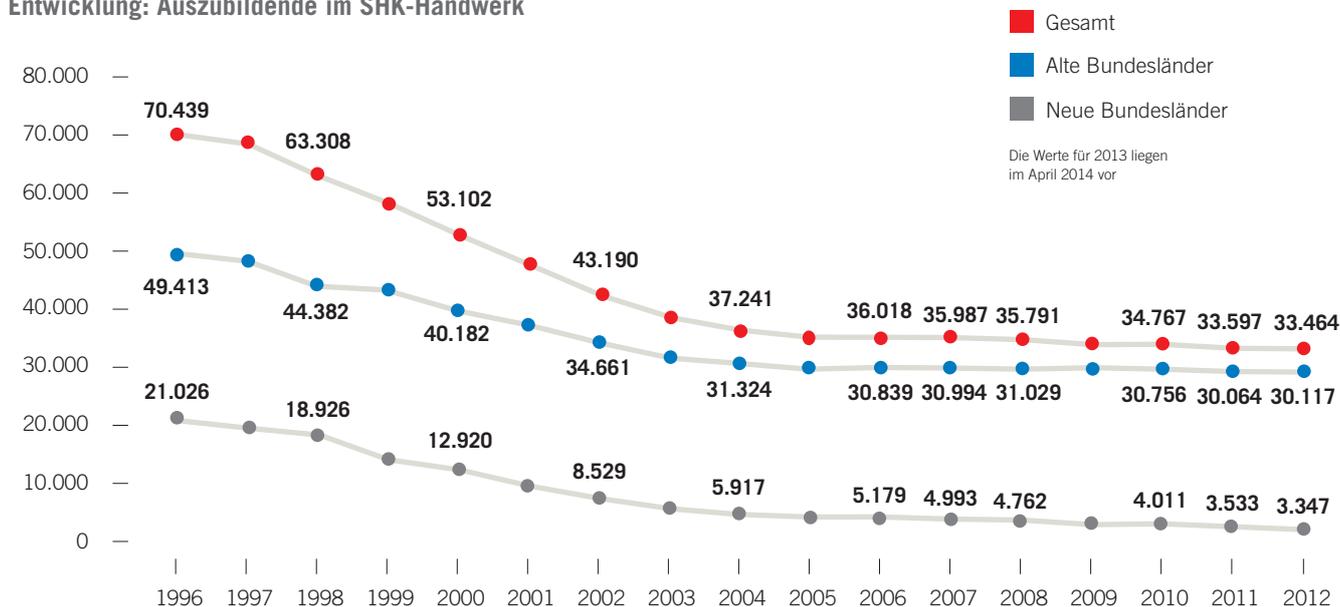
Berechnungsbasis: Unternehmensregistrauswertung 2010 des Stat. Bundesamtes

Entwicklung: Beschäftigte und Unternehmen im SHK-Handwerk



Berechnungsbasis: Unternehmensregistrauswertung 2010 des Stat. Bundesamtes

Entwicklung: Auszubildende im SHK-Handwerk



Die Werte für 2013 liegen im April 2014 vor

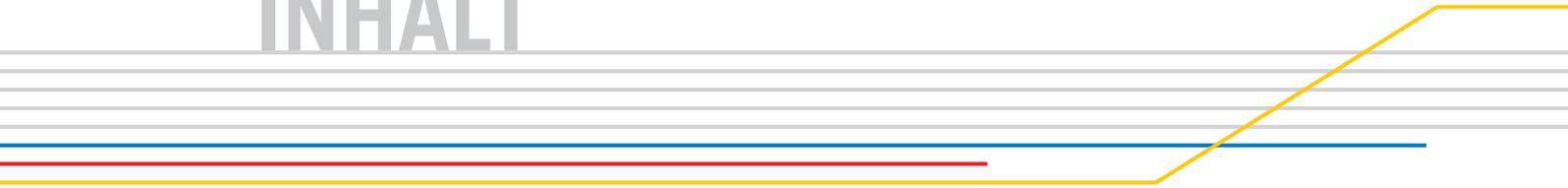
ANLÄSSE BEGEGNUNGEN CHANCEN

JAHRESBERICHT 2013



ZENTRALVERBAND
SANITÄR
HEIZUNG KLIMA

INHALT



08 EDITORIAL

10 LAGEBERICHT

- 13 Geschäftsverlauf
- 15 Beschäftigte
- 18 Berufsbildung
- 20 Politische Arbeit
- 29 Recht
- 31 Kommunikation
- 35 Marketing
- 39 Technik
- 43 Berufsförderungswerk
- 44 Überwachungsgemeinschaft

46 VERLEIHUNG EUROPÄISCHER ARCHITEKTURPREIS

50 GEMEINSCHAFTSTAGUNG ZVSHK UND DWA

54 SANITÄRSYMPOSIUM

58 ISH 2013

64 GEMEINSCHAFTSTAGUNG ZVSHK UND UBA

68 BRANCHENGESPRÄCH SMARHOUSE

72 SYMPOSIUM DEMOGRAFIE ZVSHK UND KFW

76 ÖLSYMPOSIUM ZVSHK UND IWO

80 BRANCHENFORUM ONLINE-PR

86 Die Landes- und Fachverbände des ZVSHK

Verleihung
Europäischer Architekturpreis

Energie + Architektur
Gemeinschaft
ZVSHK und

Sanitärsymposium
ISH 2013

Die Weltleit
Branchenforum
SHK-Br
Online-PR

Gemeinschaftstagung
ZVSHK und UBA

Gemeinschaftstagung
und DWA

Branchengespräch

Symposium Demografie
Smarthouse
ZVSHK und KfW

messe
anche

Ölsymposium
ZVSHK und IWO

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Freunde des SHK-Handwerks!

Im Mittelpunkt unserer Arbeit stehen die Betriebe des organisierten SHK-Handwerks. Wir sind Vertreter von Interessen und Mittler von Informationen. Wir arbeiten für jedes einzelne Mitglied unserer Verbandsorganisation. Geschäftsführer, Meister, Gesellen, Techniker, Auszubildende sind alle nur mittelbar über den Innungsbetrieb mit uns verbunden. Sie sind aber zu jeder Zeit die unmittelbaren Bezugsgrößen für unsere Anstrengungen und Leistungen zum Vorteil des organisierten SHK-Handwerks.

Vertreter und Anhänger einer nüchternen Kosten-Nutzen-Analyse mag dies befremdlich erscheinen. Wird der wirtschaftliche Erfolg nicht allein durch objektive Entscheidungsfindungen begründet? Sollte der Faktor Mensch mit allen seinen subjektiven Unwägbarkeiten nicht möglichst ausgeblendet werden im rationalen Abwägen von Kosten und Nutzen?

Verhaltensökonomien haben inzwischen längst erkannt, dass der Mensch kein „homo oeconomicus“ ist. Entscheidungen, in denen es um Gewinn oder Verlust geht, werden vom menschlichen Gehirn ganz und gar nicht rein rational gesteuert. Angst, Gier, Leidenschaft oder auch Belohnungserwartung haben ganz maßgebliche Auswirkungen auf ökonomische Verhaltensprozesse. Es menschelt.

Das Sanitär-, Heizungs- und Klimahandwerk bietet den Menschen in unserem Lande eine breite Palette von Leistungen, die sich ganz unmittelbar in deren engsten Arbeits- und Lebensumfeld auswirken. Es ist Marktmittler für eine Technologie, die den Menschen Wasser, Wärme und Luft ins Haus bringt. Es sorgt für Sicherheit und Wohlgefühl.

Diese sehr menschliche Komponente ist der prägende Faktor unseres Handwerks. Und sie ist damit in aller

gebotenen Konsequenz das Charakteristikum seiner Verbandsorganisation.

Der Zentralverband, seine Landesverbände und deren Innungen bilden ein Gemeinwesen, das eben nicht nur aus Organisationseinheiten für professionelle Dienstleistungsangebote besteht. Diese Gemeinschaft bietet Zusammengehörigkeit, sie verschafft Identität, sie vermittelt Halt; und sie verkörpert Tradition.

Das Handwerk allgemein muss heute mit dem Vorwurf leben, seine festgefügteten Strukturen seien längst überholt. Die Zukunft wird zeigen, wie gerechtfertigt ein solches Urteil ist. Das SHK-Handwerk beweist jedenfalls Jahr für Jahr auf das Neue, wie erfolgreich seine vier Gewerke am Markt sind. Denn vom Heizungsbauer, über den Installateur, den Klempner bis hin zum Ofen- und Luftheizungsbauer, dem Behälter- und Apparatebauer gilt die Maxime: Tradition ist das Fundament für Fortschritt.

Die Vergangenheit generiert das Selbstbewusstsein der Gegenwart. Das Handeln aber wird bestimmt durch die Zukunftssicherheit eines Handwerks, das in den nächsten Jahren mithelfen wird, zwei maßgebliche politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Herausforderungen unseres Landes zu bewältigen. Energie und Demografie sind und bleiben die Triebfedern für den wirtschaftlichen Erfolg und die beeindruckende Marktpositionierung des SHK-Handwerks.

Vor diesem Hintergrund ist es eine wegweisende Aufgabe der obersten Verbandsorganisation, das SHK-Handwerk im Gespräch zu halten. Und dies im wahren Sinne des Wortes. Der ZVSHK hat in seinem Geschäftsjahr 2013 zahlreiche Anlässe geschaffen, um Menschen zu den Themen Energie und Demografie ins Gespräch zu bringen. Er hat Plattformen geboten für

den Gedanken- und Informationsaustausch zu vielen relevanten Fragen rund um Wasser, Wärme, Luft.

Neun große und größere Veranstaltungen haben 2013 den Rhythmus der Verbandsarbeit des ZVSHK bestimmt. Durchschnittlich alle sechs Wochen hat der ZVSHK Menschen zusammengebracht, die alle auf ihre Weise Experten und Kompetenzträger für Gebäude- und Haustechnik sind – sowohl als Referenten, Diskutanten, Gäste als auch Zuhörer.

Diese Veranstaltungen waren ein unverzichtbarer Teil der externen und internen Kommunikation des ZVSHK. Ein Teil von ihnen waren „gelernte“ Zusammenkünfte; der andere Teil setzte neue Themenschwerpunkte. Über allem aber stand der Messeauftritt des ZVSHK auf der ISH in Frankfurt.

Das Verhältnis des ZVSHK zu „seiner“ Messe ist ein ganz besonderes. Über mehr als fünf Jahrzehnte hinweg, hat das Handwerk – als größte Besuchergruppe – den Weg der ISH von einer kleinen Verbandsausstellung zu einer wahren Weltleitmesse aktiv begleitet. Der ZVSHK ist als Standesorganisation der annähernd 350.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im SHK-Handwerk seit Messegründung der Garant für einen ungebrochen hohen Besucherzuspruch aus dem Handwerk.

Die ISH ist längst Teil unserer Handwerkstradition geworden; das heißt nicht, dass die Messe keine ständige Fortentwicklung braucht, um als nationaler und internationaler Marktplatz der SHK-Branche den Anforderungen der Gegenwart gerecht zu werden. Die ISH ist schon qua Nomenklatur verpflichtet, den technologischen Innovationen einen stets aktuellen Rahmen zu bieten. Sie muss ihren Ruf als Weltleitmesse Jahr für Jahr neu beweisen.

Auch bei dieser Entwicklung greift der Bedingungsatz: Tradition ist das Fundament für Fortschritt. Für den ZVSHK als Gründer und Träger der ISH ist es deshalb eine selbst auferlegte Verpflichtung, der ISH immer wieder neue Impulse zu vermitteln. Natürlich orientiert er sich dabei primär an den Interessen seiner Klientel. 2013 waren es die Verleihung des ZVSHK Produkt-Awards, das neu etablierte Ofenforum und die erstmalig realisierte Liveberichterstattung von der Messe über das zusammen mit dem Strobel Verlag betriebene studio shk, welche der ISH und ihren nationalen wie internationalen Besuchern vollkommen neue Angebote verschafft haben.

Insgesamt war der Messeauftritt des ZVSHK beispielhaft für seine Motivation, viele Menschen in und außerhalb der Branche zusammenzuführen. Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik bleibt ein „People Business“. Auch 2014 wird der ZVSHK dafür sorgen, dass die bedeutsamen Themen, Fragen und Probleme der SHK-Branche in persönlichem Kontakt angesprochen werden können. Unsere Veranstaltungen werden dabei in Konzeption und Durchführung bestimmt sein durch Tradition und Fortschritt. Auf dieses Begriffspaar gründet sich der Erfolg der organisierten Handwerksbetriebe ebenso wie die Gestaltungskraft ihrer Interessenvertretung.

Ohne das Handwerk geht es nicht.

Manfred Stather
Präsident

Elmar Esser
Hauptgeschäftsführer

LAGEBERICHT 2013

DER BESONDERE STELLENWERT DES HANDWERKS

Erstmals dokumentiert ein Tätigkeitsbericht des ZVSHK die Leistungen der Verbandsorganisation über den Zeitraum eines Kalenderjahres. Dies verbessert die Aktualität und die Übersichtlichkeit des Geschäftsberichtes. Bisher erstreckte sich das Berichtsjahr vom Herbst eines Jahres bis zum Herbst des Folgejahres. Geschuldet war dies der Terminierung der zweiten jährlichen Mitgliederversammlung des ZVSHK, die stets Ende Oktober stattfand. Von dieser starren Zeitansetzung ist die oberste SHK-Organisation inzwischen abgerückt – nicht zuletzt zum Vorteil einer kohärenten Geschäftsberichterstattung.

Das Jahr 2013 war in Deutschland insgesamt ein Jahr voller Widersprüche und Gegensätze. Nicht nur klimatisch: Einem langen kalten Winter folgte ein intensiver heißer Sommer. Auch politisch: Der fulminante Wahlsieg von Bundeskanzlerin Merkel bei den Bundestagswahlen im September reichte doch nur für die Bildung einer Großen Koalition. Oder fiskalisch: Trotz stetig steigender Steuereinnahmen wird das deutsche Staatsdefizit am Jahresende den Rekordwert von 2070 Milliarden Euro erreichen. Ökonomisch? Während die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank die Sparguthaben der Deutschen täglich kleiner werden lässt, wird die Konsumlaune der Verbraucher immer größer. Sie hat 2013 maßgeblich dazu beigetragen, die deutsche Wirtschaftsleistung weiter wachsen zu lassen. Ökonomen rechnen im Schnitt mit einem Wachstum von 0,5 Prozent.

In dieser sehr divergenten Gemengelage musste das Sanitär-, Heizungs- und Klimahandwerk sich bewähren. Mit Erfolg: Es konnte seinen besonderen Stellenwert für die Zukunftsgestaltung des Landes durch die wachsende wirtschaftliche Prosperität der Betriebe und politische Einflussnahme der Verbandsorganisation nachdrücklich unter Beweis stellen.

Die Rahmenbedingungen in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft

2013 war das Jahr der Bundestagswahl; und das im wahrsten Sinne des Wortes. Schon weit vor dem eigentlichen Urnengang im September hatte der Berliner Politbetrieb seine Geschäfte weitgehend eingestellt. Alle wichtigen politischen Entscheidungen blieben offen.

Das beste Beispiel hierfür war die politische Zurückhaltung beim Management der Energiewende. Offiziell von allen Parteien als wesentliche Aufgabe für die Zukunftsgestaltung des Landes angesehen, blieb das Thema Energiewende im politischen Tagesgeschäft auffällig konturlos. Jeder wusste, was zu tun ist. Aber keiner rang sich durch zu konkreten Maßnahmen. Dabei spielten die Gegensätze in der schwarz-gelben Bundesregierung noch eine weitaus stärkere Rolle als die unterschiedlichen Sichtweisen von Regierung und Opposition.



Es war die Ökostromförderung, die sich als „Sprengmeister der Energiewende“ (FAZ) erwies. Ohne Masterplan für ein verträgliches Wendemanöver schlitterte die Politik bei der Energiewende in ein wahres Chaos. Die Strompreisbremse entwickelte sich im Frühjahr und Sommer des Wahljahres zum Schlagwort eines immer unkoordinierter agierenden Politikbetriebes in Berlin. Das Thema Wärme geriet dabei vollends aus dem Blickfeld der streitenden Koalitionäre; und auch die rot-grüne Opposition konnte sich vor der Wahl zu keinem gemeinsamen energiepolitischen Standpunkt durchringen. Dabei hatte sich das Thema längst reduziert auf mehr oder weniger überzeugende Reformvorschläge für das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG).

Schon früh im Jahr war abzusehen, dass der Wärmemarkt mit seinem großen Energieeffizienz-Potenzial von der politischen und öffentlichen Diskussion über die Strommarktentwicklung in Deutschland gänzlich überlagert würde. Im Januar 2013 war der Vorschlag für die steuerliche Abschreibung der Wohngebäude-sanierung endgültig beerdigt worden – Bund und Länder fanden nach einem einjährigen Vermittlungsverfahren keine gemeinsame Entscheidungsgrundlage für eine Umsetzung dieser von der SHK-Branche nachdrücklich empfohlenen Maßnahme. Es blieb zu Jahresbeginn allein die Hoffnung auf Veränderung durch die Bundestagswahl im Herbst.

Und tatsächlich hat der Wahlausgang Hoffnung auf konstruktive energiepolitische Lösungen geweckt.

„Energiewende klappt nur mit Schwarz-Rot“ titelte die WELT schon eine Woche nach der Bundestagswahl. Die beginnenden Koalitionsverhandlungen zwischen CDU/CSU und SPD Anfang November belegten diesen Optimismus. Nach fast einem Jahr Stillstand kam Bewegung in das Thema Energiewende. Beide Seiten erklärten die Energiepolitik zu einem der beherrschenden Themen ihrer Regierungsbildung. Neben dem erklärten Willen, die maßlose Überförderung des Ökostroms endlich zu beenden, standen gleich zu Beginn der Koalitionsverhandlungen auch wieder Vorschläge für den Wärmemarkt auf der energiepolitischen Agenda.

Letztlich war es für die deutsche Wirtschaft aber ein glücklicher Umstand, dass die monatelangen politischen Irrungen und Wirrungen vor der Bundestagswahl in eine anhaltende Phase der Hochkonjunktur fielen. Die Wirtschaft in Deutschland bleibt davon unbeeindruckt auf Wachstumskurs. In den ersten drei Quartalen des Jahres war die Binnennachfrage stabil, die Arbeitsmarktsituation gekennzeichnet von einer positiven Beschäftigungsentwicklung und die Exportergebnisse waren so gut, dass die Europäische Union die hohen Handelsüberschüsse Deutschlands Anfang November 2013 öffentlich rügen musste.

Weiterhin sehr positive Effekte für die Konjunktur im Allgemeinen und das SHK-Handwerk im Besonderen leistete 2013 das Baugewerbe. Seit 2010 steigt die Zahl der Neubauwohnungen kontinuierlich an. Ver-

antwortlich hierfür sind nach Aussagen des Münchener ifo-Instituts niedrige Bauzinsen, eine weiterhin hohe Zuwanderungsquote und die seit Jahren zu beobachtende Geldflucht in Immobilien. Dieser positive Trend soll sich zudem verstetigen. Die Prognosen für 2015 sprechen von weiteren 240.000 Wohnungsfertigstellungen in Deutschland.

Grundsätzlich gewinnt das Eigenheim nach dem vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband Ende Oktober 2013 veröffentlichten Vermögensbarometer weiter an Beliebtheit. Jeder zweite Bundesbürger findet es bestens geeignet, um Vermögen aufzubauen und sich im Alter finanziell abzusichern. 2012 waren es noch 45 Prozent. Dabei wollen sich immer weniger Menschen für ein Eigenheim verschulden. Während vor zwei Jahren noch 84 Prozent der Bundesbürger für eine eigene Immobilie einen Kredit aufnehmen wollten, sind aktuell nur noch rund 73 Prozent dazu bereit.

Aber der Immobilienboom bereitet auch Sorgen. Ohne die Angst vor einer wirklichen Immobilienblase zu schüren, warnte die Deutsche Bundesbank im Herbst vor überpreuerten Wohnungen in besonders attraktiven Ballungsräumen. Die „Flucht in Betongold“ bleibt Folge der Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank, die die deutschen Sparer Milliarden Euro kostet. Nach Berechnungen der Postbank haben die Sparvermögen bei Banken in Deutschland 2013 real etwa 14 Milliarden Euro an Wert verloren.

Die Deutschen stecken ihr Geld also weiter konsequent in Immobilien. 2012 stiegen die Immobilienumsätze in Deutschland von 165,7 auf 168,1 Milliarden Euro. Für 2013 ist von einem ähnlichen Wachstum auszugehen.

Das Ausbauhandwerk profitiert von diesem Boom seit dem Beginn der internationalen Finanzkrise im Jahr 2008. Kauf, Werterhalt und Wertsteigerung der eigenen vier Wände waren und sind entscheidende Impulse für den guten Konjunkturverlauf im Sanitär-, Heizungs- und Klimahandwerk; denn gerade der Bäderbau und die Heizungserneuerung haben für Eigenheimbesitzer eine sehr hohe Priorität.

Im Hinblick auf die energetische Sanierung von gebrauchten Immobilien wird der Markt 2014 weiter an

Dynamik gewinnen – ungeachtet aller politischen Eingriffe oder Anstöße. Der Energieverbrauch spielte zwar bisher beim Kauf einer Immobilie eine völlig untergeordnete Rolle, den stetig steigenden Energiepreisen zum Trotz. Wie eine Studie des TÜV Rheinland jüngst ermittelte, sind beim Immobilienkauf Preis, Lage und Zustand die wichtigsten Kriterien. Gerade einmal vier Prozent der Immobilienbesitzer erklärten den Energieverbrauch zum kaufentscheidenden Punkt.

Das könnte sich allerdings entscheidend ändern. Denn bisher fand der Energieausweis beim Immobilienkauf kaum Beachtung. Zwei Drittel der Käufer bekamen den Ausweis laut TÜV-Studie erst gar nicht zu Gesicht.

Jetzt wird der „ungeliebte Energieausweis“ (Die WELT) zur Pflicht. Wer ab 2014 ein Haus oder eine Wohnung verkauft, muss den Energieausweis vorzeigen. Bei allen seinen Schwächen wird der Energieausweis damit zwangsläufig das Thema Energieverbrauch des Gebäudes beim Immobilienkauf aufwerten.

Eine noch stärkere Wirkungskraft würde der Energieausweis entfalten, wenn die Politik zukünftig die Vorstellungen und Empfehlungen des „Bündnisses Energieausweis“ berücksichtigte. Das Bündnis steht unter der Federführung der Spitzenverband der Gebäudetechnik.

Das Bündnis propagiert einen „neuen Energieausweis“, der bewusst machen soll, dass jede verschwendete Kilowattstunde Energie eine Verschwendung finanzieller Ressourcen ist. Denn nur wenn Eigentümer und Mieter über den energetischen Zustand ihres Hauses fachlich korrekt und zuverlässig informiert seien, könnte es ein Umdenken hin zu mehr Wirtschaftlichkeit bei der Energiebereitstellung und -nutzung geben, argumentieren die Initiatoren.

Das Bündnis fordert daher die Abkehr vom Dualismus des Bedarfs- und Verbrauchsausweises und die Hinwendung zum reinen Bedarfsausweis. Der vom Bündnis erarbeitete Ausweis informiert über den energetischen Zustand des Gebäudes und gibt dem potenziellen Käufer oder Mieter die Möglichkeit, neben der Miete und sonstigen Nebenkosten auch die Heizkosten realistisch abzuschätzen. Investoren wird die Bewertung von Gebäuden und damit die Risikoabschät-

zung für Investitionen erleichtert. Dem Eigentümer wiederum werden Energiesparpotenziale und wertsteigernde Effekte des Gebäudes aufgezeigt, die einen Modernisierungsanreiz auslösen. Hiervon erwartet sich das Bündnis entscheidende Impulse für den Sanierungsmarkt im Gebäudebestand.

Die nahe Zukunft wird zeigen, welche positiven Markteffekte das Thema Energieverbrauch in Wohngebäuden auslösen wird. Letztlich hängt dies immer von den Entscheidungen der einzelnen Menschen ab. Und die sind in ihrer Wankelmütigkeit gegenüber bedeutsamen Sachverhalten nur schwer einzuschätzen. Wer hätte zum Beispiel gedacht, dass das Thema Klimaschutz so schnell von der politischen und gesellschaftlichen Agenda verschwinden würde. Ließ sich die „Klimakanzlerin“ Merkel mit ihrem damaligen Umweltminister Gabriel 2007 noch vor grönländischen Eisbergen ablichten, spielt der Klimawandel für Politik und

Öffentlichkeit heute kaum noch eine nennenswerte Rolle.

Dabei hat der aktuelle Bericht des Weltklimarates im Herbst 2013 erst wieder gezeigt, welche Gefahren der Menschheit durch die dramatischen Auswüchse der Erderwärmung drohen. Allein – das interessiert derzeit in Deutschland niemanden mehr.

Letztlich bestätigt dieses gesellschaftliche Phänomen die Erfahrungen, die die Heizungsbauer seit Jahren erleben. Eigenheimbesitzer und Anlagenbetreiber befassen sich mit der Heizungsmodernisierung allenfalls dann, wenn die Heizung den Dienst versagt oder wenn die Heizkosten durch die Decke gehen. Der Schutz des Klimas war bisher selten ein zugkräftiges Argument, um den Austausch überalterter und umweltbelastender Heizungen zu forcieren.

Geschäftsverlauf

Viermal im Jahr befragt der ZVSHK die organisierten Fachbetriebe nach ihrer Einschätzung der wirtschaftlichen Situation. Dies geschieht zunehmend in einem online basierten Verfahren. Ausgeführt und ausgewertet werden diese regelmäßigen Konjunkturmessungen durch das Institut für Mittelstand und Handwerk an der Universität Göttingen.

Die Konjunkturbewertungen aus dem Frühjahr, Sommer, Herbst und Winter belegen eindrucksvoll eine durchgehend positive wirtschaftliche Stimmung im SHK-Handwerk. Insbesondere die energetische Sanierung sowie der altersgerechte Umbau von Wohnungen wirkten sich außerordentlich positiv auf die Geschäftsentwicklung des SHK-Handwerks aus. Dies wird durch die geförderten Investitionsvolumina im Rahmen der wohnungswirtschaftlichen KfW-Förderprogramme unterstrichen. Insgesamt wurden bis zum Herbst 2013 über die KfW-Förderung fast 32 Milli-

arden Euro in die energetische sowie demografische Sanierung investiert.

Im Jahr 2012 lag der erwirtschaftete Gesamtumsatz des SHK-Handwerks bei 36,8 Milliarden Euro. Für 2013 rechnet der ZVSHK mit einem Anstieg auf 37,9 Milliarden Euro.

Alle vier vorliegenden Konjunkturerhebungen des Jahres 2013 stützen diesen Optimismus. Schon im Frühjahr lag der Indikatorwert für die Einschätzung der gegenwärtigen Geschäftslage bei +57,1 Prozent – als Saldo aus „guten“ und „schlechten“ Bewertungen. Der Auftragsbestand war gegenüber dem Winterwert 2012 leicht angewachsen auf 9,0 Wochen. Der Kundendienst und das Wartungsgeschäft erwiesen sich für die Betriebe mit +67 Prozent erwartungsgemäß als die stabilste Säule des Geschäftserfolges. Der Bäderbau rangierte mit +52,6 Prozent vor dem Heizungsbau mit

+50,3 Prozent. Das waren im Vergleich zu den Werten der Winterbefragung 2012 durchgehend etwas geringere Ergebnisse. Sie belegten dennoch einen soliden Grundoptimismus im SHK-Handwerk, der auch die folgenden Monate anhielt.

Im Sommer 2013 kletterte der Indikator zur gegenwärtigen Geschäftslage auf +58,9 Prozent. Die gemessene Auftragsreichweite lag jetzt bei 9,2 Wochen. Das war der höchste Auftragsbestand, den der ZVSHK in seinen Konjunkturerhebungen je ermittelt hat. Während das Geschäftsfeld Kundendienst mit +67,6 Prozent stabil blieb, schnellte der Indikator für das Geschäftsfeld Bäderbau auf +60,3 Prozent. Das ergab einen schon sehr deutlichen Vorsprung vor dem Heizungsbau mit +53,9 Prozent. Allerdings blieb auch im Sommer die Beschäftigtenzahl weitgehend konstant. Nur jeder sechste Betrieb meldete eine gestiegene Mitarbeiterzahl. Im Ost-West-Vergleich lagen diese Betriebe überwiegend in den alten Bundesländern.

Im Herbst 2013 machte der Indikatorwert zur gegenwärtigen Geschäftslage einen Sprung auf +68,1 Prozent – ein fast identischer Wert zur Konjunkturerhebung im Herbst 2012. Traditionell führend war das Geschäftsfeld Kundendienst mit jetzt +75,2 Prozent. Es folgen fast gleichauf Heizung mit +65,3 Prozent und Sanitär mit +63,4 Prozent. Im Vergleich zum Vorjahresquartal war die Zuversicht über die zukünftige Geschäftslage gewachsen. Die Geschäftsentwicklung für die nächsten sechs Monate wurde von den befragten Betrieben mit +14,7 Prozent angegeben. 2012 lag sie im Herbst bei +10,2 Prozent.

Die Umsatzentwicklung folgte diesem Trend. 40 Prozent der Betriebe berichteten über gestiegene Umsätze. Diese deutlich positive Geschäftslage bestätigte auch die ermittelte Auftragsreichweite von 9,1 Wochen. Auffallend hierbei war der Unterschied in den Regionen. Während Bayern einen Auftragsbestand von 11,1 Wochen meldete, verzeichneten die SHK-Betriebe in NRW einen Bestand von nur 7,7 Wochen.

Im Winter 2013 bewerteten die Betriebe ihre aktuelle Geschäftslage mit einem Indikatorwert von +70,3 Prozent. Der Auftragsbestand lag bei 8,2 Wochen.

Die anhaltend gute wirtschaftliche Lage löste 2013 bei den Betrieben erstmals einen nennenswerten Beschäftigungsimpuls aus. Rund ein Drittel berichtete über eine gestiegene Mitarbeiterzahl. Nur knapp ein Zehntel gab eine gesunkene Beschäftigtenzahl an.

Mit den Konjunkturerhebungen des ZVSHK korrelieren wesentliche Angaben aus der aktuellen vierteljährlichen Handwerksberichterstattung des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden. Sie weist für die Gewerke Klempner, Installateur und Heizungsbauer ein Umsatzplus von zwei Prozent für das 2. Quartal 2013 gegenüber dem Vorjahresquartal aus. Diese positive Entwicklung ist keine Selbstverständlichkeit. Das Elektrohandwerk hat im Vergleichszeitraum sechs Prozent an Umsatz verloren.

Das SHK-Handwerk hat seine Kunden vor allem unter den privaten Auftraggebern, den über zehn Millionen Besitzern von Ein- und Zweifamilienhäusern in Deutschland. Hier liegt der Anteil 2013 bei 62,6 Prozent. Allerdings ist für die Betriebe der Anteil gewerblicher Kunden und öffentlicher Auftraggeber nicht zu unterschätzen. Gerade die Wohnungsbaugesellschaften und Unternehmen haben im Vergleich zu 2012 verstärkt Aufträge vergeben.

Unverändert ist das Modernisierungsgeschäft im Altbau der Hauptumsatzträger mit durchschnittlich 74 Prozent Umsatzanteil. Insbesondere die energetische Sanierung sowie der altersgerechte Umbau von privaten Ein- und Zweifamilienhäusern wirken sich positiv auf die Geschäftsentwicklung aus. Obwohl 2013 gerade der Mietwohnungsbau in Deutschland anzog – allein im Juli und August sind laut amtlicher Statistik 53.000 neue Wohnungen in Deutschland genehmigt worden, 21 Prozent mehr als 2012.

Unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten kann das SHK-Handwerk sehr zufrieden auf die zurückliegenden Jahre blicken. Auch 2013 zählt zu den guten Jahren im Geschäftsverlauf. Da die Steigerung der Energieeffizienz im Wärmemarkt und der altersgerechte Bau oder Umbau von Wohnungen in den nächsten Jahren weiter ganz oben auf der Prioritätenliste von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft stehen werden, bleiben die Prognosen für die konjunkturelle Weiterentwicklung im SHK-Handwerk positiv.

Dem entgegen steht die personelle Entwicklung in diesem zukunftssträchtigen Handwerk. 2013 hätten die SHK-Betriebe durchaus mehr als die letztlich 3.500 neuen Arbeitsplätze schaffen können. Allein, es fehlten die ausgebildeten Fachkräfte hierfür. So bleibt der wachsende Fachkräftemangel eine ernst zu nehmende Gefahr für die Marktpräsenz des SHK-Handwerks.

Dies zu erkennen und gegenzusteuern, ist aber nicht ausschließlich Aufgabe der Handwerksorganisationen in Bund und Ländern. Nach wie vor gilt: Die gesamte Branche muss hier Verantwortung übernehmen.

Aber leider war auch 2013 die finanzielle Unterstützung von Großhandel und Herstellern kaum der Rede wert. Die kostenintensive Werbekampagne zur Gewinnung von qualifiziertem Nachwuchs überlassen die Marktpartner einstweilen noch dem Handwerk selbst. Das wird sich schon bald rächen. Die Branche droht den Anschluss zu verlieren beim allgemeinen Ringen um Auszubildende. Die jetzt verpasste Investition in die Zukunftssicherung wird morgen all jene noch teuer zu stehen kommen, die sich heute ihrer Mitverantwortung entziehen.

Beschäftigte

Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BiBB) weiß es ganz genau: „Fachkräftemangel ist in unserer Modellwelt gegeben, wenn unter Berücksichtigung der beruflichen Flexibilität bei mindestens einer Angebotsprojektion der Bedarf an ausgebildeten Fachkräften erkennbar und dauerhaft über dem Angebot an ausgebildeten Fachkräften liegt. Hiervon abzugrenzen ist der Arbeitskräftemangel, der die notwendige berufliche Qualifikation nicht berücksichtigt und auch nicht formal Qualifizierte miteinbezieht.“

Dass vor dem Hintergrund des demografischen Wandels Akademiker und Facharbeiter knapp werden in Deutschland, glauben vier von fünf Bundesbürgern. Dies ergab eine Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes TNS EMNID im Auftrag der Bertelsmann Stiftung aus dem August 2013. 88 Prozent erwarten den größten Bedarf in der Altenpflege, im Gesundheitssektor, bei den Lehrkräften, in der Landwirtschaft sowie in der Elektrotechnik und dem Maschinenbau. 41 Prozent glauben, dass es in IT-Berufen zu Engpässen kommt.

Angesichts stetig steigender Studentenzahlen in Deutschland werden Stimmen laut, die schon von einem „Mythos Fachkräftemangel“ sprechen. Dies geht aber am Kern des Problems vorbei. Es ist die klassische Berufsausbildung, die schon heute unter den zu-

rückgehenden Bewerberzahlen leidet. Fachkräfte ohne Studium sind das Rückgrat der deutschen Wirtschaft; und gerade hier entstehen die ersten ernsthaften Engpässe in der Nachwuchssicherung.

Das trifft in besonderem Maße das Handwerk. Otto Kentzler, Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZDH) plädierte daher bereits für ein Heraufsetzen der Renten-Grenze. „Wer kann, soll bis 70 arbeiten“, sagte Kentzler im Sommer 2013 dem Magazin FOCUS. Viele Ältere seien fit. „Selbst wenn sie nur halbe Tage arbeiten, ihre Erfahrung kann uns helfen.“ Einzelne Betriebe müssten heute schon Aufträge ablehnen, weil ihnen die Fachkräfte fehlen.

In ihrer Fachkräfteengpassanalyse bestätigte dies die Bundesagentur für Arbeit. Sie stellte fest: „Der sich in technischen Berufen bei nichtakademischen Fachkräften zeigende Mangel wird vor allem in den westlichen Bundesländern deutlich. So fehlen dort Fachkräfte bzw. Spezialisten in der Mechatronik- und Automatisierungstechnik, der Energietechnik, im Bereich Klempnerei, Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik sowie bei der Fahrzeugführung im Eisenbahnverkehr.“

Wie aber lassen sich die Folgen des Fachkräftemangels in Deutschland abmildern? Für den obersten

Handwerkspräsident müssen sich Handwerksbetriebe noch stärker als moderne und technologiegetriebene Arbeitgeber präsentieren, um für Schulabgänger attraktiv zu sein. Für den Nachwuchs sieht er beste Chancen: „Wer nicht auf den Kopf gefallen ist, bekommt auf alle Fälle eine Anstellung. Die nächste Generation kann im Prinzip von Vollbeschäftigung ausgehen.“ Um den Fachkräftemangel zu entschärfen, müsse man sich verstärkt auch um diejenigen kümmern, die keinen Schulabschluss haben. „Da schlummert durchaus Potenzial.“

Neben dem demografischen Wandel ist genau dies ein wesentlicher Faktor für den immer offenkundiger werdenden Mangel an Fachkräften. Deutschland hat nicht nur das Problem der zurückgehenden Geburtenrate; es leistet sich zugleich eine mangelhafte Nutzung des vorhandenen Erwerbspotenzials. Das Statistische Bundesamt meldete im September 2013: Rund 15,5 Prozent des Erwerbspotenzials in Deutschland werden gegenwärtig nicht genutzt. Nach der europäischen Arbeitsmarktstatistik liegt Deutschland damit im Vergleich auf Rang 7. Betroffen sind vor allem Menschen mit Migrationshintergrund, Frauen und die Generation 50plus.

Potenzialnutzung, Zuwanderung, Frauenförderung – das sind auch für das SHK-Handwerk mögliche Wege, um dem Fachkräftemangel zu begegnen. Daneben braucht es allerdings auch eine intensive Nachwuchswerbung, mit der qualifizierte Jugendliche für eine Ausbildung in den SHK-Gewerken begeistert werden können.

Die Herausforderung der Nachwuchssicherung ist groß; und sie wird aufgrund der demografischen Entwicklung immer größer. So wird das Potenzial der Erwerbspersonen bis zum Jahr 2025 um rund 6,5 Millionen Personen zurückgehen. Das Angebot an qualifizierten Fachkräften wird damit ebenfalls sinken. Auch der Anteil der Jugendlichen, die die Schulen verlassen, um eine Ausbildung zu beginnen, wird bis zum Jahr 2025 dramatisch zurückgehen. 442.400 Schulabgänger werden es dann aller Wahrscheinlichkeit nur noch sein. 2004 waren es noch 714.800, 2012 noch 534.600.

Die aktuelle Situation in den vier SHK-Gewerken sieht wie folgt aus: Bis Ende 2012 wurden 10.855 Neuverträge abgeschlossen, was einem Zuwachs von +1,36 Prozent entspricht. Beim Anlagenmechaniker SHK ist sogar ein Zuwachs von +2,17 Prozent an Neuverträgen zu verzeichnen. Leicht rückläufig ist der Lehrlingsbestand als auch die Zahl der Ausbildungsbetriebe.

Durch die doppelten Abiturientenjahrgänge in einigen Bundesländern ist der Anteil der Auszubildenden mit Hochschulzugangsberechtigung im SHK-Handwerk zwar rechnerisch gestiegen, in absoluten Zahlen macht das aber nur einen Zuwachs von 108 Lehrlingen aus.

Handwerksunternehmen müssen bei der Nachwuchswerbung neben der Zukunftssicherheit der einzelnen Berufe zunehmend auch ihre hohe Qualität als Ausbildungsbetrieb herausstellen. In diesem Kontext sind die Eltern der nach einem Ausbildungsplatz suchenden Jugendlichen eine wichtige Zielgruppe. Sie muss stärker als bisher über die vielfältigen Ausbildungsmöglichkeiten im Handwerk informiert werden.

Die Anzahl der Auszubildenden mit Migrationshintergrund nimmt im SHK-Handwerk von Jahr zu Jahr weiter zu. Jedoch sind ausländische Jugendliche insgesamt betrachtet immer noch stark unterrepräsentiert. Ihr Anteil liegt derzeit bei rund 6 Prozent.

Durch von der Bundesregierung finanziell unterstützte Ausbildungsprojekte sowie durch verschiedene Aktivitäten von Auslandskammern konnte 2013 mit einigen südeuropäischen Ländern ein erster Austausch von Jugendlichen organisiert werden. Die SHK-Innung Frankfurt am Main hat 40 spanischen Jugendlichen ein zehntägiges Betriebspraktikum vermittelt. Die Resonanz fiel durchweg positiv aus. Schon einen Schritt weiter ist ein SHK-Unternehmer aus Niedersachsen. Er hat bereits einen Ausbildungsvertrag mit einem spanischen Jugendlichen abgeschlossen. Seit August bildet er ihn zum Anlagenmechaniker SHK aus. Francisco Javier Barranco ist 21 Jahre alt, spricht bereits sehr gut Deutsch und ist für die Ausbildung nach Deutschland gezogen. Den Kontakt vermittelte die Handwerkskammer Hannover.

So attraktiv der Gedanke auf den ersten Blick erscheinen mag, die eigenen Nachwuchsprobleme durch motivierte Jugendliche zu lösen, die in ihren Herkunftsländern durch eine hohe Arbeitslosigkeit um ihre Zukunft gebracht werden; das deutsche SHK-Handwerk wird nicht umhin kommen, im Inland um ausbildungsfähige Jugendliche zu werben. Letztlich ist dies auch eine Imagefrage, die die gesamte Marktpositionierung der Betriebe betrifft.

„Volles Rohr Zukunft“ heißt die Kampagne, die der ZVSHK für seine Mitgliedsverbände entwickelt hat. Sie orientiert sich im Erscheinungsbild an der grafischen Gestaltung der Imagekampagne des ZDH. Diese bewusst hergestellte Beziehung verschafft der Nachwuchswerbung einen nicht zu unterschätzenden medialen Rückenwind – denn der hohe Werbeetat ermöglicht der Gesamtkampagne des deutschen Handwerks in der Öffentlichkeit eine sehr starke Präsenz.

Anzeigen, Werbefilme, Medienkooperationen oder die immer häufiger realisierten Social-Media-Aktivitäten sind bewährte Kommunikationsinstrumente und wecken in der Zielgruppe eine Grundaufmerksamkeit für das Anliegen der Nachwuchskampagne. Die mediale Überflutung der heutigen Zeit erfordert Ereignisse, die sich abheben aus dem Einerlei des täglichen Kommunikationsangebotes.

Ein solcher „Event“ sind für das SHK-Handwerk die internationalen Berufswettbewerbe World- und EuroSkills. Sie finden im jährlichen Wechsel statt und bieten herausragende Möglichkeiten, den Beruf des Anlagenmechanikers oder auch Klempners einer breiten Öffentlichkeit vorzustellen. Das einzige Manko: In Deutschland haben die Berufswettbewerbe nur wenig Rückhalt bei den einzelnen Berufs- und Branchenverbänden. Auch die Politik hält sich auffallend zurück; die Öffentlichkeitswirksamkeit der Wettbewerbe in Deutschland ist damit zwangsläufig schwach.

Zu beobachten und – von deutscher Seite – zu beklagen war dieser Umstand im Sommer 2013 bei den WorldSkills in Leipzig. Erstmals wieder nach jahrzehntelanger Pause waren die Berufsweltmeisterschaften zu Gast in Deutschland. Auf dem Leipziger Messegelände traten vom 2. bis 7. Juli 2013 die besten Fach-

kräfte weltweit an, um Champion zu werden. Vier Tage lang haben sich über 1.000 Teilnehmer aus 53 Ländern und Regionen in 46 verschiedenen Berufsdisciplinen gemessen. Insgesamt konnten an 178 Wettkämpfer Gold-, Silber- oder Bronzemedailles sowie an 344 Wettkämpfer Exzellenzmedaillen verliehen werden. Rund 205.000 Menschen besuchten die WorldSkills. Von den Wettbewerben berichteten über 1.000 akkreditierte Journalisten aus der ganzen Welt. Und auch das Interesse am deutschen System der dualen Ausbildung war überwältigend: Wie der Abschlussbericht betont, waren Informationstouren zu Berufsschulen und Ausbildungsstätten für internationale Delegierte und Journalisten innerhalb weniger Stunden komplett ausgebucht. Im politischen Rahmenprogramm der WorldSkills Leipzig 2013 diskutierten mehrere hundert Experten aus der ganzen Welt bei zahlreichen Konferenzen, Seminaren und Sitzungen Zukunftsfragen beruflicher Bildung und brachten wichtige Initiativen, wie die Europäische Allianz für Ausbildung, auf den Weg.

Leider war das Medienecho in Deutschland erschreckend schwach. Hier wurde eine Chance vertan, Handwerksberufe ohne akademischen Abschluss in das öffentliche Bewusstsein zu heben. Der ZVSHK hat gemeinsam mit dem FVSHK Sachsen und der Bundesvereinigung Bauwirtschaft seine Möglichkeiten vor Ort in Leipzig genutzt, dem Ausbaugewerbe – gezielt dem Beruf des Anlagenmechanikers SHK – die verdiente öffentliche Aufmerksamkeit zu verschaffen.

Die gesamte SHK-Verbandsorganisation hat grundsätzlich erkannt, welche Bedeutung die beiden Berufswettbewerbe für den Imageaufbau und die Nachwuchswerbung der SHK-Berufe haben können. Sie wird unter Einbindung von Sponsoren ihre Unterstützung der deutschen Teilnehmer aus dem SHK-Handwerk fortführen; und sie wird nachdrücklich versuchen, die Vorbehalte, die nicht zuletzt auch in der obersten Handwerksorganisation gegenüber den Wettbewerben bestehen, zu minimieren.

Die Begeisterung für das internationale Kräftemessen im Beruf des Anlagenmechanikers SHK hat schon das Vorbereitungstraining auf die WorldSkills begleitet. Es wurde lange und hart trainiert und in der Wettbewerbssprache Englisch gearbeitet. Die Teilnehmer

aus Deutschland, der Schweiz, Österreich, Südtirol und Großbritannien bestritten gemeinsam ein Trainingslager. Für das Training standen Sponsorengelder von 25.000 Euro bereit. Dazu kamen weiter 17.000 Euro für das Trainingsmaterial. Sponsoren waren die Unternehmen: Geberit, Viessmann, E.ON Ruhrgas, Wilo, Stiebel Eltron, Bosch Thermotechnik/Buderus, Oventrop, Wöhler und Grundfos.

Matthias Köfer, der Teilnehmer des SHK-Handwerks, ist unter dem Motto „Go for Gold“ bestens für den Wettbewerb vorbereitet worden. Doch es sollte nicht ganz für den Sieg reichen. Am Ende belegten die Teilnehmer

aus Irland (544 Punkte), Österreich (543) und Südtirol (543) gemeinsam den 1. Platz. Die Silbermedaille wurde nicht vergeben. Der Teilnehmer aus Südkorea kam auf den 3. Platz (541).

In einem hart umkämpften Wettbewerb errang Matthias Köfer Platz 6 (534). Die Entscheidung über eine Medaille fand innerhalb einer Bandbreite von nur zehn Punkten statt. In Anbetracht der Konkurrenz von 24 Teilnehmern aus aller Welt, ist der 6. Platz – ausgezeichnet zudem mit einer Medallion for Excellence – eine hervorragende Leistung.

Berufsbildung

Das Thema Ausbildungsdauer wird zunehmend zu einem Problem für die SHK-Berufe. Das Bundesministerium für Wirtschaft ist der Verordnungsgeber für Ausbildungsberufe. Es scheint generell daran zu arbeiten, analog zu dem Bachelor-Abschluss auch eine Berufsausbildung auf drei Jahre anzulegen.

Der ZVSHK musste sich erstmals im Zusammenhang mit dem Neuordnungsverfahren für den Beruf des Anlagenmechanikers SHK mit dem Problem befassen. Es folgte die Herausforderung durch das Neuordnungsverfahren für den Klempnerberuf, der ebenfalls auf eine Dreijahresdauer reduziert werden sollte.

Im Schulterschluss mit den Sozialpartnern leistete der ZVSHK in beiden Fällen erheblichen Widerstand gegen die Verkürzung. Unterstützung fand er in dem Ergebnis eines durch das Bundeswirtschaftsministerium selbst in Auftrag gegebenen Gutachtens. Dies wurde Ende 2012 veröffentlicht. Im Kern unterstützte das Gutachten die Forderung nach einer dreieinhalbjährigen Berufsausbildung, insbesondere für den Fall, dass sich die beteiligten Sozialpartner einheitlich für eine solche Dauer aussprechen würden.

Das Bundeswirtschaftsministerium hielt sich an diese Empfehlung. Es verordnete den Klempnerberuf schließlich mit dreieinhalb Jahren, ohne Befristung und ohne Evaluierung. Die neue Ausbildungsordnung für das Klempnerhandwerk ist zum 1. August 2013 in Kraft getreten.

Klempner

Eine Verringerung der Ausbildungsdauer auf drei Jahre wäre beim Klempner zwangsläufig nur durch eine Einschränkung der Ausbildungsinhalte möglich gewesen. Der ZVSHK hat hierauf in seinen Gesprächen mit dem Bundeswirtschaftsministerium stets hingewiesen. Mit der erfolgten Neuordnung sind die Voraussetzungen gegeben, das Berufsbild des Klempners gegenüber der Öffentlichkeit schärfer zu konturieren. Denn insgesamt hat der Klempnerberuf weiter an Attraktivität gewonnen. Neue Verarbeitungstechniken an Dach und Fassade machen die Klempner zu wichtigen Umsetzern der Energiewende in und an Gebäuden. Zudem gibt es eine Schwerpunktverlagerung hin zu stärker kundenorientierten Tätigkeiten.

Allerdings erfordern mehr Kundennähe, mehr Kundenkommunikation, höhere Qualitätsansprüche und der gestiegene Zeitdruck von der Auftragserteilung bis zur Übergabe an den Kunden, auch zusätzliche Ausbildungsinhalte. Die Ausbildung ist dadurch straffer, kompakter, homogener und abgestimmter geworden. Ferner ist im Ausbildungsrahmenplan berücksichtigt, dass der Klempner mit dem Dachdecker handwerksrechtlich für verwandt erklärt wurde. Beide Berufe dürfen Tätigkeiten im anderen Gewerk ausführen.

Moderne Dach- und Fassadenkonstruktionen bestehen heute oftmals aus neuartigen Werkstoffen. Auch bei den Fertigungs-, Montage- und Abdichtungstechniken hat sich in den letzten Jahren vieles gewandelt. Allein der Schichtenaufbau an Dach und Wand hat der Entwicklung von funktionsbedingten Schichten mit Trag- und Befestigungskonstruktionen eine ganz neue Bedeutung gegeben. Dachabdichtungen aus Edelstahl oder rollenahtgeschweißte Ausführungen sind Techniken, die inzwischen im Klempnerhandwerk selbstverständlich geworden sind. Sie werden in der Ausbildung entsprechend berücksichtigt.

Auch erhalten Dach und Fassade immer häufiger Belichtungs- und Belüftungssysteme, nicht selten erweitert um Energiesammler und Energieumsetzer bei Solarthermie- oder Photovoltaikanlagen. Hierfür sind Kenntnisse der Befestigungssysteme sowie der elektrischen Anschlüsse erforderlich. Sie werden im Betrieb und in der ÜLU vermittelt.

Neben vielen technischen Neuerungen darf nicht übersehen werden: Auch das Prüfungsverfahren ist in der neuen Ausbildungsordnung geändert worden. Es wird jetzt eine „gestreckte Gesellenprüfung“ durchgeführt. Diese Prüfungsform sieht vor, dass nach etwa 18 Monaten der erste Teil der Gesellenprüfung abgehalten wird. Deren Ergebnis fließt zu 30 Prozent in das Ergebnis der Gesellenprüfung am Ende der Ausbildungszeit ein. Lehrlinge, die im ersten Prüfungsteil bereits eine hohe Punktzahl erreicht haben, haben damit die Chance auf eine sehr viel bessere Gesamtnote. Die bisherige Zwischenprüfung ist entfallen.

Wesentliche Tätigkeiten im Berufsbild des Klempners sind der Bau und die Montage Lüftungstechnischer Einrichtungen. Dies bildet die neue Ausbildungsordnung

ebenso ab, wie die Anforderungen durch die Technik der Dachbegrünung. Hierzu wurden zusätzlich entsprechende Qualifikationen in die Ausbildung aufgenommen. Wobei die Abstimmung mit den nachgelagerten Gewerken gute Kenntnisse über Schichtenfolgen und Verarbeitung von Kunststoffmaterialien erfordert.

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Neue Techniken, der verantwortungsvolle Umgang mit knappen Ressourcen, Umweltschutz sowie stärkere Kundenorientierung verlangen nach Qualifikationen, die in der Ausbildung zum Klempner jetzt noch umfassender berücksichtigt worden sind. Das geforderte Qualifikationsniveau schlägt sich zwangsläufig in der Ausbildungsdauer nieder. Dies ist letztendlich die Bestätigung für das Festhalten an der dreieinhalbjährigen Ausbildung – und damit ein wichtiger Erfolg der beharrlichen Verbandsarbeit des ZVSHK.

Behälter- und Apparatebauer

Die Neuordnung der Meisterprüfung für das Behälter- und Apparatebauer-Handwerk konnte 2013 abgeschlossen werden. Obwohl das Handwerk der Anlage B1 der HwO zugeordnet ist und somit keine Meisterpflicht besteht, haben die Behälter- und Apparatebauer immer an der Meisterprüfung festgehalten – schon allein um das Prädikat „Meister“ als Qualitätsmerkmal und Gütesiegel gegenüber dem Kunden einsetzen zu können.

In der neuen Meisterprüfungsordnung wird verstärkt darauf geachtet, ob sich der Prüfling als Unternehmer eignet und einen Behälter- und Apparatebauerbetrieb führen kann. Dementsprechend wurden die Inhalte der Verordnung angepasst. Sie spiegeln den derzeitigen technischen Stand in einem Behälter- und Apparatebauerbetrieb wider.

Die vormalige Berufsbezeichnung Kupferschmied musste bei der Novellierung der Handwerksordnung von 1998 dem Behälter- und Apparatebauer weichen. Die neue Meisterprüfung hat den Begriff „Kupferschmiedarbeiten ausführen“ als wichtigen Prüfungsbestandteil eingeführt. Sie verdeutlicht damit die jahrhundertalte Tradition des Kupferschmiedehandwerks. Die

Verordnung ist zum 1. Juli 2013 in Kraft getreten. Ein dazu passender Rahmenlehrplan für die Meisterschulen ist ebenfalls fertiggestellt worden.

Studienrichtung Gebäudehülle

Der Markt für energieeffiziente und intelligente Gebäude wächst weltweit rasant. Industrie und Handwerk suchen händierend nach speziell ausgebildeten Fachingenieuren, die sich in der Planung, Konstruktion und Bauausführung energetisch optimierter Gebäudehüllen auskennen. Sie suchen nach Experten, die die vielfältigen Möglichkeiten an Dach und Fassade technisch interessanter und architektonisch ansprechender Gebäude beherrschen.

Im Arbeitsmarkt sind diese begehrten Spezialisten kaum zu finden. Der ZVSHK hat daher mit Partnern aus der Verbandsorganisation, der Wirtschaft und Wissenschaft die Initiative für eine neue Studienrichtung gestartet. Diese nimmt speziell die Gebäudehülle in den Fokus und will zukünftig als grenzüberschreitendes Projekt den Ingenieurbedarf im Dreiländereck Deutschland, Österreich und Schweiz abdecken.

In zahlreichen Gesprächen haben Fachleute die Vorstellungen über die richtige Studienkonzeption und das genaue Qualifikationsprofil der Studenten konkretisiert. Die Studienrichtung Gebäudehülle an der Hochschule Rosenheim nahm Gestalt an.

Die Studienvoraussetzungen sind so gestaltet, dass auch Berufspraktiker für das Studium Gebäudehülle zugelassen werden können. Die neue Studienrichtung Gebäudehülle wird an den bereits bestehenden Studiengang Energie- und Gebäudetechnologie angebunden. Nach zwei Grundlagensemestern in diesem Studiengang erfolgt ab dem 3. Semester das fachbezogene Studium der Gebäudehülle. Ziel ist es, die Studenten nach ihrem Studienabschluss in die Lage zu versetzen, energieeffiziente Gebäude mit dem Schwerpunkt Gebäudehülle (Dach und Wand) zu erstellen. Sie sollen ein Bauprojekt von der Planung über Entwicklung bis zur Ausführung begleiten können und in allen Phasen der Erstellung kompetenter Ansprechpartner für Architekten und Auftraggeber sein.

Die Studenten der Studienrichtung Gebäudehülle nehmen ab dem Wintersemester 2013/2014 an der Hochschule in Rosenheim ihr Studium auf.

Politische Arbeit

„Angriff der Lobbyisten“ – Der Titel von Spiegel Online zu einem Bericht über den Stand der Koalitionsverhandlungen Mitte November 2013 spricht für sich. Die politische Interessenvertretung ist in Deutschland nicht gut beleumundet. Dabei spiegelt sie doch nur den gesellschaftlichen Pluralismus, den diese Gesellschaft ausmacht.

In Deutschland hat jeder, jede und jedes seine oder ihre Lobby. Deren Repräsentanten nennen sich etwas verschämt lieber Politikberater als Lobbyist.

Die Welt am Sonntag hat beobachtet: „Die Bonner Republik war ein Verbändestaat, das Feld der Lobbyisten überschaubar. Die großen Verbände sprachen sich un-

tereinander ab, die Spitzenvertreter gingen dann mit dem Minimalkonsens unter dem Arm rüber in den Bundestag. Berlin dagegen ist zu einem eigenen Lobbyplaneten geworden, die Interessenvertreter sind personell schlagkräftiger und deutlich professioneller als früher. 2.142 Verbände sind beim Bundestag offiziell registriert. Dazu kommen professionelle PR-Berater, Lobbyagenturen, Wirtschaftskanzleien, Denkfabriken. Schätzungen zufolge arbeiten rund 5.000 Lobbyisten in der Hauptstadt, damit kommen auf einen Bundestagsabgeordneten acht Interessenvertreter.“

Nicht erst nach der Bundestagswahl, schon lange vor der Wahl war die Schar der Lobbyisten im Land extrem gefordert. Galt es doch, die Erwartungen an die neue

Bundesregierung zu formulieren und im besten Fall in die Wahlprogramme der einzelnen Parteien einzuspeisen. Der ZVSHK hat sich an diesem „Wettrennen“ um die Aufmerksamkeit der politischen Entscheider natürlich beteiligt. Intensiv und umfassend hat der ZVSHK seine politische Arbeit und Kommunikation im Jahr 2013 auf die Bundestagswahl ausgerichtet. In Kooperation mit den Dachorganisationen Zentralverband des Deutschen Handwerks, der Bundesvereinigung Bauwirtschaft (BVB) oder auch der Wertschöpfungskette Bauwirtschaft hat der ZVSHK unterschiedliche Wahlprüfsteine und Wahlforderungen formuliert – je nach thematischer Schwerpunktsetzung. Zu den beiden für das SHK-Handwerk unmittelbar wichtigsten Themenfeldern Energie und Demografie hat der ZVSHK eigene Wahlprüfsteine erstellt.

Zu ausgewählten Wahlprüfsteinen wurden die Parteizentralen der im Bundestag vertretenen Parteien zu ausführlichen Stellungnahmen aufgefordert; die Antworten veröffentlichte der ZVSHK in einer anschaulichen Übersicht kurz vor der Wahl in einem Sonderheft seines Meinungsbildnermagazins statement.

Die Bundestagswahl

Der Ausgang der Bundestagswahl vom 22. September 2013 brachte ein für die Wahlsiegerin Angela Merkel sehr zweischneidiges Ergebnis. Einerseits errang die CDU/CSU einen ihrer größten Wahlerfolge und bleibt auch im 18. Deutschen Bundestag die größte Fraktion. Andererseits reichte dieser fulminante Sieg nicht für eine Alleinregierung. Von hierfür 316 notwendigen Sitzen im Bundestag fielen nur 311 an die Union.

Zweitstärkste Fraktion im neu gewählten Parlament bleibt die SPD mit 25,7 Prozent der Stimmen. Drittstärkste Kraft ist Die Linke mit 8,6 Prozent der Stimmen. Bündnis 90/Die Grünen bleiben mit 8,4 Prozent der Zweitstimmen die kleinste Fraktion. Nicht mehr im Parlament vertreten ist die FDP, die auf 4,8 Prozent der Zweitstimmen kam und damit an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterte.

631 Parlamentarier haben im 18. Deutschen Bundestag Sitz und Stimme. Auf die CDU/CSU entfallen insgesamt 311 Sitze. Die SPD erreicht 193 Sitze. Die Linke

verfügt über 64 Sitze. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen entsendet 63 Abgeordnete in den Bundestag. Ende Oktober nahmen CDU/CSU und SPD in zwölf Expertengruppen Koalitionsverhandlungen auf. Der ZVSHK hat die Koalitionsgespräche intensiv begleitet. Er verteilte Hintergrundinformationen und erstellte Formulierungsvorschläge für spezielle energie- und baupolitische Festlegungen der jeweiligen Arbeitsgruppen.

Schon früh in den Koalitionsverhandlungen hat die SPD sehr weitreichende Vorschläge für die Belegung des Wärmemarktes unterbreitet. Diese betrafen neben der steuerlichen Absetzbarkeit der energetischen Gebäudesanierung auch eine Abwrackprämie für alte Heizungen. Der ZVSHK hat zu dieser von ihm schon 2009 erhobenen Forderung die Verhandlungspartner mit einem Hintergrundpapier auf die positiven Effekte einer Abwrackprämie hingewiesen.

Ende November haben die schwarz-roten Koalitionäre der Öffentlichkeit ihren Koalitionsvertrag präsentiert. Die Resonanz der Wirtschaft auf diese Absichtserklärung einer politischen Zusammenarbeit auf Zeit fiel einhellig negativ aus. Die Wirtschaftswoche charakterisierte ihn als „Sammelsurium unwichtiger Details, grotesker Widersprüche und beängstigender Leerstellen“. Und die Welt am Sonntag titelte: „Vergesst den schwarz-roten Koalitionsvertrag“, denn die politische Haltbarkeit solcher Dokumente sei schon immer begrenzt gewesen.

Auch wenn der Ausstieg aus der Atomkraft und der Beschluss der Energiewende nie Bestandteil eines Koalitionsvertrages gewesen sind; die getroffenen Formulierungen in einem solchen Vertrag lassen schon erkennen, welche Schwerpunkte die Große Koalition politisch setzen will.

Der Koalitionsvertrag

Bezogen auf die beiden für das SHK-Handwerk wichtigsten Felder Energie und Demografie zeigt der Koalitionsvertrag für den ZVSHK sowohl Licht als auch Schatten. Die Forderung nach einer steuerlichen Abschreibung von energetischen Sanierungsmaßnahmen ist im letzten Moment von den Unterhändlern aus dem

Vertrag gekippt worden; die Idee einer Abwrackprämie findet sich gar nicht im Vertrag wieder.

Dafür wird erstmals „Effizienz als zweite Säule einer nachhaltigen Energiewende“ in einem Koalitionsvertrag benannt. Im Jahre 2014 will die Koalition in einem Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz die Ziele für die verschiedenen Bereiche, die Instrumente, die Finanzierung und die Verantwortung der einzelnen Akteure zusammenfassen. Es ist geplant, aus dem Energie- und Klimafonds die Umsetzung anspruchsvoller Effizienzmaßnahmen in der Wirtschaft, durch Handwerk und Mittelstand, Kommunen und Haushalte zu fördern. Das KfW-Programm zur energetischen Gebäudesanierung soll aufgestockt, verstetigt und vereinfacht werden.

Der Koalitionsvertrag sieht vor, Förderprogramme so zu gestalten, dass durch Beratung Fehlinvestitionen verhindert werden. Die EU-Energieeffizienz-Richtlinie soll sachgerecht umgesetzt werden. Zur Förderung sinnvoller und kosteneffizienter Maßnahmen soll ein Schwerpunkt auf eine fachlich fundierte und unabhängige Energieberatung gelegt werden. In diesem Zusammenhang will die Große Koalition die Beratungsprogramme weiter ausbauen, damit Eigentümer insbesondere über die Effizienz ihrer Heizungsanlage und mögliche Maßnahmen zur Effizienzverbesserung gezielt informiert werden.

Auf europäischer Ebene will sich die neue Bundesregierung mit Nachdruck für dynamische und anspruchsvollere Standards für energierelevante Produkte im Rahmen der Öko-Design-Richtlinie einsetzen. Soweit möglich, sollen vorab nationale Standards gesetzt werden.

Unter dem Stichwort „Klimafreundlicher Wärmemarkt“ kündigt die Koalition ein ganzes Maßnahmenbündel an – ohne dabei wirklich konkret zu werden. Anhand eines Sanierungsfahrplans im Gebäudebereich und im Wärmemarkt sollen das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz auf der Grundlage des Erfahrungsberichtes und in Umsetzung von europäischem Recht fortentwickelt sowie mit den Bestimmungen der Energieeinsparverordnung (EnEV) abgeglichen werden. Der Einsatz von Erneuerbaren Energien im Gebäudebestand soll weiterhin auf Freiwilligkeit beruhen. Die Informationen von

Käufern und Mietern über die energetische Qualität eines Gebäudes sollen weiter verbessert und transparenter gestaltet werden. Das Marktanreizprogramm soll verstetigt werden.

Unter der Überschrift „Qualitätsvolles und bezahlbares Wohnen“ setzt die Koalition auf einen wohnungspolitischen Dreiklang. Es geht ihr um die Stärkung der Investitionstätigkeit, eine Wiederbelebung des sozialen Wohnungsbaus und eine ausgewogene mietrechtliche und sozialpolitische Flankierung. Alle Maßnahmen sollen in einem Aktionsprogramm zur Belebung des Wohnungsbaus und der energetischen Gebäudesanierung zusammengefasst werden.

Künftig sollen nur noch höchstens zehn Prozent – längstens bis zur Amortisation der Modernisierungskosten – einer Modernisierung auf die Miete umgelegt werden dürfen. Durch eine Anpassung der Härtefallklausel im Mietrecht will die Große Koalition einen wirksamen Schutz der Mieter vor finanzieller Überforderung bei Sanierungen gewährleisten.

Zur Förderung des generationengerechten Umbaus soll ein neues Programm „Altersgerecht Umbauen“ aufgelegt, mit Investitionszuschüssen ausgestattet und damit das bestehende KfW-Darlehensprogramm ergänzt werden. Im CO₂-Gebäudesanierungsprogramm soll bei zusätzlichen Maßnahmen zum altersgerechten und barrierefreien Umbauen ein Förderbonus verankert werden. Neue Technologien für noch mehr Gebäudeenergieeffizienz und zur Steigerung von Erzeugung und Einsatz Erneuerbarer Energien im Gebäudebereich sollen weiter unterstützt werden. Die staatliche Förderung der Energieberatung im Gebäudebereich soll fortgesetzt und gebündelt werden.

Das Quartier als wichtige Handlungsebene, etwa für dezentrale Strom- und Wärmeversorgung, soll gestärkt werden. Das KfW-Programm zur energetischen Stadtsanierung soll fortgeschrieben und bei den Ländern für zusätzliche Finanzierungsbeiträge geworben werden. Für vom demografischen Wandel besonders betroffene Gebiete sollen ein Sanierungsbonus als gezielter Anreiz zur Erhaltung und Schaffung von energetisch hochwertigem und barrierearmen Wohnraum eingerichtet werden.

Es wird sich zeigen, was die Große Koalition in den vier Jahren ihrer Regierungszeit tatsächlich von dem umsetzen wird, was im Koalitionsvertrag festgehalten ist. Viele der Absichtserklärungen stehen unter einem Finanzierungsvorbehalt.

Nichtsdestoweniger hat die politische Arbeit des ZVSHK im Koalitionsvertrag Spuren hinterlassen. Energie-Effizienz im Wärmemarkt ist als zweite Säule der Energiewende benannt. Die KfW-Programme zur energetischen Gebäudesanierung werden verstetigt und vereinfacht. Das KfW-Programm „Altersgerecht Umbauen“ soll wieder aufgelegt werden. Der Einsatz Erneuerbarer Energien im Gebäudebestand soll freiwillig bleiben. Es sollen spezielle Programme zur Beratung von Eigentümern über die Effizienz von Heizungsanlagen aufgelegt werden.

Stromsparinitiative des Bundesumweltministeriums

Natürlich war die Agenda der politischen Verbandsarbeit des ZVSHK nicht allein durch die Bundestagswahl bestimmt. Das politische Tagesgeschäft in Berlin und Brüssel verlangte von der Spitzenorganisation des SHK-Handwerks zu jeder Zeit eine aktive Teilnahme am politischen Geschehen.

Ein wichtiges Feld dabei war die Frage der Strompreisentwicklung. In seinem Bemühen, der Politik vor Augen zu führen, dass die Energiewende auch im Wärmemarkt vollzogen werden muss, hat sich der ZVSHK in die Strompreisdiskussion eingemischt, dort wo es opportun erschien – beim Stromverbrauch durch alte und unregelte Heizungsanlagen.

Die Entwicklung der Strompreise in Deutschland wird für eine steigende Zahl privater Haushalte mit geringem Einkommen zum Problem – nicht zuletzt durch die Umlage zur Förderung der Erneuerbaren Energien. Bundesumweltminister Peter Altmaier, der im Frühjahr 2013 den glücklosen Norbert Röttgen im Amt beerbte, hat deshalb sehr bald nach seinem Amtsantritt „Die Stromsparinitiative“ ins Leben gerufen. Zur Mitarbeit hat er Institutionen und Verbände an einen runden Tisch geholt. Der ZVSHK war dabei in Vertretung des SHK-Handwerks. Gefragt war die

Expertise für die Thematik des durch Wärmeenergieerzeugung und -verteilung verursachten Stromverbrauchs in Haushalten.

Konkret ging es um den von alten Heizungsanlagen verursachten Stromverbrauch. Diese sind wahre Stromfresser. Nur ein Fachhandwerker kann die vorhandene Pumpe begutachten und entweder die Einstellung (Drehzahlregelung) der Pumpe optimieren oder sie gegen eine Hocheffizienzpumpe austauschen. Veraltete und ineffiziente Heizungsanlagen verursachen unnötig hohen Stromverbrauch in Millionen privater Haushalte. In einem Dreipersonenhaushalt kann der Pumpenstrom durchaus ein Viertel des gesamten Stromverbrauchs ausmachen!

Der ZVSHK hat dem Bundesumweltminister für seine „Stromsparinitiative“ daher den Heizungs-Check empfohlen. Denn optimale Ergebnisse lassen sich in der Kombination von hydraulischem Abgleich und Pumpenaustausch erzielen.

Auf dem Internetportal www.die-stromsparinitiative.de sind seitdem neben unterschiedlichen Beratungsangeboten die VdZ-Initiative „Intelligent heizen“ und der Heizungs-Check des SHK-Handwerks zu finden. Die Informationsangebote sind auf die ZVSHK-Website verlinkt und ermöglichen damit die Suche nach einem Fachbetrieb. Der ZVSHK propagiert auf diesem Weg den Heizungs-Check als ein wichtiges Instrument für Haushalte mit geringem Einkommen, um etwa auch gegenüber Vermietern die Motivation zur Durchführung stromsparender und energetisch wirksamer Maßnahmen an der Haus- und Gebäudetechnik zu steigern.

Verbände-Dialog zur Rolle der Gebäudetechnik in der Energiewende

Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat auf Staatssekretärebene einen regelmäßigen Dialog mit den Verbänden der Anlagen- und Gebäudetechnik etabliert. Im Mittelpunkt steht dabei die Rolle der Gebäudetechnik und ihrer Akteure bei der Energiewende. Der Austausch dient der Information über die Marktentwicklung, über die Hemmnisse bei der energetischen Gebäudesanierung, über

Aktivitäten zur Steigerung der Energieeffizienz bei Wohngebäuden bis hin zur Planung eines erneuten Gebäudetechnik-Kongresses. Der ZVSHK ist hieran von Anfang an maßgeblich beteiligt.

Für den Sektor der Nichtwohngebäude hat das Ministerium ein zweites separates Dialogforum geschaffen. Hieran nimmt der ZVSHK ebenfalls teil. Ziel ist es, die Effizienzpotenziale der etwa 1,8 Millionen Nichtwohngebäude in Deutschland zu heben. Deren Energieverbrauch liegt bei circa 14 Prozent des Gesamtenergieverbrauchs für Beheizung, Kühlung, Klimatisierung und die Warmwasserbereitung in Gebäuden.

Freier Wärmemarkt

Der ZVSHK will die Energiewende im Wärmemarkt technologieoffen und energieträgerneutral gestalten. Voraussetzung hierfür ist, dass die Entscheidungsfreiheit der einzelnen Anlagenbetreiber über den Einbau und die Nutzung der Wärmeerzeugung erhalten bleibt.

Diese ist in Deutschland aber längst nicht mehr überall gegeben. Der ZVSHK hat daher zur Verbraucheraufklärung im Frühjahr 2013 auf der ISH die Website www.verbrennungsverbote.de vorgestellt. Die Seite richtet sich an die interessierte Öffentlichkeit, wie Bauherren, Hauseigentümer und Mieter. Es werden die unterschiedlichen Formen kommunaler Eingriffe in den Wärmemarkt erläutert und neben Hintergrundinformationen Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt, wie gegen Anschlusszwänge und Verbrennungsverbote vorgegangen werden kann.

Im Vorfeld der Bundestagswahl hat sich der ZVSHK mit seinen Marktpartnern im Verbändearbeitskreis „Individuelles Heizen“ klar gegen Verbrennungsverbote und Anschlusszwänge positioniert. Das gemeinsame Positionspapier hat der Zentralverband sehr breit an die politischen Entscheidungsträger verteilt. Die Botschaften waren klar formuliert:

→ Die Energiewende im Wärmemarkt muss weiter vorangetrieben werden, da in der Raumheizung das größte Einsparpotenzial steckt. In Deutschland werden 50 Prozent der gesamten Endenergie zur Wärmeerzeugung genutzt.

→ Mit technologieoffenen steuerlichen Anreizen kann die Sanierungsquote gesteigert werden, denn trotz Fördermöglichkeiten liegt die derzeitige Sanierungsquote bei nur drei Prozent pro Jahr. Rein rechnerisch betrachtet dauert es 30 Jahre, bis alle Altanlagen erneuert sind. Die steuerliche Förderung, insbesondere für technologieoffene Heizungsmodernisierungen in Privathaushalten, wäre ein wichtiger Baustein für eine erfolgreiche Energiewende im Wärmemarkt.

→ Der Wärmemarkt braucht einen freien und fairen Wettbewerb. Anschlusszwänge und Verbrennungsverbote setzen den freien Wettbewerb außer Kraft. Der Wärmemarkt muss den Gesetzen des freien Wettbewerbs gehorchen. Nah- und Fernwärmenetze in Verbindung mit Anschluss- und Benutzungszwängen sowie Verbrennungsverbote haben eine planwirtschaftliche Zentralisierung oder Monopolisierung des Wärmemarktes zur Folge. Damit werden Vielfalt und Innovationen verhindert. Die Effizienzpotenziale individueller Heizungsanlagen bleiben völlig ungenutzt.

→ Bürger müssen ihr Heizsystem frei wählen dürfen. Die Wahl des Energieträgers und des Heizsystems sollte allein nach persönlicher Überzeugung der Verbraucher auf Basis technischer, wirtschaftlicher und ökologischer Gesichtspunkte erfolgen. Wärmeabnehmer, die über Kommunalrecht zum Anschluss an das örtliche Wärmenetz gezwungen werden, unterliegen der Preisgestaltung des Wärmelieferanten vor Ort und haben keine Alternativen.

→ Gemeinden sollen die lokale Wirtschaft unterstützen. Grundlage für die Regionalpolitik muss die Stärkung lokal ansässiger Unternehmen sein und nicht deren Abschaffung durch legislative Eingriffe in den Wärmemarkt. Die Energieerzeugung und -verteilung ist nicht originärer Zweck von Gemeinden. Zudem dürfen globale klimapolitische Betrachtungsweisen nicht als Vorwand für Anschlusszwänge und Verbrennungsverbote dienen. In diesem Zusammenhang stufen die unterzeichnenden Verbände das Gesetz zur Stärkung der klimarechten Entwicklung in den Städten und Gemeinden sowie § 16 EEWärmeG als hochkritisch und nicht zielführend im Sinne der Energiewende ein.

- Nutzungspflichten für Erneuerbare Energien können Investitionen in effizientere Technik verzögern. Nutzungspflichten für Erneuerbare Energien können zu einem Rückhalt von Investitionen in moderne, hocheffiziente Heiztechnik führen. Anstelle von solchen gesetzlichen Verpflichtungen sollten finanzielle Anreizsysteme ausgebaut werden. Insbesondere eine technologieoffene steuerliche Förderung von Heizungsmodernisierungen wird die Investitionsbereitschaft der Bürger in der Breite wirksam erhöhen.
- Investitionen in moderne Heiztechnik zahlen sich mehrfach aus. Individuelles Heizen stärkt die regionale Wirtschaft. Investitionen in moderne und effiziente Heizsysteme sparen nachhaltig Energie sowie Heizkosten und schonen die Umwelt. Aufgrund der hohen nationalen Wertschöpfung, insbesondere bei der individuellen Heizungsmodernisierung, bleibt das Geld in der Region und stärkt die regionale Wirtschaft, was Chancen für weiteres Wachstum und Beschäftigung vor Ort bedeutet.
- Individuelles Heizen fördert die Versorgungssicherheit. Individuelles Heizen bedeutet, dass der Energieträger bedarfsorientiert eingesetzt wird, also genau dort, wo und genau dann, wann die Wärme auch benötigt wird. Vor allem der effiziente Einsatz konventioneller und Erneuerbarer Energieträger in individuellen Heizsystemen spart CO₂ und trägt zur gewünschten Ressourcenschonung bei. Außerdem können durch die Verwendung von regional verfügbaren Brennstoffen, wie Holz, zusätzlich Umwelteinwirkungen reduziert und die Versorgungssicherheit erhöht werden. Innovative Kombinationen mehrerer Energieträger, wie Solarthermie plus Holz plus Öl oder Gas (Hybridsysteme), werden für viele Verbraucher zunehmend interessant.
- In Deutschland erfüllt die moderne Heiztechnik höchste Effizienz- und Emissions-Anforderungen. Hier stehen hocheffiziente Heizungstechnologien zur Verfügung. Die Bundesgesetzgebung stellt mit der 1. BImSchV europaweit zudem die höchsten Emissions-Anforderungen an kleine und mittlere Feuerungsanlagen. Damit sollte die Bundesverordnung flächendeckend als verbindliches einheitliches Regulierungsinstrument angewandt werden.

Von der Bundesverordnung abweichende Regelungen auf kommunaler Ebene führen zu einem Flickenteppich, der die Verbraucher verunsichert, die Dienstleistungen von Handel und Handwerk erschwert und die Produktionskosten der Industrie verteuert.

Der Wärmemarkt hat von allen Energiesektoren das größte Einsparpotenzial. Die Energiewende im Wärmemarkt kann nur durch stabile Rahmenbedingungen, die auf den Gesetzmäßigkeiten eines freien und fairen Wettbewerbs basieren, gelingen. Wesentlich ist daher der Erhalt der vollen Entscheidungsfreiheit der Bürger über die Wahl ihres individuellen Heizungssystems. Die etablierte mittelständisch geprägte regionale Versorgungs- und Dienstleistungsstruktur von Handel, Handwerk und Heizgeräteherstellern ist weiterhin der Garant für eine zuverlässige, bezahlbare und nachhaltige Wärmeversorgung.

Novellierung der Energieeinsparverordnung

Die Bundesregierung hat im Oktober 2013 die Novelle zur Energieeinsparverordnung (EnEV) mit den vom Bundesrat vorgesehenen Änderungen beschlossen. Sie hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2050 einen nahezu klimaneutralen Gebäudebestand zu erreichen. Die EnEV-Novellierung soll hierzu einen bedeutsamen Beitrag leisten.

Die Novelle berücksichtigt mit ihren Anforderungen die wirtschaftliche Vertretbarkeit der möglichen Maßnahmen zur Energieeinsparung. Kernelement ist eine einmalige Anhebung der Effizienzanforderungen für Neubauten um 25 Prozent ab 1. Januar 2016. Bestandsgebäude bleiben von diesen Verschärfungen unberührt. Weiterhin wird die Bedeutung des Energieausweises als Informationsinstrument gestärkt.

Mit der Novellierung der EnEV werden ein Beschluss der Bundesregierung zur Energiewende im Wärmemarkt sowie die europäische Gebäuderichtlinie umgesetzt. Auf Betreiben des Bundesrates wurden zusätzlich Effizienzklassen für Gebäude in Energieausweisen und Immobilienanzeigen eingeführt, um die Transparenz auf dem Immobilienmarkt weiter zu verbessern. Zudem sollen auf Verlangen des Bundesrates ab dem Jahr 2015 Konstanttemperatur-Heizkessel

(Standard-Heizkessel) nach 30 Betriebsjahren stillgelegt werden. Ausnahmen gibt es aber für selbstgenutzte Ein- und Zweifamilienhäuser. Die neuen Auflagen treten im Wesentlichen erst sechs Monate nach der Verkündung in Kraft, das heißt voraussichtlich im Frühsommer 2014.

Die Festlegung der Austauschfristen alter Heizkessel ist zunächst eine folgerichtige Fortschreibung der bisherigen Regelung. Die EnEV sieht die Erneuerung eines Heizsystems nach 30-jähriger Nutzungsdauer als generell wirtschaftlich an. Vor allem für selbstgenutzte Wohnimmobilien fehlen aber immer noch verlässliche Rahmenbedingungen, die für Investitions- und Planungssicherheit sorgen, sowie ausreichende Anreize. Das Scheitern der steuerlichen Förderung, die unstete Ausstattung der CO₂-Gebäudesanierungsprogramme und die zunehmende Komplexität und Bürokratisierung der KfW-Förderprogramme haben für die wachsende Verunsicherung der Immobilienbesitzer gesorgt. Nach Auffassung des ZVSHK müssen Sanierungsmaßnahmen flexibel einsetzbar sein, um den Eigentümern Entscheidungsspielräume unter Abwägung der wirtschaftlichen, finanziellen, demografischen und lebenswirklichen Bedingungen zu ermöglichen.

Der ZVSHK hatte den gesamten Novellierungsprozess begleitet und bei der Anhörung der Wirtschaftskreise Stellung genommen. Vorausgegangen war die Erstellung eines Positionspapiers, das die Vorschläge aus dem SHK-Handwerk bündelt. Der ZVSHK konnte seinen Vorschlag, die Dämmvorschriften für Trinkwasserstichleitungen zwischen DIN-Norm („3-Liter-Regel“) und EnEV („4-Meter-Regel“) zu harmonisieren, erfolgreich einbringen. Er hat damit eine Vereinheitlichung und letztlich eine Vereinfachung für den Anwender erreicht. Auch die ZVSHK-Forderung, die energiesparrechtlichen Bundesvorschriften zusammenzuführen, wurde als Ziel für eine Novellierung bis 2017 aufgenommen. Ebenfalls hatte der ZVSHK in seinem Papier vorgeschlagen, für den Gebäudebestand keine Zwangssanierungen und im Neubau eine Verschärfung mit Augenmaß vorzusehen. Beide Punkte sind mit der verabschiedeten Fassung erfüllt.

Zusätzlich hat der ZVSHK über die Allianz für Gebäudeenergieeffizienz (geea) in einem offenen Brief an

die Parlamentarier dafür geworben, die EnEV zügig zu verabschieden. Schließlich ging es darum, Investoren und Eigentümern endlich mehr Planungs- und Investitionssicherheit zu verschaffen.

Die Allianz für Gebäudeenergieeffizienz

Die Allianz für Gebäudeenergieeffizienz (geea) ist ein branchenübergreifender Zusammenschluss führender Vertreter aus Industrie, Forschung, Handwerk, Planung, Handel, Energieversorgung und Finanzierung. Ein wesentliches Ziel der geea ist, die Energieeffizienz in Gebäuden in Deutschland zu verbessern. Dies soll durch Empfehlungen für die Politik und konkrete Maßnahmen seitens der Wirtschaft erfolgen.

Drei Arbeitsgruppen leisten die Grundlagenarbeit für das Lobbying der geea und ihrer Mitglieder. Sie haben im ersten Halbjahr 2013 Positionspapiere zur EnEV-Novellierung, Umsetzung der europäischen Effizienzrichtlinie in Deutschland und zur Energieeffizienz in Nichtwohngebäuden erstellt.

Verbändekreis Energieeffizienz und Klimaschutz

Der Verbändekreis Energieeffizienz und Klimaschutz ist eine breit aufgestellte Interessenvereinigung. Er umfasst nahezu alle auf dem Feld der Gebäudetechnik engagierten Energieanbieter, Technologiehersteller und Dienstleister – natürlich auch den ZVSHK als Interessenvertreter des SHK-Handwerks.

Der Verbändekreis Energieeffizienz und Klimaschutz erarbeitete ein Positionspapier zu der geplanten Novelle des Landeswärmegesetzes (EWärmeG) in Baden-Württemberg. Das Papier zielt auf die Politik der Landesregierung und steht seit Herbst für politische Gespräche des Verbändekreises sowie seiner einzelnen Mitglieder zur Verfügung.

Die letztlich überraschend schnell verabschiedete Novelle der Energieeinsparverordnung (EnEV) weist aus Sicht des Verbändekreises einige Fehlentwicklungen auf. So wird gerade in der Diskussion um den primär-

oder endenergetischen Bezug von Energiekennwerten für Gebäude, die in den Gebäudeenergieausweis einfließen sollen, deutlich: Hybride Wärmeversorgungssysteme und die neuen Technologien werden durch die EnEV nicht ausreichend oder gar nicht abgebildet.

Da eine Fortschreibung der EnEV voraussichtlich bis 2017 zu erwarten ist, hat der Verbändekreis eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, die eine Systembewertung erarbeiten wird. Sie soll als Argumentationshilfe für die zukünftige grundlegende Überarbeitung der EnEV genutzt werden.

Die KfW-Gebäudesanierungsprogramme

Der ZVSHK ist überzeugt: Die einseitig erklärten Änderungen der Förderbedingungen in den KfW-Gebäudesanierungsprogrammen (z. B. 151, 152 und 430) vom März 2013 schmälern deren Attraktivität durch zusätzliche Sachverständigenkosten. Durch die Einführung der sogenannten vorhabenbezogenen Unabhängigkeit darf der beratende Sachverständige in dem gleichen zu fördernden Objekt nicht die Effizienzmaßnahmen ausführen. Umgekehrt darf der Ausführende nicht zugleich als Sachverständiger für das Vorhaben auftreten.

Im Handwerk stieß diese Entwicklung auf Unverständnis. Denn gerade das Handwerk leistet bei Antragstellung oder bei Ausstellung der Sachverständigenbescheinigungen beratende Unterstützung. Dies erfolgt sehr oft als Service im Rahmen des Sanierungsauftrages. Kunden sind selten bereit, diese Unterstützung zu honorieren.

Die betroffenen Handwerksverbände haben über den ZDH die KfW und das verantwortliche Bundesbauministerium (BMVBS) in Schreiben und Gesprächen auf diese Problematik hingewiesen. Sie haben nachdrücklich darauf gedrängt, die Änderungen oder Ausnahmeregelungen in den KfW-Programmen zurückzunehmen. In diesem Kontext hat der ZVSHK auch verschiedene Stellungnahmen von betroffenen Fachbetrieben weitergeleitet. Ebenso wurden die Einwände und Bedenken von Energieberatern der Verbraucherzentralen, Architekten und Ingenieuren vorgebracht.

In Gesprächen zwischen KfW, BMVBS, den maßgeblichen Handwerksverbänden ZDH, ZDB und ZVSHK sowie ausgewählten Energieberatern des Handwerks konnte eine Lösung erarbeitet werden. Es wird jetzt geprüft, ob bei der nächsten geplanten Änderung der KfW-Gebäudesanierungsprogramme die vorhabenbezogene Unabhängigkeit im Programm 430 für Berater und Sachverständige entfallen kann, die in der Energieeffizienz-Expertenliste stehen. Es gäbe dann zur Unterbindung von Subventionsmissbrauch zwei Optionen: erstens den einer Verwarnung/Ermahnung und zweitens den Listenausschluss. Als qualitätssichernde Maßnahme würde die KfW weiterhin die Antragsprüfung und Stichprobenkontrollen durchführen. Die Teilnahme an einer zweijährlichen Fortbildung im Umfang von 16 Stunden wäre – wie bei den BAFA-Vor-Ort-Energieberatern – verpflichtend.

Der ZVSHK prüft, die Organisation und Durchführung dieser Fortbildung zu übernehmen und den Energieberatern-SHK (nach §21 EnEV) und den geprüften Gebäudeenergieberatern (HwK) die Teilnahme zu bestätigen. Damit würden die Voraussetzungen für den Verbleib in der Energieeffizienz-Expertenliste nachgewiesen. Ein solches Qualitätsnetzwerk könnte für einen Erfahrungsaustausch unter den Beratern, die bessere Kommunikation mit der KfW, die engere Bindung der Berater an die Verbandsorganisation und die bessere und schnellere Information über die KfW-Programme und deren Änderungen sorgen.

Ökodesign und Verbrauchskennzeichnung

Nicht nur in Berlin ist der ZVSHK als Ansprechpartner für die Vorbereitung politischer Entscheidungen gefragt. Zunehmend wird in Brüssel über wegweisende Entwicklungen entschieden, die die SHK-Branche betreffen. Ein Beispiel: die Verbrauchskennzeichnung von Raum- und Kombiheizgeräten, Warmwasserbereitern und Warmwasserspeichern.

Ökodesign und Verbrauchskennzeichnung haben längst Einzug gehalten ins tägliche Leben der Bürgerinnen und Bürger aus der Europäischen Union. Neben dem Energielabel für Kühlschränke und Wäschetrockner haben vor allem die Diskussionen um ein Glühbirnen-Label viel öffentliche Aufmerksamkeit erregt.

Seit geraumer Zeit beschließt die Europäische Kommission zunehmend vergleichbare Maßnahmen für gebäudetechnische Produkte wie Pumpen, Klimageräte oder Raum- und Kombiheizgeräte, Warmwasserbereiter und Warmwasserspeicher.

Die Grundlage hierfür bilden die Ökodesign- und die Label-Richtlinie der Europäischen Union. Erstgenannte – auch ErP-Richtlinie genannt (Energy-related Products) – sorgt dafür, dass nur Produkte auf den Markt gebracht werden dürfen, die bestimmte Umweltkriterien erfüllen. Mit der Label-Richtlinie wird für die marktfähigen Produkte eine Energieverbrauchskennzeichnung vorgeschrieben. Verbraucher sollen verstärkt Umweltaspekte zur Grundlage ihrer Kaufentscheidung machen und nicht allein auf den Verkaufspreis achten.

Im Herbst 2015 werden entsprechende Vorgaben auch für Heizgeräte, Warmwasserbereiter und Warmwasserspeicher gültig. Die Vorbereitungen begleitet der ZVSHK auf europäischer Ebene bereits seit 2007. Dieser lange Zeitraum zeigt, dass das Projekt äußerst komplex ist. Denn die EU-Kommission wollte sich von Anfang an nicht darauf beschränken, Mindestanforderungen für konkrete Produkte zu definieren – beispielsweise für das gasbetriebene Heizgerät. Vielmehr sollte die entsprechende Verbrauchskennzeichnung auch Produktkombinationen einbeziehen – etwa das gasbetriebene Heizgerät mit Regelungstechnik und solarer Unterstützung.

Zusätzlich machte das Abstellen auf die Funktion, nämlich Wärmeerzeugung oder Warmwasserbereitung, die Aufgabe ausgesprochen umfassend. Die Maßnahme gewinnt dadurch eine ungleich höhere marktpolitische Bedeutung im Vergleich zum rein produktbezogenen Ansatz. Denn hier werden Wärmepumpen mit Brennwertgeräten oder KWK-Anlagen verglichen, gasbetriebene Anlagen mit Ölfeuerung oder Umweltwärme, Wärmepumpen und Niedertempera-

tur-Wärmepumpen – dazu kommen außerdem die jeweiligen Kombigeräte, wenn Warmwasserbereitung abgedeckt wird.

Es waren zähe Verhandlungen in Brüssel. Die betroffenen Herstellergruppen versuchten eine möglichst positive Darstellung ihrer Produkte zu erreichen. Die Vertreter der Energiewirtschaft machten sich gleichzeitig für Produkte stark, die für ihre Energieträger bedeutsam waren; und die einzelnen Mitgliedstaaten kämpften für ihre jeweils eigenen energiepolitischen Schwerpunkte.

Auch das Handwerk musste massiv für seine Interessen eintreten. Die ursprünglichen Ansätze der EU-Kommission verhießen nichts Gutes. So standen zunächst allein fertige Heizungssysteme im Fokus der EU-Kommission. Diese musste erst darauf aufmerksam gemacht werden, dass im Markt die Zusammenstellung einzelner Komponenten verschiedener Hersteller durchaus bedeutsam ist. Geplant war zudem, die Installationsanforderungen über Ökodesign zu regeln. Wobei die Verordnungsentwürfe zu Beginn eine Kompatibilität mit bestehenden technischen Regeln und den Anforderungen zur Gesamtenergieeffizienz vollends vermissen ließen.

Der Einsatz des ZVSHK hatte Erfolg. Es konnte erreicht werden, dass der ursprüngliche reine Systemansatz fallen gelassen wurde. Um die nachvollziehbaren Vorteile einer Bewertung von Produkten mitsamt bestimmter Rahmenbedingungen und Komponenten nicht komplett außer Acht zu lassen, folgte die Kommission dem Vorschlag des SHK-Handwerks, diese Informationshoheit dem Installateur zu übertragen. Die Anerkennung des Installateurs als dem ersten Ansprechpartner des Endkunden und damit als „Point of sale“ war eine der Kernforderungen des SHK-Handwerks. Die ursprüngliche Forderung, Systembewertungen nur im Rahmen des Gebäudeenergieausweises vorzunehmen, ließ sich dagegen nicht durchsetzen.

Recht

Die Vertretung und Wahrung der rechtlichen Interessen des SHK-Handwerks zählt mit zu den wichtigsten Aufgaben des ZVSHK. Denn hier schafft die Verbandsorganisation nicht selten den höchsten Nutzwert für die organisierten Betriebe. Rechtliche Faktoren, die im Ernstfall über das Wohl und Wehe des einzelnen Handwerksbetriebes entscheiden, sind stets im Blickfeld der Rechtsexperten im ZVSHK.

Die Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB)

Mit der aktuellen VOB 2012 sind im Wesentlichen die Vorgaben aus den europäischen Vergaberichtlinien im vergaberechtlichen Teil A, Abschnitte 2 und 3, umgesetzt worden.

Bereits im Jahre 2011 entschied der Hauptausschuss Allgemeines (HAA) des Deutschen Vergabe- und Vertragsausschusses (DVA), den vertragsrechtlichen Teil B der VOB grundlegend zu überarbeiten. Die hierzu eingerichtete Kommission beendete nach mehr als zwei Jahren im Sommer 2013 ihre Arbeit. Das Ergebnis der umfangreichen Überarbeitung – mit interessanten und innovativen vertragsrechtlichen Lösungen – wurde an den Hauptausschuss Allgemeines weitergeleitet zur Beratung, Anhörung der beteiligten Kreise, Beschlussfassung und Vorlage an den Vorstand des DVA.

Die Kommission, die aus je fünf Vertretern der öffentlichen Auftraggeber und der Verbände der Bauwirtschaft – auch der ZVSHK – bestand, wird vermutlich 2014 Vorschläge für eine Fassung der VOB/B vorlegen, die dann als Allgemeine Geschäftsbedingungen den Bauverträgen mit öffentlichen Auftraggebern aber auch mit Auftraggebern der gewerblichen Wirtschaft zugrunde gelegt werden kann.

Die Vorschläge betreffen zum Beispiel die Bestimmungen zur Anpassung der Bauverträge durch Änderungsanordnungen oder Ergänzungen des Auftraggebers (§ 1 VOB/B-Entwurf), die Vergütungsregelungen, die neu strukturiert werden (§ 2 VOB/B-Entwurf), die Konkretisierung der Pflichten des Auftraggebers dahinge-

hend, dem Auftragnehmer eine vertragsgemäße Ausführung der Bauleistung zu erleichtern, sowie die Bekämpfung der Korruption im Zeitraum nach Vertragsabschluss mit einer Entlastungsmöglichkeit für die Auftragnehmer (§ 8 VOB/B-Entwurf).

Soweit mit der VOB/B 2012 in § 16 die neuen Vorgaben aus der EU-Zahlungsverzugsrichtlinie bereits umgesetzt worden sind, sind die Regelungen an die zu erwartenden gesetzlichen Bestimmungen anzupassen.

Umsetzung der EU-Verbraucherrechte-Richtlinie

Einen nennenswerten Verbraucherschutz mit gesteigerten Informationspflichten hat es bisher nur in besonderen Vertriebsformen gegeben – wie etwa bei Fernabsatzverträgen, bei Verträgen im elektronischen Geschäftsverkehr oder bei Verträgen, die als „Haustürgeschäfte“ bezeichnet werden.

Mit der neuen Richtlinie 2011/83 will die EU-Kommission einen einheitlichen Verbraucherschutz sicherstellen. Den Geschäften zwischen Unternehmen und Verbrauchern im Binnenmarkt soll ein entsprechender Rahmen gegeben werden.

Das deutsche Umsetzungsgesetz konkretisiert die Unternehmerpflichten in Vertragsabschlüssen mit Verbrauchern. Es lassen sich folgende wesentliche Teile zusammenfassen: Für alle Verbraucherverträge gelten allgemeine Pflichten und Grundsätze sowie vorvertragliche Informationspflichten des Unternehmers und Widerrufsrechte für Verbraucher. Für außerhalb von Geschäftsräumen geschlossene Verbraucherverträge und für Fernabsatzverträge gelten besondere (vorvertragliche) Informationspflichten des Unternehmers und Widerrufsrechte für Verbraucher. Für Verträge im elektronischen Geschäftsverkehr gelten besondere Informationspflichten des Unternehmers und Regeln zum Widerruf für Verbraucher. In Verträgen über Reparatur- und Instandhaltungsarbeiten gelten für den Unternehmer erleichterte Informationspflichten und für den Verbraucher ein eingeschränktes Widerrufsrecht.

Das Gesetz tritt in der Bundesrepublik im Juni 2014 in Kraft. Der ZVSHK wird die organisierten SHK-Betriebe rechtzeitig über die in ihren Verbraucherverträgen zu beachtenden Regelungen unterrichten. Auch werden die einschlägigen Vorlagen der Formularmustermappe aktualisiert.

EU-Richtlinie zur Bekämpfung des Zahlungsverzugs im Geschäftsverkehr

Der ZVSHK kann die Beweggründe der EU-Kommission, die zur Reform der EU-Zahlungsverzugsrichtlinie 2010/2011 geführt haben, grundsätzlich nachvollziehen. Die EU-Kommission störte sich an den überlangen Zahlungsfristen im Geschäftsverkehr. Hier kam es in vielen europäischen Ländern zu einem Zahlungsverzug von bis zu einem Jahr oder sogar darüber hinaus. Starke Marktteilnehmer – Hersteller, gewerbliche oder auch öffentliche Auftraggeber – nutzten als Schuldner diese langen Zahlungsfristen aus. Der Nachteil entstand den mittelständischen Waren- und Vorlieferanten oder Bauunternehmen.

Die neu gefasste EU-Richtlinie will Gläubiger besser schützen. Sie sieht differenzierte Fristen zur Abnahme und Überprüfung sowie zur Zahlung vor. Diese 30- bzw. 60-Tage-Fristen können bei ausdrücklicher Vereinbarung längerer Fristen ohne grobe Benachteiligung der Gläubiger überschritten werden. Ausgenommen sind öffentliche Auftraggeber. Dabei ermöglicht die Richtlinie, dass der nationale Gesetzgeber strengere Regeln, also kürzere Fristen, vorgeben kann.

Diese EU-Fristen wurden im deutschen Gesetzentwurf zu § 271a BGB-Entwurf eins zu eins umgesetzt. Das hatte allerdings fatale Folgen. Denn paradoxerweise folgte hieraus eine Verlängerung der in Deutschland geltenden Abnahme- und Zahlungsfristen – zum Nachteil der Gläubiger. Damit wäre in Deutschland das ausgelöst worden, was die EU-Richtlinie gerade nicht will: nämlich eine Verlängerung der Fristen. Dieses Umsetzungsvorhaben der Bundesregierung hätte marktmächtige Schuldner begünstigt.

Um dies zu verhindern, sind mittelständische Wirtschaftskreise gemeinsam aktiv geworden. Der ZVSHK war neben dem ZDH und dem ZDB Teil einer Aktionsgemeinschaft von 31 Wirtschaftsverbänden, die sich gegen den mittelstandsfeindlichen Gesetzentwurf gewendet haben. Die Botschaft an die EU lautete: „Die geplante Umsetzung der Regeln zum Zahlungsverzug gefährdet die Liquidität kleiner und mittelständischer Unternehmen und fördert unfaire Vertragsbedingungen in ‚Allgemeinen Geschäftsbedingungen‘ zwischen Unternehmen“.

Die Aktionsgemeinschaft war erfolgreich. Der Gesetzentwurf wurde in der abgelaufenen Legislaturperiode vom Parlament nicht angenommen. Er verfiel somit der Diskontinuität.

Der ZVSHK wird sich weiter dafür einsetzen, dass in der neuen Legislaturperiode entweder von einer Umsetzung der EU-Richtlinienvorgaben abgesehen oder eine für mittelständische Betriebe akzeptable Regelung zu Abnahme- und Zahlungsfristen gefunden wird.

Kommunikation

Information und Dialog haben für den ZVSHK einen hohen Stellenwert für die eigene Zukunftssicherung. Dabei unterscheidet sich die Öffentlichkeitsarbeit der Verbandsorganisation grundlegend von der eines im wirtschaftlichen Wettbewerb stehenden Unternehmens.

Verbände haben sui generis andere Strukturen, Funktionen und Aufgaben als Unternehmen. Primäre Aufgabe eines Verbandes ist es, „gesellschaftliche Erwartungen, Forderungen und Wünsche gegenüber dem zentralen politischen Entscheidungssystem (Regierung, Parlament, Verwaltung) zu bündeln und zu artikulieren“ (vgl. Alexander Straßner, Verbände: Funktionen und Strukturen, in Handbuch Verbandskommunikation).

Verbands- und Unternehmenskommunikation haben beide das Ziel, durch Public Relations Bekanntheit über Vertrauen aufzubauen, um Reputation zu gewinnen. Ein auf Bundesebene operierender Verband wie der ZVSHK muss darüber hinaus sicherstellen, dass er seinen Mitgliedern ein Höchstmaß an Interessenvertretung bietet. Alle hierbei erreichten Erfolge sind allerdings Makulatur, wenn es nicht gleichzeitig gelingt, die eigene Existenz als Organisation zu rechtfertigen. Diese dreifache Herausforderung ist das bestimmende Element jedweder Kommunikationsplanung. Kommunikation wird dadurch zu einem der wichtigsten strategischen Instrumente der Verbandsführung.

Die Kerndisziplin der Presse- und Medienarbeit ist der traditionelle Kommunikationsweg, den der ZVSHK für seine Öffentlichkeitsarbeit nutzt. Hier besteht nicht nur organisatorisch eine klare Trennung zu den Aktivitäten rund um Marketing und Verkaufsförderung. Diese haben eine klare werbliche Ausrichtung. Über die Mittlerfunktion der Landesverbände können organisierte Betriebe entsprechende Instrumente für die eigene Nutzung abrufen.

Die Öffentlichkeitsarbeit konzentriert sich auf die drei Stränge: bundesweite Leistungsdarstellung des SHK-Handwerks, Politische Kommunikation und interne Kommunikation. Wobei letztere sich nicht allein auf

eine reine Mitgliederinformation beschränkt sondern sehr viel weiter gefasst ist. Hier hinein spielen viele Elemente der Branchenkommunikation, des Informationsaustausches mit Marktpartnern.

Ein modern aufgestellter Verband muss jederzeit flexibel sein, sich neuen Trends anpassen oder sogar neue Akzente in seiner Verbandsarbeit setzen. Dies betrifft in besonderem Maße die Kommunikation. Der ZVSHK hat daher im Berichtsjahr in seiner PR-Arbeit neue Wege beschritten. Neben dem vertrauten und klassischen Kommunikationskanal der Pressearbeit hat er innerhalb kurzer Zeit ein Instrumentarium zur direkten Ansprache seiner Zielgruppen aufgebaut. Dazu bedient er sich vor allem der neuen Social-Media-Kanäle. Neben der Kommunikation über Journalisten als Multiplikatoren der verbandlichen Botschaften erfolgt die Verbreitung von Nachrichten, Statements, Stellungnahmen, Videos oder auch Features und Reportagen direkt über Online-Plattformen.

Bundesweite Verbraucher-PR

Der ZVSHK muss als oberste Interessenvertretung des SHK-Handwerks mit seiner Arbeit einen Mehrwert für alle jene Gruppen schaffen, deren Ressourcen er braucht, um seine Ziele zu erreichen. Das heißt: Gerade die Kommunikation trägt dazu bei, diesen Mehrwert zu generieren und ihn sichtbar zu machen. Letztlich sind alle Anstrengungen auf das eine übergeordnete Ziel gerichtet: den organisierten Betrieben des SHK-Handwerks wirtschaftlichen Erfolg zu verschaffen.

Der direkteste Weg hierzu führt für die Öffentlichkeitsarbeit über die bundesweite Darstellung des gesamten Leistungsspektrums der Fachbetriebe. Rund um die Haus- und Gebäudetechnik gibt es eine Vielzahl an Themen, die ein breites Publikum interessieren. Oftmals sind dies Sachverhalte, die saisonal bedingt sind. Frostgefahr. Starkregen. Hitze. Aber auch Themen wie Onlinehandel, Schwarzarbeit, Heizkostenverordnung, Wohnen im Alter sind stets gefragt in den Redaktionen der Verbrauchermedien.

Der ZVSHK veröffentlicht regelmäßig sogenannte Themendienste, die bundesweit an die Verbraucherpresse gegeben werden. Texte mit entsprechendem Bildmaterial können kostenlos – zumeist in den Ratgeberrubriken – abgedruckt werden. Die Themendienste generieren eine millionenfache Auflage und verschaffen dem Leistungsangebot der organisierten SHK-Betriebe öffentliche Aufmerksamkeit – genau dort, wo deren wichtigster Marktzugang liegt, vor der Haustür in den einzelnen Städten und Gemeinden. Die Themendienste stehen den Landesverbänden und Innungen für die eigene Pressearbeit zur Verfügung.

Ein weiterer wichtiger Kanal für die Bedarfs- und Auftragslenkung hin zu den Betrieben ist die Ratgeberfunktion, die sich der ZVSHK gegenüber recherchierenden Journalisten erworben hat. Die Experten aus den einzelnen Referaten sind jederzeit bereit, Presseanfragen zu beantworten. Das schließt auch die Bereitschaft ein, vor das Mikrofon oder die Kamera zu treten. Dieser Medien-Service verlässlicher Informationsübermittlung hat den ZVSHK in den letzten Jahren zu einer beliebten Anlaufstation für Presseanfragen gemacht. Der Lohn der Arbeit zeigt sich in den unzähligen Abdrucken und Meldungen, die den ZVSHK und seine Experten namentlich erwähnen.

Das klassische Instrumentarium der verbandlichen Public Relations beinhaltet ebenfalls die intensive Mitarbeit des ZVSHK bei den Verbraucherkampagnen der beiden Dachverbände VdZ – Forum für Energieeffizienz in der Gebäudetechnik sowie VDS (Vereinigung Deutsche Sanitärwirtschaft). Die 2007 gestartete Kampagne „Intelligent heizen“ ist eine energieträgerneutrale und technologieoffene Verbraucheransprache, die sich auf das Thema Heizungsmodernisierung konzentriert. Dabei wird sowohl auf die Heizungsoptimierung als auch auf den vollständigen Kesseltausch abgestellt. Die VDS kommuniziert – konzentriert auf den jährlich stattfindenden „Tag des Bades“ – alles Wissenswerte rund um das Thema Baderneuerung. Bei beiden Kampagnen steht die Bedarfslenkung zum Handwerk im Mittelpunkt. Beide Kampagnen werden vom ZVSHK maßgeblich mit gesteuert.

Die bundesweite Verbraucher-PR bildet das Dach für alle Kommunikationsmaßnahmen, die auf Landes- oder Innungsebene von den PR-Verantwortlichen in

den Regionen mit eigenen Maßnahmen zusätzlich verstärkt werden. So entsteht ein Geflecht von Informationen zum Leistungsangebot des SHK-Handwerks, das die umworbene Zielgruppe gleich auf mehreren Ebenen erreicht.

Politische Kommunikation

Wie treten Verbände in den Dialog mit der Politik? Wie lässt sich Politik beraten? Wie lässt sich die kommunikative Kluft zwischen Wirtschaft und Politik überbrücken? Wie verschafft sich ein Verband wie der ZVSHK Gehör in dem vielstimmigen Lobbyumfeld des Berliner Regierungsviertels?

Die Antworten auf diese Fragen lauten: Public Affairs, Government Relations, Politikberatung oder auch Politische Kommunikation. Letztere ist eine Spezialdisziplin der Public Relations. Bezogen auf den ZVSHK ist es der Begriff, der die Maßnahmen am besten beschreibt, mit denen der Zentralverband seine politische Arbeit flankiert und unterstützt.

Die Politische Kommunikation des ZVSHK war im Wahljahr 2013 besonders gefragt. Neben Pressemeldungen und dem 2012 neu entwickelten Zitatedienst des Präsidenten – Stathers Statement – waren es die Herausgabe der Wahlprüfsteine und die Sonderausgabe des Meinungsbilder-Magazins „statement“, die die kommunikative Ausrichtung auf die politischen Entscheidungsträger ab dem 2. Quartal 2013 bestimmten.

Nach der Bundestagswahl und der erfolgten Regierungsbildung galt und gilt es, die Positionen des SHK-Handwerks zu den Themenfeldern Energie und Demografie weiter im politischen und öffentlichen Bewusstsein zu halten. Das wird nicht zuletzt durch intensive Kontakte zu den Topmedien der Meinungsbildnerpresse geschehen.

Interne Kommunikation

Die interne Kommunikation des ZVSHK ist dem Vorsatz verpflichtet, die eigene Arbeit vor den organisierten SHK-Betrieben zu rechtfertigen. Es geht dabei hauptsächlich darum, die erbrachten Leistungen transparent

zu machen und ihre Bedeutung für den einzelnen Betrieb aufzuzeigen. Der horizontale Aufbau der Verbandsorganisation verlangt hierfür die Einbindung der Landesverbände und Innungen. Sie verstärken als die unmittelbaren Ansprechpartner der Betriebe die vom ZVSHK zur Verfügung gestellten Nachrichten, in dem sie diese in eigene Kommunikationsinstrumente einbinden – online wie offline.

Mitunter hat das zur Folge, dass über die einzelnen Kaskaden der Informationsfluss ins Stocken gerät. Dies ist der Preis von föderativen Strukturen. Es ist zugleich aber auch der Ausdruck einer starken Gemeinschaft, in der erreichte Erfolge in der Außenwahrnehmung der gesamten Organisation zugeschrieben werden können.

Der ZVSHK lanciert als Übertragungsmittel seiner exklusiven Nachrichten monatlich einen Newsletter, der ausschließlich an seine 17 Landesverbände verschickt wird. Diese können entscheiden, welche Nachrichten in eigene Mitteilungsdienste übernommen werden. Darüber hinaus erstellt der ZVSHK für seine Landesverbände alle drei Monate einen Quartalsbericht, der seine Leistungen und Arbeitsschwerpunkte des zurückliegenden Vierteljahres dokumentiert.

Ein weiteres Instrument der internen Kommunikation ist die sogenannte Eckring-News. Sie entspricht einer einfachen Pressemitteilung; richtet sich im Inhalt und der Sprache aber gezielt an die Mitglieder der Verbandsorganisation sowie an alle Branchenpartner des ZVSHK.

Onlinekommunikation

„Das Internet ist für uns alle Neuland“, hat im Sommer 2013 Angela Merkel festgestellt. Sie hat dafür eine Menge Hohn und Spott geerntet. Vor allem von der sogenannten Netzgemeinde, für die die Weiten des Internets längst zu einem eigenständigen Lebensraum geworden sind.

Es lässt sich darüber streiten, ob es von Angela Merkel sehr geschickt war, Deutschland im Beisein des amerikanischen Präsidenten zur medialen Wüste Gobi zu erklären. Aber letztendlich ist die belächelte Feststel-

lung ein Ausdruck von ehrlicher Demut. Demut vor dem irrwitzigen Tempo der Entwicklungen und Veränderungen in der Online-Welt.

Der SHK-Branche täte diese Demut auch ein Stück weit gut. Sie gehört zur „Old Economy“, die materielle Güter herstellt und einbaut. Sie muss sich erst herantasten an die digitalen Weiten. Aber sie hat als klassische Branche durchaus alle Chancen, den Weg in die Online-Welt selbstbestimmt und erfolgreich zu gehen. Vorausgesetzt sie bündelt ihre Kompetenzen und Kräfte.

Wie für alle Marktteilnehmer gilt für die einzelnen SHK-Betriebe: Die Voraussetzung für den Erfolg im Netz ist der eigene Webauftritt. Das klingt banal. Es ist aber längst noch nicht für alle Mitgliedsbetriebe selbstverständlich. Laut der repräsentativen Herbstumfrage des ZVSHK verfügen nur drei von vier Mitgliedsbetrieben über eine eigene Firmenhomepage.

Da sich das dringend ändern muss, bietet der ZVSHK hierzu gemeinsam mit der Handwerkermarke den sogenannten Webgenerator an. Mit ihm lässt sich in fünf Schritten in einer halben Stunde eine eigene kleine Firmenseite aufbauen. Das Angebot ist kostenlos und auch für IT-Laien geeignet.

Selbstverständlich nutzt der ZVSHK die digitale Kommunikationsform, um sein PR-Instrumentarium Stück für Stück auszuweiten und seine Zielgruppen über verschiedene Kommunikationsebenen zu erreichen. Im Berichtsjahr hat der Zentralverband ein umfassendes Projekt abgeschlossen, das die zielgruppenspezifische Ansprache seiner unterschiedlichen Zielgruppen erleichtert. Aus dem einen Internetportal www.wasserwaermeluft.de entwickelte der ZVSHK zwei eigenständige Webauftritte. Die ursprüngliche Seite wurde zu einem reinen Verbraucherportal mit einer Fülle an vertiefenden Informationen rund um das Leistungsspektrum des SHK-Handwerks. Hier findet sich auch die stark genutzte Handwerkersuche, die Verbrauchern online den Weg zu einem nahe gelegenen Innungsbetrieb weist. Die Informationen zum Verband stehen jetzt auf der Seite www.zvshk.de. Sie dient der Brancheninformation und der Transparenz gegenüber Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit. Hier ist auch ein umfassender Medien-Service für Journalisten integriert.

Social Media

Im Berichtsjahr hat der ZVSHK damit begonnen, seine klassische Medienarbeit mit neuen Wegen der Kommunikationsarbeit zu verknüpfen und zu optimieren. Im Kern bedeutet dies, dass die Ansprache von Multiplikatoren erweitert wird. Ist es bei der traditionellen Medienarbeit meist nur die Zielgruppe der Journalisten, die als Meinungsmittler Adressat einer Botschaft, einer Nachricht oder einer Pressemitteilung ist, ermöglichen die Plattformen der sozialen Medien neuerdings das Ringen um Reputation, Vertrauen und Aufmerksamkeit für den ZVSHK über ein viel breiteres Adressatenspektrum zu spielen.

Das Prinzip dahinter ist einfach: Wer genießt heute das größte Vertrauen der Menschen? Es ist der digitale Freund, der ihm online Empfehlungen zuspielt, der ihm spannende Geschichten weiterleitet, von denen er genau weiß, dass seinen Freund diese interessieren.

Gefordert sind hierfür Inhalte, Content in verschiedenster Aufarbeitung. Daher findet auf diesem Feld auch eine Wiederannäherung von PR und Marketing statt. Hier verschwimmen die klaren Abgrenzungen. Facebook, Google+, Xing, Youtube – diese Kommunikationskanäle müssen mit aktuellen Inhalten bespielt werden, die sich nur aus der Gesamtorganisation heben lassen. Das beste Beispiel für die Kommunikation des ZVSHK ist hier das Thema Nachwuchswerbung. Es bildet die ideale Schnittstelle, um in unterschiedlichster Aufarbeitung des Contents die Botschaft an die Zielgruppe zu tragen: Die Ausbildung in einem der SHK-Gewerke ist attraktiv und zukunftssicher.

„Google+“ ist das noch junge soziale Netzwerk von Google und richtet sich vornehmlich an Unternehmen und Organisationen. Die Strukturen auf „Google+“ bieten die Möglichkeit, die SHK-Organisation über den ZVSHK, den Fachverbänden bis zu den Innungen mit den wesentlichen Angaben darzustellen. Mit diesen Fakten und den zahlreichen Verbindungen könnte das SHK-Handwerk eine deutlich verbesserte Auffindbarkeit der Websites aller Beteiligten im Suchmaschinenranking von Google erreichen. Gleichzeitig kann bei dieser verbesserten digitalen Wahrnehmung natürlich nicht ausgeschlossen werden, dass auf den verschie-

denen Ebenen von außen Kontakte angefragt oder Diskussionen angestoßen werden.

Mit diesem Auftritt und seinem Account auf „Facebook“ sorgt der ZVSHK für eine bessere Präsenz der SHK-Organisation im Internet. Die dargestellten Themen sind in beiden Netzwerken unmittelbar den Kommentaren der „Netzwerker“ ausgesetzt und beziehen sich inhaltlich beispielsweise auf die Wahlprüfsteine des ZVSHK, die WorldSkills 2013 oder den SHK-Effizienz-Check. Wesentliche Entscheidungsgrundlage für dieses Engagement ist die Erkenntnis, dass die Bedeutung sozialer Netzwerke bereits sehr groß ist und zukünftig erheblich zunehmen wird. Im Geschäftsjahr 2013 erreichte der ZVSHK über seine Onlinekanäle insgesamt 600.000 Interessenten.

Messekommunikation

Alle zwei Jahre steht die Kommunikation des ZVSHK vor der großen Herausforderung, das Leistungsangebot des SHK-Handwerks auf der ISH ins rechte Licht zu rücken. Im Berichts- und Messejahr 2013 galt es zudem, die Bedeutung und den Stellenwert des ZVSHK als Gründer und Träger der Weltleitmesse durch einen nachhaltigen Messeauftritt zu symbolisieren.

Von der neuen Standarchitektur, über die Standevents bis hin zur vollkommen neuen Form der Messeberichterstattung über Web-TV ist das dem ZVSHK eindrucksvoll gelungen. Die zentrale Botschaft aller Aktivitäten rund um die ISH lautete: „Ohne das Handwerk geht es nicht!“ Schon weit im Vorfeld bestimmte diese Kernaussage die Messekommunikation – auf den traditionellen Kommunikationswegen ebenso wie in der Onlinekommunikation. Gerade über die Webpräsenz zur ISH konnte der ZVSHK aktuellste Meldungen zeitnah weitergeben. Hier fand sich für die User alles Wissenswerte von den Messe-Eckdaten, über den Buchungsservice, Fachartikel oder Interviews bis hin zu Auskünften zu den Wettbewerben und Sonderschauen. Eine besondere Attraktion war das Gewinnspiel.

Als besonderen Service für die mobilen Internetnutzer hatte der ZVSHK seine erstmals 2011 eingesetzte ISH-App weiterentwickelt. Kompatibel mit dem offiziellen Messekatalog stand die Applikation

für iPhone, iPad sowie alle Smartphones mit Android gratis bereit.

Schon vor dem Start der ISH konnten Nutzer von mobilen Endgeräten ihren Messebesuch dank umfangreicher Daten komfortabel planen. Die App machte es möglich, schon vorab eigene Merklisten und Messerundgänge zusammenzustellen – etwa zu den Themen barrierefreies Bad, Erneuerbare Energien oder zum Bündnis Handwerkermarke. Auch war es möglich, eine Volltextsuche über Firmennamen, Infozeilen und Warengruppen zu starten. Interaktive Einträge der Aussteller ließen sich ganz einfach mit Kontaktdaten und Hallenplan verknüpfen.

Eine weitere Erleichterung für den Messerundgang brachte die in die ISH-App implementierte Tagging-Funktion. Sie machte das Sammeln von Produktkatalogen weitgehend überflüssig. Vor zwei Jahren waren QR-Codes auf der Messe noch recht spärlich anzutreffen, doch dieser Service hat sich bei vielen Ausstellern inzwischen zur Selbstverständlichkeit entwickelt.

Als besonderes Highlight am Messestand des ZVSHK feierte das „studio SHK“ eine sehr erfolgreiche Premi-

ere. Aus dem professionell eingerichteten Fernsehstudio berichtete der ZVSHK erstmalig live von der ISH. In Kooperation mit IKZ.tv präsentierte der ZVSHK ein informatives Programm rund um die Themen Wasser, Wärme, Luft. Bereits vor Messebeginn starteten die ersten Vorbereitungsfilme. Es folgten täglich drei aktuelle Sendungen. Zusätzlich lieferten Experten-Talks Wissenswertes im Detail. So wurde die Öffentlichkeit mit aktuellen Nachrichten aus der SHK-Branche versorgt. Hervorragende Zuschauerquoten bestätigten den innovativen Auftritt.

Als flankierende Maßnahmen startete der ZVSHK zum ersten Mal eine Google-Adwords-Kampagne sowie tägliche Newsletter mit aktiven Links zur Sendung. „Ohne das Handwerk geht es nicht!“ Die klare Botschaft war stets präsent. Die ISH-Impressionen schließlich blickten zurück auf einen starken Messeauftritt des ZVSHK. Die Zusammenfassung in Bild und Wort zeigt die SHK-Organisation und das SHK-Handwerk als Leistungs- und Kompetenzträger. Damit hat der ZVSHK auch neue Maßstäbe in seiner Messekommunikation gesetzt.

Marketing

„Markt machen!“ Markt machen für die organisierten Handwerksbetriebe. Dieses Gebot prägt das Selbstverständnis der gesamten SHK-Verbandsorganisation.

Der ZVSHK hat dieses Aufgabenfeld zum einen ausgerichtet auf die Erstellung von ganzheitlichen Konzepten der Marktbearbeitung; zum anderen entwickelt er maßgeschneiderte Instrumente für die Absatzförderung in den Regionen. Die Abteilung Marketing des ZVSHK ist die Denk- und Schaltzentrale zur Erarbeitung immer neuer wegweisender Marketingmaßnahmen, die in enger Abstimmung mit den Landesverbänden exklusiv den organisierten Betrieben zur Umset-

zung angeboten werden. Eines der prägnantesten Beispiele hierfür ist die bundesweit ausgerichtete Kampagne „Wir checken für Deutschland“, die die Kompetenz der Fachbetriebe in allen Fragen rund um die Haus- und Gebäudetechnik präsentiert.

Wir checken für Deutschland

Acht Haus- und Gebäude-Checks vermarktet inzwischen die etablierte Dienstleistungs- und Beratungskampagne „Wir checken für Deutschland“. Ab 2014 werden hierfür sämtliche Anzeigen- und Informations-

vorlagen den Betrieben nicht mehr in der Printfassung angeboten. Sie stehen im durch Passwort geschützten Mitgliederbereich der ZVSHK-Homepage in digitaler Fassung zum Abruf bereit. Änderungen oder Erweiterungen der einzelnen Vorlagen können auf diese Weise sehr viel schneller und preiswerter vorgenommen werden.

Innungsbetriebe können jetzt – ihrem individuellen Bedarf entsprechend – Arbeits- und Werbemittel zur Kampagne vor Ort produzieren lassen. Die Betriebe haben dabei die Chance zur Individualisierung. Sie können alle Werbemittel individuell mit ihrer Adresse versehen. Bei den Checklisten kann der Unternehmer wählen zwischen einem editierfähigen PDF-Dokument, das er kundenindividuell speichern kann oder der klassischen Papiervariante, die er zur Produktion bei seiner Druckerei in Auftrag geben kann.

Fester Bestandteil von „Wir checken für Deutschland“ bleibt der SHK-Effizienz-Check. Ihn nutzt der Heizungsbauer als Entscheidungshilfe für das Erstgespräch mit dem Kunden. Dieser internetbasierte Check steht auf www.zvshk.de zur Integration in den eigenen Firmen-internetauftritt bereit. Eine große Hilfe für den SHK-Unternehmer: Der SHK-Effizienz-Check bietet schnelle Rechenschritte, die bei dem Thema Heizungsmodernisierung Ursache und Wirkung deutlich machen. Am Monitor zeigt sich, welche Investition zu welcher Kostenersparnis führt und wie viel Treibhausgas dabei vermieden wird.

Die Woche der Sonne

Zum siebten Mal lockte im Frühjahr 2013 die Woche der Sonne. Unter Beteiligung des ZVSHK warb die bundesweite Informationsveranstaltung für die Energie- und Wärmeerzeugung aus Sonnenkraft. Über 1.000 Veranstalter organisierten fast 4.000 Veranstaltungen. Die Aktion des Bundesverbandes Solarwirtschaft wird 2014 fortgesetzt. Sie bietet dann vom 9. bis 18. Mai Hauseigentümern erneut eine gute Gelegenheit, sich kostenlos und aus erster Hand über Solarstrom, Solarwärme und Pelletheizungen zu informieren.

Erneuerbare Energien ermöglichen Haushalten die Energiewende in den eigenen vier Wänden. Dass dies

so gewollt ist, zeigte eine anlässlich der Woche der Sonne erhobene Meinungsumfrage. Demnach möchten sich 81 Prozent der Hausbesitzer persönlich für die Energiewende engagieren. 65 Prozent der Hausbesitzer halten sogar eine stärkere Verpflichtung der Gebäudeeigentümer hinsichtlich des Einsatzes von Erneuerbaren Energien für wichtig. Trotz dieser hohen Motivation der Hausbesitzer gibt es wesentliche Hinderungsgründe bei der Investition in Erneuerbare Energien im Eigenheim. Neben der privaten Finanzierbarkeit nennen 59 Prozent der befragten Hausbesitzer die wechselnden Förderbedingungen als Hinderungsgrund für eine private Investition. 32 Prozent der Hausbesitzer geben an, dass sie sich nicht ausreichend über Förderprogramme informiert fühlen.

Gefördert wird die Aktionswoche von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) und Unternehmen der Solar- und Pelletbranche. Partner sind die Deutsche Umwelthilfe (DUH), die Handwerksverbände ZVDH, ZVEH und ZVSHK sowie der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB).

Marketing für das Bad

Die Vereinigung Deutsche Sanitärwirtschaft (VDS) hat 2013 wieder zum Tag des Bades eingeladen. Rund 450 Ausstellungen in Handel und Handwerk öffneten am 14. September 2013 die Tore, um interessierten Verbrauchern das Leistungsspektrum der Branche zu präsentieren.

Den kommunikativen Schwerpunkt bei der Medienarbeit bildete diesmal das Komfortbad für jede Generation. Unter dem Stichwort „Bäder zum Verlieben schön, bequem fürs Leben“ wurden auch ältere Konsumenten eingeladen, sich mit dem Thema Badrenovierung zu beschäftigen. Ein attraktives Gewinnspiel lockte die Besucher in die Ausstellungen.

Im Vorfeld hatte die Branchenvereinigung mit rekordverdächtigem Abdruckergebnis auf diesen besonderen Tag hingewiesen. Mit 900 Belegen erzielte die PR-Maschinerie der VDS (Stand Ende Oktober) 21 Millionen verbreitete Auflage und Seitenaufrufe. Das entspricht etwa 60 Millionen Leserkontakten allein für den Tag des Bades. Über ergänzende Onlineaktivitäten

wurde am Vortag Onlinewerbung auf nationalen Zeitungsportalen geschaltet. Diese führten zusätzlich zu 500.000 Kontakten.

Im Zeitraum vor dem Tag des Bades erreichte die Endverbraucher-Plattform gutesbad.de rund 26.000 Besucher mit rund 200.000 Seitenaufrufen. Ihre Online- und Printaktivitäten flankierte die VDS durch Radio-PR und hierüber wurden mit 68 Ausstrahlungen 4,6 Millionen Hörer auf den Tag des Bades aufmerksam gemacht.

Zahlreiche Branchenstimmen berichteten von einem guten Besucherzuspruch. 60 Prozent der befragten Aussteller wollen auch 2014 wieder sicher teilnehmen. Der nächste Termin steht bereits fest. Im Jubiläumsjahr des zehnjährigen Bestehens des Tag des Bades findet die Branchenaktion am 20. September 2014 statt.

Die Badakademie

Handwerksbetrieben, die sich beim Badmarketing weiter entwickeln und ihre unternehmerischen Prozesse optimieren möchten, bietet die Bad-Akademie maßgeschneiderte Lehrgänge an. Das Angebot richtet sich an Ausstellungsmitarbeiter und Badplaner des Großhandels. Auch Sanitärinstallateure mit eigener Ausstellung oder einer aktiven Nutzung von Großhandelsausstellungen sowie deren Mitarbeiter können diese Weiterbildung nutzen. Gedacht ist sie ferner für Marketing- und Vertriebsmitarbeiter der Industrie. Die zertifizierte Weiterbildung dauert acht Monate und vermittelt umfassende Kompetenzen für das Erfolgsmanagement im Badverkauf, die Gestaltungsgrundlagen und kreative Badgestaltung, das Prozessmanagement bis hin zum Komplettbad sowie für das barrierefreie Bad. Die Weiterbildung endet mit dem Abschluss als zertifizierter Badmanager. Weitere Informationen unter www.badakademie.de.

Betrieben, die ihr Badmarketing direkt vor Ort optimieren möchten, bietet die VDS in Kooperation mit dem ZVSHK die Broschüre „Ran an die Verbraucher“ an. Vom gelungenen Tag der offenen Tür über erfolgreiche Presse- und Öffentlichkeitsarbeit bis zum Onlinemarketing hält die Publikation wichtige und praxisnahe Informationen für Innungsfachbetriebe bereit.

Das Kundenmagazin

Für Fachbetriebe, die etwas für ihre Kundenbindung tun möchten, gibt der ZVSHK die Kundenzeitschrift „Wasser Wärme Luft“ heraus. Das bewährte Informations- und Werbemittel erschien 2013 erstmals in Kooperation mit einem neuem Verlagspartner. Die Kundenzeitschrift des SHK-Handwerks wurde der Endkundenzeitschrift „inwohnen“ des Strobel Verlages beigefügt. Deren Leser sind in ihrer Kaufentscheidung für ein neues Bad oder eine moderne Heizungsanlage bereits weit fortgeschritten. Somit werden die Dienstleistungen und Angebote des SHK-Handwerks automatisch einer großen Vielzahl von interessierten Lesern nahe gebracht. Für organisierte Betriebe gilt weiterhin: Sie bestellen die Kundenzeitschrift bei ihrer SHK-Organisation und profitieren von einem wirkungsvollen Kundenbindungsinstrument.

Nachwuchswerbung

Seit dem Jahr 2013 zählen der Anlagenmechaniker SHK sowie der Klempner zu den Mangelberufen gemäß der Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Eine alarmierende Entwicklung, auf die der ZVSHK bereits seit Jahren hingewiesen hat.

Vor diesem Hintergrund gewinnt die 2012 gestartete Nachwuchswerbekampagne des ZVSHK – „Volles Rohr Zukunft“ – eine noch stärkere Bedeutung. Jugendliche können über die gleichnamige Internetplattform alle relevanten Informationen zu den vier SHK-Berufen online abrufen und sich bei Interesse auch sofort bewerben. Das Angebot gibt es auch als mobile Anwendung. Unterstützung gibt hierbei ein Bewerbungsgenerator mit dem sich in wenigen Klicks eine schriftliche Bewerbung erstellen und gleich im Anschluss an ausgewählte SHK-Betriebe versenden lässt.

Die SHK-Organisation profitiert bei der Kampagne vom Rückenwind der Jugendkommunikation im Gesamthandwerk. Die ZDH-Imagekampagne „Das Handwerk. Die Wirtschaftsmacht. Von nebenan.“ setzt künftig verstärkt auf die Jugendsprache. Die Aufmerksamkeit für Handwerksberufe ist somit geschärft – auch für die SHK-Berufe.

Für die eigene Nachwuchswerbung können organisierte Betriebe Informationsflyer und weitere Werbemittel bei den Fachverbänden abrufen. Diese sind gefordert, gemeinsam mit den Innungen regional aktiv zu bleiben, an die Schulen zu gehen und regionale Veranstaltungen zu nutzen, um auf die Vorteile einer Ausbildung im SHK-Handwerk hinzuweisen.

Der ZVSHK flankiert diese Werbeanstrengungen mit bundesweiter Pressearbeit und Social-Media-Aktivitäten. Im Vorfeld der heißen Bewerbungsphase hat der ZVSHK ergänzend Anzeigen in verschiedenen Jugendmedien geschaltet. Dabei ging es auch darum, die SHK-Berufe bei Schülern der Oberstufe als interessante Karrieremöglichkeit zu platzieren.

Getreu der Überzeugung „Ausbildung ist Branchenaufgabe“ hat der ZVSHK darüber hinaus seine Fachpublikumskommunikation intensiviert. Zahlreiche Anzeigen und Artikel in den Fachmedien weisen ebenfalls auf die Nachwuchswerbekampagne der SHK-Organisation hin.

Handwerkermarke

Qualitätsoffensive – dies ist das übergeordnete Stichwort für die Handwerkermarke-Kommunikation. Im Berichtsjahr hat die Handwerkermarke über verschiedene Kanäle den unmittelbaren Kontakt zum SHK-Handwerk gesucht: von der Direktaussendung über Anzeigen- und Bannerschaltungen in ausgewählten Fachmedien bis hin zur Messepräsenz in Frankfurt und in Leipzig. „Wir stehen für Qualität. Seien Sie dabei!“ Das war und ist die Botschaft an das Fachhandwerk. Mit dem Qualitätsbekenntnis hat der ZVSHK im Verbund mit 22 Markenpartnern und dem DG Haus-technik die Handwerkermarke stärker in das Bewusstsein des Fachhandwerks gerückt. Aktuelle Umfrageergebnisse unter Innungsbetrieben im Fachhandwerk belegen, dass dies ein neues Bewusstsein für die Handwerkermarke geschaffen hat. Das Konzept hat über den Begriff Qualität eine stärkere Identifikationsmöglichkeit mit der Handwerkermarke geboten.

Durch die neue Einbindung des Großhandels im Rahmen von Pilotaktionen ist es gelungen, die Handwer-

kermarke dort präsent zu machen, wo der Kauf entschieden wird: in den Abhollagern des Großhandels. Hier kann der SHK-Fachhandwerker die Markenprodukte, die die zusätzlichen Leistungsmerkmale der Handwerkermarke bieten, viel einfacher als solche identifizieren und sofort bei seiner Kaufentscheidung berücksichtigen.

Im Berichtsjahr waren 22 Markenpartner an Bord; zu Jahresbeginn 2014 velor die Handwerkermarke allerdings das langjährige Mitglied Dehoust. Trotz einiger vielversprechender Gespräche mit potenziellen Neumitgliedern, gibt es zum gegenwärtigen Zeitpunkt keinen Neueintritt.

Im dreizehnten Jahr des Bestehens der Handwerkermarke hat das Bündnis seine Berechtigung nachgewiesen. Es hat sich gezeigt, dass die Handwerkermarke in einem sich fundamental wandelnden Markt für die Fachbetriebe des SHK-Handwerks zu einem ganz existenziellen Faktor werden kann. Die Handwerkermarke wird zukünftig für die Betriebe der SHK-Verbandsorganisation mehr und mehr zur einzigen verlässlichen Größe in einem unübersichtlichen Markt. In dieser unklaren Gemengelage von Onlinehandel, „sterbenden“ Baumärkten, Preisbildung, Kundenunsicherheit, Produktmängeln und Haftungsfragen werden zwangsläufig die Vorteile der Handwerkermarke in den Fokus rücken, die die Marke seit Anbeginn charakterisieren: Verlässlichkeit, Sicherheit, Verfügbarkeit und Qualität.

Mit der Kommunikationsoffensive der Jahre 2012 und 2013 hat die Handwerkermarke das Bewusstsein für Qualität geweckt und den Markenkern mit dem Begriff Qualität besetzt. In einem nächsten Schritt gilt es jetzt, die Handwerkermarke zu einem festen Bestandteil der innerbetrieblichen Prozesse des Handwerks zu machen. Dafür setzt die Kommunikationsstrategie weniger auf das Ziel der Identifikation mit der Handwerkermarke. Vielmehr wird auf einfache und einprägsame Weise kommuniziert, welche elementaren Vorteile die Produkte der Handwerkermarke den Betrieben bieten. Es wird darum gehen, die in Gänze doch sehr komplexen Vorteile der Handwerkermarke herunterzubrechen in die Erkenntnis von klarem Mehrwert.

Technik

Eine der originären Aufgaben des ZVSHK ist es, technische Regeln zu erstellen und an Normungsvorhaben mitzuwirken. Dies ist ihm als Rationalisierungs-, Normungs- und Typisierungsverband gesetzlich und satzungsgemäß zugewiesen. Den Landesverbänden obliegt die technische Beratung der SHK-Innungen und der SHK-Mitgliedsbetriebe.

Die Entscheidung zur Mitarbeit in den nationalen wie internationalen Normungsvorhaben trifft der ZVSHK nach fachlicher Empfehlung der jeweils betroffenen Bundesfachgruppe, auf Vorschlag seiner Landesverbände und der Fachreferate im ZVSHK. Alle wichtigen Regelwerksentwürfe werden in den Bundesfachgruppen vorgestellt und ihre unmittelbaren Auswirkungen auf die betroffenen Gewerke besprochen. Dieses Verfahren ist seit Jahrzehnten geübte Praxis. Es hat sich im Ergebnis bewährt.

Was die spezifische Mitarbeit des ZVSHK in den Normen- oder Regelwerksausschüssen der Regelwerksgeber betrifft, so gilt folgende Reihenfolge:

- An erster Stelle steht die Mitarbeit an allen „Allgemeinen Technischen Vertragsbedingungen“ der VOB Teil C.
- An zweiter Stelle folgen die für die (Werk-)Planung und Ausführung bedeutsamen Installationsnormen, die nach einem öffentlich rechtlichen Verfahren (z.B. DIN 820) unter Beteiligung und Mitwirkung aller Verkehrskreise – Handwerk, Industrie, Wissenschaft, Sachverständige, Wohnungswirtschaft, öffentliche Hand, Verbraucherorganisationen – genormt werden. Öffentliche Regelwerksgeber sind dazu verpflichtet, einen tragfähigen Kompromiss bei fachlichen Meinungsverschiedenheiten herbeizuführen. Parallel hierzu positioniert der ZVSHK die eigenen Regelwerke, Merkblätter und Fachinformationen.
- An dritter Stelle folgen die Regelwerke, die von privaten Regelwerksgebern entwickelt werden. Im Unterschied zu öffentlich rechtlichen Normungsvorhaben erlauben die privaten Regelwerksgeber oft

nur die persönliche Mitarbeit von sogenannten Experten oder Sachverständigen, nicht aber von Wirtschaftseinheiten. Dies bedeutet, dass der ZVSHK in diesen Regelwerksvorhaben kein fachlich begründetes Vetorecht besitzt. Es kommt vor, dass der Vertreter des ZVSHK das geschlossene Votum seiner organisierten SHK-Fachbetriebe repräsentiert, jedoch mehrheitlich von Einzelpersonen überstimmt wird. Insofern ist dem ZVSHK daran gelegen, dass er in den Lenkungsgremien der privaten Regelwerksgeber (z. B. DVGW) vertreten ist, um hier die grundsätzliche Richtung der Regelwerksvorhaben zu steuern.

- An letzter Stelle im Ranking folgen die Produktnormen. Im Zusammenhang mit der CE-Kennzeichnung von Produkten haben Normen eine neue Bedeutung erhalten. Das gilt insbesondere für die harmonisierten europäischen Normen, die im Auftrag der EU-Kommission erarbeitet wurden. Wendet ein Hersteller die einschlägigen europäischen harmonisierten Normen an, so wird die Einhaltung der wesentlichen Anforderungen – in der Regel Sicherheitsanforderungen – der Richtlinien nach der neuen Konzeption vermutet. Da das neue Konzept verlangt, wesentliche Anforderungen zu harmonisieren und ihre Einhaltung durch Richtlinien zur Pflicht zu erheben, eignet sich dieses Konzept nur, wenn es wirklich möglich ist, zwischen wesentlichen Anforderungen und technischen Spezifikationen zu unterscheiden.

Heizung: ZVDATA

Nach intensiver Entwicklungszeit veröffentlichte der ZVSHK zur ISH 2013 die Software ZVDATA. Sie erfasst im Detail den gesamten Gebäudebestand, den der SHK-Handwerker bearbeitet. Dies bedeutet: Zu nahezu allen technischen Ausstattungsgegenständen lässt sich eine perfekte Anlage aufbauen. Erfasst werden zum Beispiel die Ergebnisse der Kesselwartung. Darüber hinaus wird der Einstellwert des Thermostatventils im Wohnzimmer hinterlegt oder das Fabrikat oder der Typ der Duschtrennung im Bad. Jede

Information zu jedem Bauteil ist online sofort und überall verfügbar. Jeder Berechtigte hat Zugriff auf die aktuellen Daten. Dabei ist sichergestellt, dass der Mitarbeiter auf der Baustelle keinen Einblick in Verträge erhält, wohl aber Einsicht in die Materiallisten. Der Datenstamm befindet sich auf einem Server des ZVSHK und ist nur dem jeweiligen Betrieb zugänglich. Pflegearbeiten, die Datensicherung oder System-Updates werden automatisch vorgenommen. Der Handwerker muss für diese Software lediglich über einen PC mit Internetzugang und einen funktionsfähigen Browser verfügen.

Die zentrale Erfassung von Anlagendaten ist für das tägliche Geschäft sinnvoll. Neben der oben geschilderten Recherchemöglichkeit lässt sich ein Datenbestand nach eigenen Kriterien durchsuchen. Bei welchem Kunden steht die Wartung an? Bei welchen Liegenschaften wurde noch kein Heizungs-Check gemacht? Wie viele Lüftungsgeräte eines bestimmten Herstellertyps sind im Datenbestand vorhanden? ZVDATA ist im Online-Shop des ZVSHK erhältlich.

Heizung: Betriebsanleitung Heizung

Zu einer guten Handwerksleistung gehört eine umfassende Kundeneinweisung. Diese ist besonders bei der Heizungsanlage unabdingbar. Moderne Heizungen sind komplex. Es besteht das Risiko, dass ein Kunde vieles, was ihm während einer Einweisung vermittelt wird, aufgrund der Informationsfülle wieder vergessen wird. Gerade allgemeine Zusammenhänge in der Heizungstechnik sind für Laien schwer nachzuvollziehen.

Der ZVSHK hat daher die Betriebsanleitung Heizung herausgegeben. In leicht verständlichen Worten werden dem Kunden darin die wichtigsten Punkte erläutert. Integrierte Einweisungs- und Prüfprotokolle ermöglichen den Nachweis der Einweisung. Die Betriebsanleitung Heizung ist im Online-Shop des ZVSHK erhältlich.

Heizung: Heizen 2020

Das Thema Energieeffizienz ist allgegenwärtig. Auf der einen Seite versuchen die Hersteller innovativer Ge-

bäude- und Haustechnik ihre Produkte zu verbessern, die Wirkungsgrade zu erhöhen und Energieverluste zu minimieren. Auf der anderen Seite sind die Anwender gefordert, Bedienungsfehler zu minimieren, um einen unnötigen Energieverbrauch zu vermeiden.

Es ist deshalb gerade bei der Wärmeerzeugung in privaten Haushalten wegweisend, dem Nutzer in der Auslegung der Heizung entgegenzukommen. Nur wenn die Planung einer Heizungsanlage den Wünschen des Nutzers entspricht, kann diese auch bestimmungsgemäß arbeiten.

Aus diesem Grund hat der ZVSHK das Forschungsprojekt Heizen 2020 ins Leben gerufen. In Kooperation mit der VDZ – Forum für Energieeffizienz in der Gebäudetechnik und gefördert durch das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung hat der ZVSHK direkt bei den Anlagenbetreibern Daten erhoben. Dies erfolgte sowohl über eine umfangreiche Onlineumfrage mit über 2.600 Teilnehmern als auch über ausgedehnte Interviews mit über 600 Befragten.

Noch läuft die Auswertungsphase. Die ersten Ergebnisse deuten darauf hin, dass zum Beispiel die Raumtemperaturen für die Berechnung deutlich zu niedrig liegen. Wenn eine Heizung auf 20 °C im Wohnzimmer ausgelegt wird und der Kunde über eine Erhöhung der Vorlauftemperatur 23 °C erzwingt, braucht man sich über mangelhafte Jahresarbeitszahlen einer Wärmepumpe nicht zu wundern. Wenn die Wärmepumpe jedoch auf eine höhere Raumtemperatur ausgelegt wird, gibt es seitens des Kunden keinen Zwang, die Vorlauftemperatur zu manipulieren. Damit kann dann die Wärmepumpe im vorgesehenen Temperaturbereich und damit mit hoher Effizienz arbeiten.

Aufgrund der Ergebnisse wird der ZVSHK Empfehlungen erarbeiten. Diese werden nahezu den kompletten Bereich vom Produkt, über die Planung bis hin zur Einweisung des Kunden betreffen. Die Veröffentlichung der Ergebnisse ist 2014 geplant.

Heizung: hydraulischer Abgleich

Die Optimierung von Heizungsanlagen im Bestand wird zunehmend wichtiger. Für verschiedene Fördermaß-

nahmen ist sie sogar Voraussetzung. Der Nachweis erfolgt bisher über ein VDZ-Formular. Dieses wird aktuell im Rahmen eines VDZ-Arbeitskreises und in Zusammenarbeit mit der KfW überarbeitet und den aktuellen Erfordernissen angepasst. Ziel ist eine schlankere und leicht verständliche Struktur.

Heizung: ZVPlan

Mit ZVPlan hat der ZVSHK ein wirksames Instrumentarium für die Optimierung von Heizungsanlagen im Bestand entwickelt. ZVPlan vereinfacht den Planungsaufwand drastisch. Ein typisches Einfamilienhaus lässt sich einschließlich Heizlast, Vorlauftemperatur aus den vorhandenen Heizkörpern und hydraulischem Abgleich innerhalb einer Stunde berechnen. Inzwischen vertrauen mehr als 2.400 Nutzer dieser Lösung. Im Preis enthalten ist eine Schulung, die in der Regel über die Fachverbände durchgeführt wird. Ergänzend dazu wurde zur ISH das Trinkwasser-Modul eingeführt. Damit lässt sich ohne großen Aufwand der komplette Trinkwasserbereich einschließlich Zirkulation und hygienischer Nachweise berechnen. Aktuell in Arbeit befinden sich die Lüftungstechnik und Schmutzwasserberechnung.

Lüftung: Schulung kontrollierte Wohnraumlüftung

Mit der Verabschiedung der neuesten Energieeinsparverordnung wird deutlich: Der Trend zur drastischen Reduzierung der Energieverbräuche von Neubauten und Bestandsgebäuden geht unvermittelt weiter. Damit steigen auch die Anforderungen an die Luftdichtheit von Wohngebäuden, um Lüftungswärmeverluste so gering wie möglich zu halten.

Es ist längst kein Geheimnis mehr, dass die ultradichte Bauweise neuester Niedrigstenergie- und Passivhäuser neben den klaren Einsparpotenzialen bei den Energiekosten auch Nachteile bringt. Ein Austausch der Wohnraumluft mit der Außenluft findet quasi nicht mehr statt. Erhöhte Luftfeuchtigkeit, ausgeatmetes CO₂ und Geruchs- und Schadstoffe etwa als Ausdünstungen von Möbeln können nicht mehr ausreichend abgeführt werden.

In den letzten Jahren hat ein Prozess des Umdenkens bei Bauherren des privaten Sektors, der Wohnungswirtschaft und der öffentlichen Hand eingesetzt. Anlagen zur Be- und Entlüftung von Wohnräumen sind zu einer akzeptierten technischen Standardeinrichtung bei energetisch optimierten Neubau- und Sanierungsprojekten geworden.

Um das SHK-Handwerk beim Einstieg in den lukrativen Zukunftsmarkt „Wohnungslüftung“ zu unterstützen, hat der Arbeitskreis Lüftung im ZVSHK die bundeseinheitliche Schulungsmaßnahme „kontrollierte Wohnraumlüftung nach DIN 1946-6“ entworfen.

In der eintägigen Schulung werden die Grundlagen der Wohnraumlüftung erläutert. Die Teilnehmer werden von der Erfassung aller notwendigen Gebäudedaten, über die Erstellung eines Lüftungskonzeptes, bis hin zur Auswahl und Auslegung von Komponenten in die wichtigsten Arbeitsschritte eingewiesen. Bei erfolgreicher Teilnahme wird das Zertifikat „Fachkraft für komfortable Wohnungslüftung nach DIN 1946-6“ ausgestellt.

Die Schulung soll fortlaufend an die neusten Entwicklungen auf dem Wohnraumlüftungsmarkt angepasst und durch Zusatzmodule ergänzt werden.

Sanitär: Gefährdungsanalyse

Mit Ablauf des Jahres 2013 endet die Frist für die Erstbeprobung von zentralen Warmwasserbereitungen gemäß Trinkwasserverordnung. Dies bedeutet: Betreiber von Warmwasserverteilnetzen und Installateure müssen unter Umständen auf Grenzwertüberschreitungen reagieren. Für den Fall, dass der technische Maßnahmewert überschritten wird, ist die Erstellung einer Gefährdungsanalyse notwendig. Der ZVSHK hat in Fachartikeln Betriebe darüber informiert, wie eine Gefährdungsanalyse aufgebaut werden kann und was sie enthalten muss. Dabei gilt: Aufgrund der Komplexität und Vielfältigkeit der Bestandsanlagen ist bei jeder Anlage eine Einzelbetrachtung unumgänglich.

In der Regel sollten bei einer zentralen Warmwasserbereitung, die nach den anerkannten Regeln der Technik geplant, erstellt und betrieben wurde und wird,

nichts zu beanstanden sein. Gelegentlich kommt es in der Praxis aber vor, dass sich der Bedarf an der Versorgung mit warmem Trinkwasser ändert und somit der Betrieb an eine etwaige Umnutzung angepasst werden muss. Da in der Vergangenheit selten auf solche Veränderungen mit umfänglichen Rückbauarbeiten reagiert wurde, liegen diese nicht genutzten Leitungsteile als Totstränge unter Putz. In solchen Fällen kann in den betroffenen Teilen des Netzes nicht mehr genügend Wasseraustausch sichergestellt werden; oder es kommt gar zur vollständigen Stagnation. Dies führt dazu, dass aus Totleitungen, in denen das Wasser stagniert, Infiltrationen mit mikrobiologischen Verunreinigungen in das Leitungsnetz eingespült werden.

Im Wesentlichen geht es für den Installateur bei der Erstellung einer Gefährdungsanalyse darum, die notwendigen Maßnahmen aufzuzeigen, um die Trinkwasseranlage so zu konfigurieren, dass sie den allgemein anerkannten Regeln der Technik entspricht. Die Gefährdungsanalyse stellt den Auftakt einer systematischen Ertüchtigung der Anlage im Hinblick auf die Sicherheit gegenüber Legionellen-Kontaminationen dar. Aus diesem Grunde sollten Beurteilungstiefe und Detaillierung die Höhe des Befundes und den Zeitpunkt der Erstellung berücksichtigen.

Die Gefährdungsanalyse stellt eine Art von Gutachten dar, für welche die üblicherweise verwendeten Werkverträge nicht die passenden Regelungen enthalten. Um hier passgenau alle Risiken abzudecken, stellt die SHK-Organisation ihren Mitgliedern einen Mustervertrag zur Verfügung.

Der ZVSHK hat gemeinsam mit dem GdW (Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V.) als Anhang zu seinem Kommentar zur 2. Änderungsverordnung der Trinkwasserverordnung ein Merkblatt zur Gefährdungsanalyse erstellt.

Klempner: Kommentar zur VOB C

Nach der Gesamtausgabe der VOB Ende 2012 musste der ZVSHK im Berichtsjahr auch den im Jahr 2001 verfassten Kommentar der DIN 18339 überarbeiten. Es geht dabei um die allgemeinen technischen Vertragsbedingungen für Klempnerarbeiten.

Direkt nach dem Erscheinen der VOB 2012 hat der ZVSHK mit diesen Arbeiten unter Einbindung von Ehrenamtsträgern begonnen. Im Mai 2013 lag der überarbeitete Kommentar vor. Er gibt mit Hilfe von Bildern praxisorientierte Ratschläge, wie mit Ausschreibungen von Klempnerarbeiten umzugehen ist, und wie diese dann letztendlich ausgeführt werden. Die Überarbeitung war zwingend erforderlich, da sich in der Norm grundlegende Änderungen ergeben haben.

Unter anderem wurden in der Ausgabe der VOB 2012 die Tabellen und Zeichnungen aus den Klempnerfachregeln zur Windsogsicherung eingebracht. Begründung: Mit bauaufsichtlicher Einführung des „Eurocode 1: Einwirkungen auf Tragwerke – Teil 1 - 4: Allgemeine Einwirkungen – Windlasten“ erfüllte die Tabelle zur Befestigung in den allgemeinen technischen Vertragsbedingungen mit Ausgabedatum 2010 nicht mehr die Forderungen an die Standsicherheit der Dachhaut. Mit den neuen Tabellen in der Norm ist diese Forderung nun abgedeckt.

Im Kommentar zur DIN wird genau erklärt, wie diese auf das Dach zu übertragen sind. Außerdem wurden im Kommentar neue Punkte in allen 5 Teilen der ATV berücksichtigt – damit ist ein Werk abgeschlossen worden, das für jeden Klempner, Spengler, Blechner und Flaschner zur Standardliteratur zählen sollte.

Klempner: die D.A.CH.S.-Gruppe

Auf der Herbsttagung der Bundesfachgruppe Klempnertechnik 2011 ist die internationale Arbeitsgemeinschaft der Klempner im deutschsprachigen Raum – D.A.CH.S. – gegründet worden. Sie besteht aus Mitgliedern der Bundesinnung Dachdecker/Glaser/Spengler aus Österreich, dem Schweizerisch-Liechtensteinischer Gebäudetechnikverband (suissetec), der Berufsgemeinschaft der Spengler Südtirols und dem ZVSHK.

Die D.A.CH.S.-Gruppe trifft sich mindestens zweimal im Jahr. Während der ersten Treffen hat sich bestätigt, wie richtig der Entschluss war, eine internationale Zusammenarbeit zu beginnen. Denn jenseits der deutschen Grenzen gibt es die gleichen Problemstellungen für das Klempnerhandwerk. Diese können zukünftig gemeinsam erörtert und gelöst werden.

Berufsförderungswerk

Das Berufsförderungswerk der Gebäude- und Energietechnikhandwerke e.V. ist die Fort- und Weiterbildungseinrichtung des ZVSHK. Seine Aufgabe ist es, die Qualifikation des SHK-Handwerks zu fördern, die Marktentwicklung zu beobachten und den fachlichen Gedankenaustausch anzuregen. Dazu entwickelt das Berufsförderungswerk innerhalb der SHK-Organisation Werkzeuge und Hilfsmittel, die in Seminaren, Beratungen und Fachvorträgen präsentiert werden.

Know-how für den Praktiker

Die Zukunft eines SHK-Betriebes hängt heute längst nicht mehr nur von der technischen Kompetenz seines Inhabers ab. Vor dem Hintergrund der aktuellen Marktentwicklung wird das Thema Betriebswirtschaft im Handwerk zunehmend bedeutsamer. Deshalb beruhen die Seminarkonzepte des Berufsförderungswerkes auf den praktischen Erfahrungen seiner Beratungen. Die fachspezifischen Besonderheiten des SHK-Handwerks stehen dabei im Mittelpunkt. Als ausgewählte Fortbildungsmaßnahmen seien hier genannt:

- Betriebsmanager/in im SHK-Handwerk
- SHK-Fachbetrieb für Badplanung und -sanierung
- Badgestaltung und -design
- Intensivseminar Kalkulation
- Betriebswirt des Handwerks (SHK)
- SHK-Kundendiensttechniker
- SHK-Fachbetrieb für Hygiene und Sicherheit in der Trinkwasserinstallation

Betriebswirtschaftliche Fachberatung

Unter dem Leitthema „Ganzheitliche Unternehmensführung im SHK-Handwerk“ hat das Berufsförderungswerk im Berichtsjahr die Beratungsmodule Kostenrechnung, Marketing und Organisation kontinuierlich weiterentwickelt. Dabei profitieren die betriebswirtschaftlichen Beratungen im besonderen Maße von den langjährigen Branchenerfahrungen der Berater. Konkrete und praxisorientierte Problemlösungen stehen im Vordergrund. Hierzu stehen folgende Module zur Verfügung:

- Unternehmensanalyse und Kostenstellenrechnung
- Unternehmensstrategie
- Betriebsorganisation
- Ferndiagnose
- Softwareberatung

Nützliche Hilfsmittel für die Praxis

Das Berufsförderungswerk hat seine Software „Deckungsbeitragsrechnung“ überarbeitet; sie steht jetzt mit der Version DBR 2012 zur Verfügung. Damit haben Mitgliedsbetriebe ein praxisgerechtes Planungs- und Steuerungsinstrument an der Hand.

Mit seinem Leistungsprofil gibt das Berufsförderungswerk einen aktuellen Überblick über sein branchengerechtes Leistungsangebot in den zentralen Bereichen Seminardurchführung und -organisation, betriebswirtschaftliche Beratung und praktische Hilfsmittel. Das Leistungskompodium stellt Ziele, Zielgruppen und Inhalte der jeweiligen Angebote übersichtlich dar und beschreibt die kompletten betriebswirtschaftlichen Hilfsmittel.

Überwachungsgemeinschaft

Die Überwachungsgemeinschaft Technische Anlagen der SHK-Handwerke e. V. (ÜWG) ist als Selbsthilfeorganisation des Handwerks vor allem eine Dienstleistungseinrichtung für die Mitglieder der in den Landesverbänden organisierten Innungen. Bezogen auf die einzelnen Bundesländer sind in der Regel zwischen 80 Prozent und 95 Prozent der ÜWG-Mitglieder gleichfalls Mitglieder in SHK-Innungen.

Die Mitgliedsbetriebe der ÜWG sorgen dafür, dass Heizölverbraucheranlagen sicher sind und dies auch bleiben. Umweltschutz und Modernisierung beschreiben den Kern der täglichen Arbeit.

Über ihre Landesstellen ist die Überwachungsgemeinschaft in jedem Bundesland vertreten. Diese Regionalität sichert eine flächendeckende Mitgliederbetreuung vor Ort. Hauptamtliche technische Referenten verantworten Schulungen und Seminare, sind Schnittstelle zur Geschäftsführung und beraten auch hinsichtlich Vertriebsaktivitäten oder Marketingaktionen. In jeder der 16 Landesstellen gibt es einen Überwachungsausschuss. Insgesamt etwa 80 ehrenamtliche Mitglieder sind in diesen Gremien tätig, darunter etwa 40 öffentlich bestellte Sachverständige als Prüfbeauftragte.

Die Hauptgeschäftsstelle in Sankt Augustin bei Bonn ist die zentrale Anlaufstelle der ÜWG, vor allem für externe Kontakte. Im Berichtsjahr waren die Mitarbeiter dort für etwa 1.300 technische Beratungen gefragte Ansprechpartner. Außerdem wurden rund 2.000 Anfragen rund um die Mitgliedschaft in der Organisation betreut.

Die ÜWG hat auch 2013 über ihre mannigfache Mitwirkung in Ausschüssen und Gremien als Wegbereiter zukünftiger Neuerungen fungiert. Mit ihrem Know-how bringen sich die Experten der Organisation immer wieder an verschiedensten Stellen kreativ ein. Das ist wichtig, weil im direkten Betätigungsfeld der Überwachungsgemeinschaft Umbrüche anstehen, auf die es zum Wohle der Mitglieder Einfluss zu nehmen gilt.

Die ÜWG als Dienstleister

Die ÜWG ist zum einen ein nachgefragter Dienstleister vor allem der SHK-Landesverbände. Zum anderen sind auch Nicht-Innungsmitglieder trotz höherer Beiträge überzeugt von den Leistungen der ÜWG. In mittlerweile sieben SHK-Landesverbänden liegt der Organisationsgrad über 20 Prozent. In Rheinland-Rhein Hessen sind 324 von 859 SHK-Betrieben auch Mitglied bei der ÜWG – mehr als jedes dritte Unternehmen vertraut dort der Überwachungsgemeinschaft. Überdurchschnittlich hohe Werte erzielt die Organisation auch in Bremen (36 Prozent), Niedersachsen (31 Prozent) und Hessen (27 Prozent). Das ist insofern beachtlich, als dass durch die jeweilige Ausrichtung der Firmen schließlich nicht jeder SHK-Betrieb auch potenzielles Mitglied der Überwachungsgemeinschaft ist. In den neuen Bundesländern ist die Durchdringung meist geringer, was vor allem an der Struktur im Wärmemarkt festzumachen ist. Ölheizungen sind dort weniger verbreitet, Fernwärme und Erdgas dagegen weit häufiger.

Zahl der Ölheizungen weiter stabil

Der Bundesverband der Schornsteinfeger erhebt jährlich Daten über Vorkommen, Messungen und Mängel an Feuerungsanlagen. Durch die Novellierung der 1. Bundes-Immissionsschutzverordnung unterliegen auch Heizungsanlagen mit einer Nennwärmeleistung zwischen 4 und 11 Kilowatt der wiederkehrenden Messpflicht. Damit werden sie in der Schornsteinfegerstatistik erfasst. Für das Jahr 2012 weist diese 5,5 Millionen in Deutschland betriebene Ölheizungen aus. Dies ist gegenüber dem Vorjahr ein Minus von 64.000 Anlagen. Heißt: Gerade einmal ein Prozent der Anlagen gingen im Saldo verloren.

Das bestätigen auch die Angaben des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW). Demzufolge wurde im Jahr 2012 knapp die Hälfte der Wohnungen in Deutschland mit Erdgas beheizt (49,2 Prozent). Nach wie vor sorgt in 29 Prozent der Wohnungen (Vorjahr 29,3) der Energieträger Heizöl für Wärme

und warmes Wasser. In 12,8 Prozent aller Wohnungen wird Fernwärme genutzt. Strom (Nachtspeicherheizungen und Wärmepumpen) lieferte für 6,1 Prozent die Heizenergie. Der Anteil der Festbrennstoffe (darunter Holz, Koks/Kohle) lag bei 2,9 Prozent. Damit hat sich die Beheizungsstruktur im Gebäudebestand seit einigen Jahren kaum verändert.

Dies sollte allerdings niemanden beruhigen, der mittelbar oder unmittelbar vom Geschäft mit dem Brennstoff Heizöl abhängt. Aus den Tabellen der Schornsteinfeger geht hervor, dass in den Uraltjahrgängen die Zahl der Anlagen ein wenig sinkt. Das ist gut für die Umwelt – und kein Problem, falls der Kunde beim Öl bleibt. Der aktuelle Anteil von Ölkesseln am Gesamtabsatz bei den Wärmeerzeugern ist jedoch rückläufig. 2012 lag er nach Angaben des Bundesindustrieverbandes Deutschland Haus-, Energie- und Umwelttechnik (BDH) nur noch bei insgesamt 10,8 Prozent (Ölbrennwert: 7,2 Prozent). 2012 wurden also rund 72.700 Ölkessel verkauft, davon etwa 48.500 Brennwertanlagen. Das bestätigt nicht nur die lange bekannte Tatsache, dass Ölheizungen im Neubau kaum mehr eine Rolle spielen, sondern auch die verhaltene Bereitschaft von Bestandskunden, ihre alte Ölheizung gegen eine neue Öl-Brennwertanlage zu tauschen. Die Modernisierung ist dringend nötig, aber eine Gratwanderung: Wer bleibt, bindet sich langfristig – und wer geht, geht wohl für immer. Ein starkes Argument für Öl-Brennwert ist die Hybridheizung – also die Verbindung von Öltechnik mit anderen Energieträgern zu einem Heizsystem. Fast jede zweite Öl-Brennwertheizung wird heute mit Solarthermie kombiniert, immer mehr auch mit einem

Kamin oder Kaminofen. Es geht um die richtigen Argumente, und vor allem um ein kooperatives Handeln der Marktpartner in Handwerk und Handel.

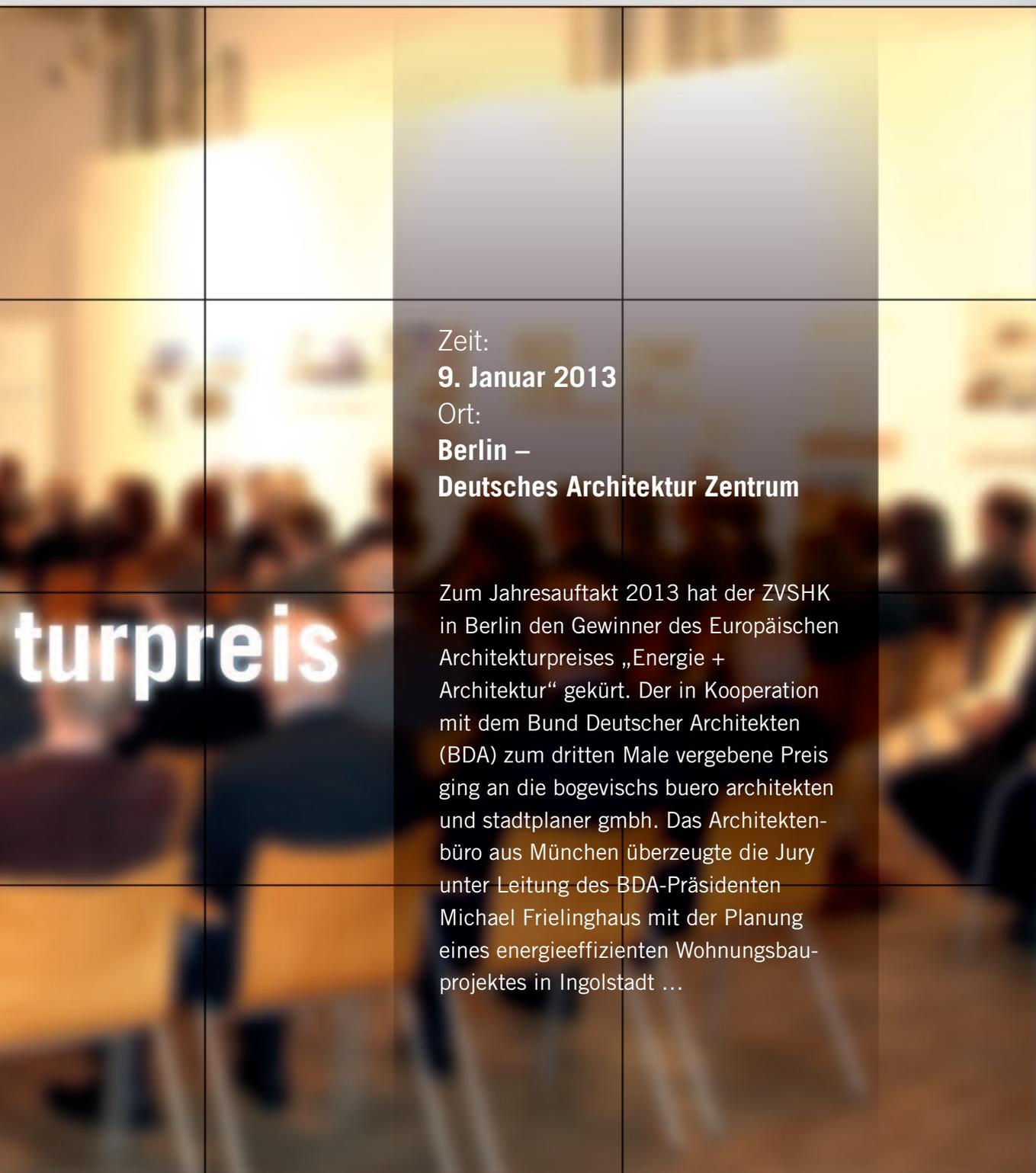
Anlagenverordnung

Einen neuen Namen hat sie schon, bundesweit geltendes Recht ist sie aber noch nicht geworden: die zukünftige Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (AwSV). Schon lange in den politischen Mühlen, ist die AwSV noch immer nicht über den Entwurfsstatus hinausgekommen. Geplant war, die unterschiedlichen in den Bundesländern gültigen Verordnungen (VAWS) durch einheitliche Regelungen abzulösen. Werden diese Realität, handelt es sich de facto um eine Verschärfung der Bedingungen für die meisten deutschen Besitzer einer Ölheizung. Noch unklar ist, ob es zur wiederkehrenden Überprüfung von Tanks ab 1.000 Liter Volumen kommt. Die wäre alle zehn Jahre fällig. Ohne die regelmäßigen Checks weiß schließlich niemand, wie es im deutschen Durchschnitts-Heizölkeller wirklich aussieht. Kritiker zweifeln jedoch an der Notwendigkeit und verweisen auf (ungenauere) Bundesstatistiken: Pauschal gesagt sind Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen ziemlich selten.

Aktueller Stand vor den Bundestagswahlen 2013: Die Prüfpflicht wurde erst einmal aus dem Entwurf getilgt. Entscheiden müssen das aber die neue Bundesregierung und später auch der Bundesrat.



**Verleihung
Europäischer Architektur
Energie + Architektur**



Zeit:
9. Januar 2013
Ort:
**Berlin –
Deutsches Architektur Zentrum**

Zum Jahresauftakt 2013 hat der ZVSHK in Berlin den Gewinner des Europäischen Architekturpreises „Energie + Architektur“ gekürt. Der in Kooperation mit dem Bund Deutscher Architekten (BDA) zum dritten Male vergebene Preis ging an die bogevischs buero architekten und stadtplaner gmbh. Das Architektenbüro aus München überzeugte die Jury unter Leitung des BDA-Präsidenten Michael Frielinghaus mit der Planung eines energieeffizienten Wohnungsbauprojektes in Ingolstadt ...

Architektur und Handwerk. Kunst und Können. Planung und Ausführung – es ist das übergeordnete Thema Energie, das aus diesen markanten Begriffspaaren die bestimmenden Elemente des Europäischen Architekturpreises Energie + Architektur macht.

Die Berufsgruppe der Architekten wird für das installierende Gewerbe zu einem immer wichtigeren Partner bei der Ausgestaltung des nationalen Wärmemarktes. Der Architekturwettbewerb des ZVSHK will daher anhand von beispielhaften Projekten wegweisende Problemlösungen aufzeigen. Es ist sein erklärtes Ziel, einer breiteren Öffentlichkeit darzustellen, wie durch intelligente Planung und Ausführung in Gebäuden ein Maximum an Energie eingespart werden kann – ohne Verzicht auf Komfort und Funktionalität.

Nachhaltige Architektur liegt im Trend. Eine in diesem Sinne „grüne“ Baukultur erzeugt eine sehr viel positivere öffentliche Wahrnehmung, als so manche zwanghaft auf Originalität und Außergewöhnlichkeit getrimmte Architektur, die sich nur sehr schwer ins bauliche Umfeld einpasst.

Wasser, Wärme, Luft – die Betriebe des SHK-Handwerks agieren im direkten Lebens- und Arbeitsumfeld der Menschen. Sie sind gefordert, wenn es darum geht, dass Häuser ihren Besitzern und Bewohnern ein Wohlfühlgefühl vermitteln sollen; und – im Idealfall – ein ökologisch gutes Gewissen.

Allerdings ist die Umweltbilanz von Architektur gegenwärtig nicht sehr positiv. 40 Prozent des Energieeinsatzes in Deutschland entfallen auf Gebäude. Die Häuser in Deutschland verbrauchen mehr Energie als die Summe der zugelassenen Autos. Vom Heizungskeller bis zum Dach wird Energie zu verschleudert und Geld verbrannt. Darüber hinaus ist Bauschutt, der fast ein Viertel des gesamten Müllaufkommens ausmacht, kaum in den Wertstoffkreislauf zurückzuführen.

Vor diesem Hintergrund haben die Einreichungen und Ergebnisse des Europäischen Architekturpreises verdeutlicht: Die Symbiose von ästhetischer Architektur, nachhaltiger Planung und effizienter Ausführung kann weit mehr erwirken als nur einen oberflächlichen „grünen“ Gebäudeanstrich. Der Europäische Architekturpreis dokumentiert vielmehr die Möglichkeiten einer

eigenständig praktizierten Energiewende von unten. Eine Vielzahl an Einreichungen hat beispielhaft nachgewiesen, wie private und gewerbliche Bauherren, wie Investoren und wie – indirekt – selbst Mieter Effizienzsteigerungen und Energieeinsparungen in neuen oder sanierten Gebäuden realisieren können. „Grüne Architektur“ hat dabei in allen Belangen das erreicht, was sie in ihrem Selbstverständnis erreichen muss: eine Aufwertung der jeweiligen Immobilie.

Der Europäische Architekturpreis Energie + Architektur wurde 2012 zum dritten Mal vom ZVSHK gemeinsam mit dem Bund Deutscher Architekten BDA als eigenständiger Award ausgelobt. Die erneute Schirmherrschaft des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung unterstreicht die Wertschätzung, die der Wettbewerb inzwischen in Fachkreisen erfährt. Der Preis ist zudem von der Bundesstiftung Baukultur als bundesweit bedeutsamer „Preis der Baukultur“ benannt worden.

Architekten aus Deutschland, Frankreich, den Niederlanden, Österreich und der Schweiz haben sich mit insgesamt 57 Objekten beworben. Die Qualität der Einreichungen hat nach einhelliger Meinung der Jury eine stetige Weiterentwicklung erfahren. Aus diesem Grund haben ZVSHK und BDA neben dem Preisträger weitere fünf Arbeiten von herausragender Qualität mit einem Geldpreis ausgezeichnet.

Energieeffiziente Wohnanlage Hollerstauden

Das mit dem Europäischen Architekturpreis Energie + Architektur ausgezeichnete Projekt ist eines von zehn Pilotprojekten „e% – Energieeffizienter Wohnungsbau“ der Obersten Baubehörde München. Hier werden Möglichkeiten eines sparsamen und effizienten Umgangs mit Energie im geförderten Wohnungsbau erprobt und ausgewertet. Das Projekt veranschaulicht, dass sich energetisches und nachhaltiges Bauen und Sanieren zu einem gesellschaftlich relevanten Thema entwickelt haben.

Städtebaulich wurde in Hollerstauden bei Ingolstadt – sozial wie räumlich – ein Quartier geschaffen, in dem

der familiengerechte und geförderte Wohnungsbau eine bestehende Senioren-Wohnanlage ergänzt. Die Anforderungen der EnEV 2009 werden dabei um 40 bis 60 Prozent unterschritten. Zur Umsetzung der hohen energetischen Anforderungen wurde die Förderhöchstgrenze gegenüber dem Standardwert für den experimentellen Wohnungsbau um 10 Prozent angehoben.

Zur Historie: Im Jahr 2008 wurde für das Baufeld ein Plangutachten durchgeführt, mit dem Ziel, die bestehende Senioren-Wohnanlage von 1993 im Zentrum durch familiengerechten Wohnungsbau mit insgesamt 145 Wohnungen zu ergänzen. bogevischs buero architekten und stadtplaner gmbh wurde mit der Erstellung eines städtebaulichen Masterplanes und mit der Hochbauplanung für das östliche Baufeld mit 81 Wohneinheiten beauftragt.

Maßgebend für die städtebauliche Konzeption des Entwurfes ist die prägnante, V-förmige Fuge. Der Architekt begreift diese Fuge als verbindendes Element der übergeordneten Grünräume in Ost-West-Richtung, sowie der gebauten Stangenstrukturen im Norden und Süden. Die städtebauliche Setzung steht im Kontext der vorhandenen Zeilenbebauung und Grünräume.

Ein entscheidender Faktor bei der Quartierentwicklung liegt in der Schaffung einer nachhaltigen Identität durch die bevorzugte Verwendung natürlicher Baumaterialien. Dazu kommen der äußerst sparsame Energieverbrauch im laufenden Betrieb und das Schaffen eines starken, naturgeprägten Gesamtbildes. Die innere Anlage mit den kleinmaßstäblichen Plätzen und Höfen ist dabei ebenso wichtig wie die ganzheitliche Erscheinung mit wiederkehrenden gestaltgebenden Elementen.

Die Wärmeversorgung wird vorrangig über Solarkollektoren mit einer Gesamtfläche von 850 qm für 5.750 qm Wohnfläche gedeckt; sie erreicht einen solaren Deckungsgrad von 55 bis 60 Prozent. Die Kollektoren sitzen flächendeckend auf den Dächern, die als „Energiebügel“ bezeichnet werden: Hier stellt sich das Thema Energie im öffentlichen Raum dar, als Charakteristikum für die gesamte Wohnanlage. Energiegewinnung wird zum Gestaltungselement. Herzstück der Anlage sind zwei in die Gebäude integrierte, hausho-

he Schichtspeicher. Der Restenergiebedarf wird über eine externe Wärmeversorgung gedeckt. Über Online-Monitoring wird die Funktion der Anlage überwacht und stetig optimiert.

Die Wohnanlage ist im Niedrigstenergiestandard geplant. Aufgrund der Dichtheit der Gebäude ist je eine zentrale kontrollierte Wohnraumlüftung mit hocheffizientem Wärmetauscher erforderlich, um für ein gutes Raumklima zu sorgen. Es gibt insgesamt vier Anlagen, die in die Energiebügel (Dach) integriert sind.

Die Warmwasserbereitung in den einzelnen Wohnungen erfolgt dezentral mittels sogenannter Wohnungsstationen, bei welchen das Warmwasser im Durchlaufprinzip erwärmt wird. Bei diesem System ist keine Warmwasserspeicherung erforderlich; somit ist auch keine Gefahr einer Legionellenbildung gegeben. Über die zentrale Wärmeversorgung wird durchgehend Heizungswasser mit 60° C zur Verfügung gestellt, über einen Edelstahl-Wärmetauscher kann jederzeit 55-gradiges Warmwasser im Durchflussprinzip gezapft werden. Im Zapfbetrieb werden Heizwasser-Rücklauftemperaturen von unter 30° C erreicht, was wiederum die Effizienz der Solaranlage steigert.

Das e%-Projekt-Bauteil von bogevischs buero ist zur Minimierung von Leitungsverlusten versorgungstechnisch in zwei Abschnitte aufgeteilt. Die Wärmeversorgung erfolgt vorrangig über eine Solaranlage. Damit wird – bei entsprechendem Nutzerverhalten – ein jährlicher Energieeintrag von ca. 280.000 – 300.000 kWh erwirtschaftet. Zur Abdeckung des Restenergiebedarfes ist pro Bauabschnitt ein Fernwärmeanschluss vorgesehen.

Das Herzstück der Energieversorgungsanlage sind die zentralen Heizwasser-Pufferspeicher (ein Pufferspeicher pro Abschnitt). Die Pufferspeicher sind in die Gebäude integriert und als spezielle Schichtspeicher ausgeführt, wobei die Pufferhöhe jeweils bis zur obersten Geschosdecke reicht. Der solare Wärmeeintrag in die Pufferspeicher erfolgt über interne Glatrohrwärmetauscher, die hydraulisch speziell verschaltet sind. Durch dieses System ist ein hocheffizienter solarer Wärmeeintrag bei geringstem Regelaufwand in jedem Betriebspunkt der Solaranlage gewährleistet.





ung

Zeit:
14. + 15. Januar 2013
Ort:
Fulda

In Fulda trafen sich rund 100 Fachleute, die Gebäude- und Grundstücksentwässerungsanlagen planen und bauen. Die Zustandserfassung durch Dichtheitsprüfung und optische Inspektion sowie Sanierung von Grundstücksentwässerungsanlagen waren Schwerpunktthemen bei dieser Gemeinschaftstagung von ZVSHK und DWA (Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e. V.).

Welcher Hausbesitzer denkt schon an die Abwasserleitungen unter seinem Grundstück. Doch genau von dort droht Ärger. Nach einer Vorgabe der Europäischen Union sollen alle privaten Abwasserleitungen bis spätestens zum 31. Dezember 2015 überprüft und bei Bedarf saniert werden. Im Wasserhaushaltsgesetz ist bereits heute festgelegt, dass jeder Kanalnetzbetreiber die Funktionsfähigkeit sowie die Instandhaltung seiner eigenen Abwasseranlagen selbst zu überwachen hat.

Mit dieser Überwachungspflicht hat jeder Kanalnetzbetreiber das Recht, denjenigen, die Abwasser von den privaten oder gewerblichen Grundstücken in die öffentlichen Kanäle einleiten, Auflagen für den funktionstüchtigen Betrieb zu erteilen. Hierzu können die kommunalen Abwassersatzungen der Städte und Gemeinden genutzt werden. Zu der Funktionsfähigkeit der öffentlichen Kanäle gehört, dass sich die Leitungen auf Grundstücken in einem ordnungsgemäßen Zustand befinden. Das heißt: Sie müssen den anerkannten Regeln der Technik entsprechen. Hierzu ist ein Nachweis über eine Zustandserfassung von qualifizierten Fachkundigen nach den Vorgaben von DIN 1986-30 zu führen.

Gemäß der Vorgabe des Wasserhaushaltsgesetzes müssen somit die Instandhaltungsvorgaben zur Zustandserfassung mit einer Dichtheitsprüfung und Kanalinspektionskamera sowie deren Bewertungskriterien und Sanierungsfristen nach DIN 1986-30 vom Grundeigentümer veranlasst werden. Diese Überprüfungen dürfen nur von qualifizierten Fachkundigen durchgeführt werden. Es geht um Tausende von Kilometern Abwasserrohre, die sich auf privaten Grundstücken befinden.

Bisher schon durchgeführte Kontrollen von Entwässerungsleitungen auf Grundstücken haben insgesamt einen bedauerlich schlechten Zustand ermittelt. Dieser ist nicht zuletzt auf eine mangelhafte Qualität bei der Herstellung zurückzuführen. Die Leitungen wurden häufig durch nicht qualifizierte Unternehmen und Personen oder durch Eigenleistung von Privatpersonen verlegt, ohne dabei die anerkannten Regeln der Technik zu beachten. Eine Kontrolle und Überwachung fand nicht statt.

Damit die Qualifizierung der Ausführung von Grundstücksentwässerungsleitungen zukünftig verbessert wird, haben ZVSHK und DWA sowie weitere Verbände die Gütegemeinschaft Grundstücksentwässerung gegründet. Die Gütegemeinschaft hat die Aufgabe, die Umweltverträglichkeit von Abwasseranlagen der Grundstücksentwässerung zu verbessern und damit den Verunreinigungen von Grundwasser, Gewässer und Boden durch undichte Abwasseranlagen entgegenzuwirken. Zu diesem Zweck soll sie die Herstellung, die Sanierung und Prüfung von Grundstücksentwässerungsanlagen gütesichern. Leistungen, deren Güte gesichert ist, können mit dem Gütezeichen Grundstücksentwässerung gekennzeichnet werden.

Die jährlich stattfindende Gemeinschaftstagung von ZVSHK und DWA in Fulda hat genau die Thematik Grundstücksentwässerung in den Fokus der Veranstaltung gerückt. Sie hat einen rechtlichen Überblick zu den aktuellen gesetzlichen und satzungsrechtlichen Anforderungen gegeben. Sie hat Lösungsvorschläge für Kommunen diskutiert, wie das Thema Dichtheitsprüfung und Qualität von Anlagen und Leistungen bei fehlenden gesetzlichen Regelungen auf der Grundlage der Abwassersatzung umgesetzt werden kann.

Im Wasserrecht gibt es seit der Novellierung im Jahr 2009 eine konkurrierende Gesetzgebung: Das Bundesrecht mit dem Wasserhaushaltsgesetz (WHG) gilt weiter, bis es von einer Landesrechtsnovelle mit einem Landeswassergesetz (LWG) abgelöst wird – aber auch umgekehrt. „Hier besteht die Gefahr eines Pingpong-Spiels der Gesetzgebungsebenen. Es droht Instabilität in wichtigen Fragen“, stellte Dipl.-Ing. Ulrich Winkler in seinem Vortrag fest. Für sein Referat hatte er zusammengetragen, wie es einzelne Bundesländer mit der Instandhaltung bei der Grundstücksentwässerung halten. Weil überhaupt nur drei Länder – Schleswig-Holstein, Hessen und Nordrhein-Westfalen – im Rahmen der Novellierung eigene Landesgesetze geschaffen haben, ist der Status quo in der Republik alles andere als einheitlich. Hinzu kommt, dass ambitionierte Prüffristen in den LWGs mittlerweile ausgesetzt oder durch öffentlichen Druck in weite Ferne geschoben wurden.

Ulrich Winkler nahm die Teilnehmer der Tagung mit in den Dschungel der Gesetzgebung. Im Bund habe man zum WHG einen Geltungsvorrang installiert. Sobald

das WHG eine Regelung zu öffentlichen oder privaten Abwasserkanälen treffe, würden vorhandene Landesregelungen zu diesen Anlagen außer Kraft treten. „Zu dieser Rechtslage wird aktuell leider viel Unsinn geschrieben“, urteilte Winkler über eine Gesetzeslage, die zumindest dem Laien verwirrend erscheint. Im neuen WHG werde von einer Ermächtigung zu einer Bundes-Eigenkontrollverordnung für öffentliche und private Abwasseranlagen gesprochen. Doch die bloße Ermächtigung zu einer Bundesvorschrift setze auf Landesebene gar nichts außer Kraft und setze auch die vorhandenen Regelungen nicht rechtlicher Fragwürdigkeit aus.

Daraus lässt sich folgern: In Städten und Gemeinden kann der Sanitärbetrieb in der jeweils zuständigen Behörde in Erfahrung bringen, ob und wann Sanierungen anstehen und mit welcher Strategie die Arbeiten durchgeführt werden sollen. Weil drei Bundesländer inzwischen Landesgesetze erlassen haben, ging Winkler auf die dortigen Rahmenbedingungen näher ein.

Schleswig-Holstein unterscheidet zwischen den Entwässerungsleitungen auf privatem Grund und den Grundstücksanschlusskanälen. Seit Februar 2012 gibt es hier eine Prüfpflicht. In bestimmten Wasserschutzgebieten gilt eine Frist für die Erstprüfung bis Ende 2015, in anderen Regionen reichen diverse Fristen bis ins Jahr 2022 oder später.

Hessen hat die Dichtheitsprüfung von Grundstücksanschlüssen und Grundleitungen zwar eingeführt, doch sind allgemeine Regelungen im März 2012 ausgesetzt worden. Etliche Kommunen setzen die Praxis aber auf satzungsrechtlicher Basis fort. Dabei gilt die Frist für eine Erstprüfung binnen 15 Jahren ab 2010. Wiederholungsprüfungen alle 30 Jahre sollen mit den Arbeiten an öffentlichen Kanälen synchronisiert werden.

In Nordrhein-Westfalen stand eine endgültige Entscheidung der Rechtslage für die Dichtheitsprüfung von Grundstücksentwässerungen zum Zeitpunkt der Fuldaer Tagung noch aus. Jahrelang hatte es politischen Streit darüber gegeben, ob möglichst bald alle Anlagen auf Grundstücken kontrolliert werden sollten. Doch Ende Februar einigten sich die Landespolitiker darauf, dass es bei der bereits eingeführten Prüffrist in Trinkwasserschutzgebieten bis Ende 2015 bleibt. Für Ge-

biote außerhalb dieser Zonen ist es den Kommunen überlassen, abweichende Fristen per Satzung zu bestimmen. Grundsätzlich hat der Eigentümer für eine Instandsetzung zu sorgen, wenn ein Schaden am Entwässerungssystem festgestellt wird. Das jedoch ist nicht neu, sondern bereits im WHG, § 61 Selbstüberwachung, festgeschrieben.

Die Instandhaltung von Gebäude- und Grundstücksentwässerungsanlagen ist in der DIN 1986 Teil 30 geregelt. Unter anderem geht es dabei um Zustandserfassung, Bewertung, Sanierungsverfahren oder Sanierungsprioritäten und deren Zeiträume. Eine gute Grundlage, um sich als Gesetzgeber an dieser Norm zu orientieren? Norbert Wulf, als Technischer Referent im Fachverband SHK Hamburg auf Entwässerungsthemen spezialisiert, machte in einem weiteren Referat deutlich, dass es derzeit keine einheitlichen Regelungen zur Durchführung von Dichtheitsprüfungen und Inspektionen an bestehenden Abwasseranlagen auf privatem Grund gibt.

Offenbar wollten auch einige Bundesländer in dieser Frage keine Regelung anstreben, sodass es nach Einschätzung von Wulf in absehbarer Zeit keine entsprechenden flächendeckenden Gesetze und Verordnungen geben werde. Was aber sollte Vertragsgrundlage sein, wenn nicht definierte, normgerechte Prüfungs- und Sanierungsarbeiten? „Eine Norm wie die DIN 1986 Teil 30 wird kaum jemand auf freiwilliger Basis anwenden“, machte Wulf deutlich. Eine städtische oder kommunale Behörde müsste klare Vorgaben machen, um beispielsweise dadurch auch zweifelhaften Billigangeboten durch Kanalhaie entgegenzuwirken.

Für ihn ist nachvollziehbar, dass die SHK-Betriebe den Markt rund um die Sanierung von Entwässerungssystemen zurückhaltend beobachten. Denn hohe Investitionskosten für eine moderne Ausrüstung und notwendige Weiterbildungen für die ausführenden Mitarbeiter würden abschrecken. Dennoch gebe es beispielsweise in Hamburg einige Firmen, die die Investitionen getätigt haben und dieses Arbeitsfeld weiterhin besetzt halten wollen.

Die Veranstaltung begleitet hat eine Fachausstellung, in der sich Firmen für technisches Gerät und Abscheider sowie Entwässerungstechnik präsentierten.





Zeit:
28. Februar 2013
Ort:
Burgsteinfurt

Der Verbraucher soll hygienisch einwandfreies Trinkwasser beziehen. Deshalb wird an vielen Orten geprüft, in welchem Zustand das Lebensmittel Nr. 1 aus der Armatur fließt. Es gilt, dem Störfall vorzubeugen und die Wasserversorgung grundsätzlich so zu installieren, dass die anerkannten Regeln der Technik eingehalten werden. Wie das zu gewährleisten ist, war das große Thema auf dem Sanitärsymposium in Burgsteinfurt am 28. Februar 2013.

Hygienisch einwandfreies Trinkwasser ist eine wesentliche Voraussetzung für unser Wohlbefinden und unsere Gesundheit. In den letzten Jahren ist deutlich geworden, dass in Trinkwasser-Installationen ein ernst zu nehmendes mikrobiologisches Problem lauern kann. Neue Erkenntnisse belegen, dass Bakterien aus dem Trinkwasser weitaus häufiger für Infektionen verantwortlich sind als bisher vermutet.

Als Schwachstellen identifizieren Fachleute dabei vor allem eine nicht fachgerechte Auslegung der Rohrleitungsnetze, hygienische Mängel bei der Installation bzw. Inbetriebnahme und Fehler beim späteren Betrieb. Die neue Trinkwasserverordnung 2012 hat den Zweck, die menschliche Gesundheit vor nachteiligen Einflüssen zu schützen, die sich aus einer möglichen Verunreinigung des Wassers ergeben können. Trinkwasser sollte appetitlich sein und zum Genuss anregen. Es muss farblos, kühl sowie geruchlos und geschmacklich einwandfrei sein. Die Trinkwasserverordnung richtet sich an alle Beteiligte, vom Wasserversorgungsunternehmen, Haustechnikplaner, Installateur bis zum Betreiber und jeder hat für seinen Bereich dafür Sorge zu tragen, dass die Anforderungen an das Wasser für den menschlichen Gebrauch eingehalten werden. Die Inhaber von öffentlichen oder gewerblichen Anlagen haben bestimmte Anzeige- und Überwachungspflichten, insbesondere dann, wenn eine zentrale Trinkwassererwärmungsanlage in Verbindung mit Duschen vorhanden ist.

Größtmögliche Trinkwassergüte an jeder Zapfstelle im Gebäude gelingt nur durch gemeinschaftlich verantwortungsvolles Handeln von Planern, SHK-Fachbetriebern und Betreibern. Wie wichtig dabei das kompetente Zusammenspiel aller ist, zeigt die Tatsache, dass mangelnde Trinkwassergüte gemäß der aktuellen Trinkwasserverordnung einen Straftatbestand darstellt. Als solche übernehmen die Betriebe – im Sinne eines umfassenden Verbraucherschutzes – zudem die Rolle von Sachverständigen zur Überprüfung von Produktversprechen durch Hersteller und Handel. Bei Errichtung, Erweiterung, Änderung und Instandhaltung von Trinkwasserinstallationen sind die anerkannten Regeln der Technik einzuhalten (z. B. DIN EN 806, DIN EN 1717 und DIN 1988). Ebenso dürfen nur Werkstoffe, Armaturen, Apparate und Bauteile in die Trinkwasserinstallation eingebaut werden, die den anerkannten Regeln

der Technik entsprechen. Die Einhaltung der gesundheitlichen und hygienischen Anforderungen der Trinkwasserverordnung sowie die Einhaltung der anerkannten Regeln der Technik können nur durch qualifizierte Fachkundige und hygienisch unbedenkliche Produkte sichergestellt werden.

Auftraggeber und Gesundheitsämter verlangen zunehmend diesen Nachweis. Dies hauptsächlich auch dann, wenn kontaminierte Trinkwasserinstallationen saniert werden müssen. Die Kenntnisse für eine Sanierung von kontaminierten Trinkwasserinstallationen sind nicht nur auf die fachlichen Anforderungen von technischen Regelwerken beschränkt, sondern bedürfen auch eines Grundlagenwissens über hygienische und gesundheitliche Zusammenhänge. Ein qualifizierter Fachkundiger für Hygiene und Schutz des Trinkwassers muss außer einer langjährigen Berufserfahrung die wichtigsten hygienischen Anforderungen kennen, die für Trinkwasserinstallationen wichtig sind.

Auf dem Sanitärsymposium wurde zu diesem Thema auch ein Blick über die Grenzen gewagt. Für Professor Werner Mathys, Hygiene-Experte der Universität Münster, ist der Kontrast im Umgang mit Trinkwasserinstallationen etwa zwischen Deutschland und den USA überdeutlich. Um hygienisch einwandfreies kaltes und warmes Trinkwasser zur Verfügung zu haben, gehen US-amerikanische Behörden präventiv vor. Anhand eines Water-Safety-Plans ist vorgegeben, wie Anlagen zu installieren und zu betreiben sind, damit keine Legionellengefahr droht. „In Deutschland muss erst mal was passieren, bevor Behörden aktiv einschreiten“, macht Professor Mathys den Unterschied deutlich.

In Deutschland sind es pro Jahr mindestens 3.000 bis 6.000 Patienten, bei denen die Legionellenkrankheit zum Tod führt. Schätzungen gehen davon aus, dass etwa 15.000 bis 30.000 Erkrankungen durch Legionellen verursacht werden – bei einer erheblichen Dunkelziffer. Denn insgesamt 500.000 Mal pro Jahr lautet die allgemein formulierte Diagnose Lungenentzündung. Weil in diesen vielen Fällen die medizinische Hilfe erfolgreich ist, spart man sich weitere Bemühungen, um die Ursache aufzudecken.

Zumindest „passiert“ etwas, wenn bei einem Krankenhauspatient eine Legionelleninfektion festgestellt wird.

Tim Westphal vom Gesundheitsamt Frankfurt/Main schilderte den gut 300 Teilnehmern, dass in solchen Fällen die Gesundheitsbehörde stets informiert werde und man von Fall zu Fall über die Maßnahmenkette entscheide.

„Müsste aber nicht insgesamt deutlich mehr gegen die Legionellengefahr getan werden?“, fragte Professor Mathys; er benannte Brennpunkte, die der Praktiker in den Fokus nehmen sollte. Seine Appelle: Entferne Totstränge radikal – und zwar ausnahmslos alle, erstelle dazu ein Konzept und baue die Maßnahmen in einen Renovierungsplan ein, vermeide Installationen als Back-up oder zur Überbrückung für einen Bedarfsfall, betreibe Pumpen möglichst kontinuierlich, speichere Wasser maximal 24 Stunden, prüfe jedes Bauteil auf seine zwingende Notwendigkeit. Was nicht da ist, kann nicht zu Problemen führen, konzipiere das Trinkwassersystem so, dass ein regelmäßiger Wasseraustausch auch bei Nichtnutzung gewährleistet ist (Automation), dimensioniere so klein wie möglich. Verwende hierzu moderne Rechenverfahren für schlanke Systeme.

Tim Westphal hat auf dem Frankfurter Stadtgebiet ermittelt, dass es etwa 30.000 Liegenschaften mit jeweils mindestens acht Bewohnern gibt. Weil hier aller Voraussicht nach Trinkwasser an Dritte abgegeben wird, bestand nach Vorgaben der alten Trinkwasserverordnung (TrinkwV) eine Meldepflicht. „Tatsächlich hätten bis zum damaligen Stichtag in Frankfurt diese 30.000 Liegenschaften gemeldet werden müssen, es sind jedoch nur 4.383 Meldungen eingegangen, und davon auch nur 461 online“, ließ Westphal Zahlen sprechen. Auch machte er deutlich, dass die TrinkwV mit erhöhtem Aufwand in Verwaltung und Gefahrenabwehr für eine starke Auslastung in den Gesundheitsämtern gesorgt habe.

Neben etlichen interessanten Ergebnissen seiner Untersuchungen alarmiert vor allem eine Zahl: „Bei etwa einem Prozent der Liegenschaften gibt es stark kontaminierte Bereiche, die Werte von 10.000 Kolonien bildende Einheiten (KBE) pro 100 ml Wasser aufweisen“, konstatierte Westphal. Um die Relation klar zu

machen: Wenn der technische Maßnahmewert einer Wasseranalyse mehr als 100 KBE pro 100 ml aufweist, muss dies dem Gesundheitsamt gemeldet werden. Entsprechend deutlich fällt dann die Gefährdungsanalyse aus und entsprechend drastisch der Maßnahmenkatalog.

„Bei der Gefährdungsanalyse ist eine Teambildung nötig“, forderte Professor Mathys. „Planer und Handwerker können nur die technische Seite überblicken, haben aber nicht die speziellen Kenntnisse der Hygieniker.“ Arbeite man hier gut zusammen, könne man mit Augenmaß die richtigen Entscheidungen treffen, meinte Mathys.

In der novellierten Trinkwasserverordnung sind Verantwortlichkeiten strikt geregelt: Dabei können Betreiber unter Umständen verpflichtet werden, eine Gefährdungsanalyse für ihre Trinkwasserinstallation erstellen zu lassen. Zum besseren Verstehen der Verordnungstexte dient der für die Planung, Ausführung und Betrieb ausgerichtete Kommentar, den der ZVSHK herausgegeben hat. Hier ist der Aufbau einer Gefährdungsanalyse beigefügt.

„Der Sanitärinstallateur schuldet dem Bauherrn eine Trinkwasserinstallation, die das Wasser nicht derart nachteilig verändert, dass es nicht mehr den Anforderungen der Trinkwasserverordnung entspricht.“ Juristin Dr. Sandra Herrig zitierte aus dem Urteil des Oberlandesgerichtes Dresden vom 17.7.2002 (AZ: 11 U 878/01). Diese seit mehr als zehn Jahre geltende Rechtsprechung habe nicht an Aktualität verloren – im Gegenteil: Die neue TrinkwV präzisiere sogar die Verantwortung für Betreiber sowie Sanitärbetriebe. Das Ergebnis müsse ein hygienisch einwandfreies Trinkwasser sein. Als Voraussetzung dafür gelte, dass das Trinkwassersystem unter anderem nach den anerkannten Regeln der Technik errichtet, erweitert, geändert und betrieben werde. Mit weiteren Urteilen unterstrich Dr. Herrig die Notwendigkeit, dass man Trinkwassersysteme nicht sich selbst überlassen dürfe. Betreiber und SHK-Fachbetriebe müssten ein gemeinsames Interesse daran haben und aktiv werden, damit nur einwandfreies Trinkwasser aus der Armatur fließe.

ISH 2013

Die Weltleitmesse SHK-Branche



Studio-SHK-Bericht
von der ISH

Zeit:
12. bis 16. März 2013
Ort:
Frankfurt

Am Eröffnungstag der weltgrößten Messe für Heizungs-, Sanitär- und Klimatechnik versank Frankfurt im Schnee. Der Flughafen war teilweise geschlossen, die Bahn kämpfte mit stundenlangen Verspätungen ihrer Züge und auf den Straßen rund um die Mainmetropole ging nichts mehr. Auch der Besuch des EU-Energiekommissars Oettinger fiel dem Wetterchaos zum Opfer. In den Messehallen nutzte das Personal der Aussteller die seltene Gelegenheit, sich mangels Besucherzuspruch auf den anderen Messeständen umzuschauen. Der Nachmittag zeigte dann, dass sich gerade die Fachbesucher aus dem SHK-Handwerk von Wetterkapriolen nicht abschrecken ließen. Die Hallen füllten sich; und auch auf dem Messestand des ZVSHK kam der Messeauftritt ins Rollen. Das studio shk ging auf Sendung und versorgte über WEB-TV-Beiträge alle daheimgebliebenen Brancheninteressenten mit den neuesten Nachrichten von der ISH 2013.

der

Die ISH ist die Messe des Handwerks für das Handwerk. Hervorgegangen aus einer begleitenden Ausstellung zu Verbandstagungen hat sie sich seit den Anfängen 1960 – damals noch unter dem Namen „Fachausstellung Sanitär- und Heizungstechnik – sehr schnell zur Weltleitmesse der SHK-Branche entwickelt. Gründer der Messe war der Zentralverband des Installateur-, Klempner-, Kupferschmiede- und Zentralheizungsbauerhandwerks, der Vorläufer des ZVSHK, der heute als größter ideeller Träger der Messe fungiert.

Der Zentralverband vertritt die größte Besuchergruppe der ISH, das Fachhandwerk. In seiner Interessenvertretung für die Betriebe des SHK-Handwerks sorgt er maßgeblich dafür, dass die Erfolgsgeschichte der ISH am Messeplatz Frankfurt geschrieben werden kann; er ist der Garant für die Leistungsschau von Heizungs-, Sanitär- und Klimatechnik unter einem Mesседach. Folgerichtig hatte der ZVSHK für seinen eigenen Messeauftritt das Motto gewählt: „Ohne das Handwerk geht es nicht!“

Schließlich sind die Fachbetriebe des organisierten SHK-Handwerks für zwei wesentliche Herausforderungen in Deutschland der Schlüssel zum Erfolg: für das Gelingen der Energiewende und für die Bewältigung der Folgen des Demografiewandels. Moderne Gebäude- und Haustechnik wird nicht ohne das Handwerk in den Markt gebracht und nicht ohne handwerklichen Sachverstand installiert.

Als oberste Interessenvertretung des organisierten SHK-Handwerks hat der ZVSHK auf der ISH 2013 Öffentlichkeit, Politik und Branche klar aufgezeigt, wer bei den Themen Wasser, Wärme, Luft für die Millionen Eigenheimbesitzer in diesem Land Ansprechpartner Nummer eins ist. Themenschwerpunkte seiner Kommunikation mit den Fachbesuchern waren Fragen der effizienten und regenerativen Gebäudetechnik, der vernetzten intelligenten Haustechnik, der individuellen Wärme- und Stromerzeugung, der Energiekostenoptimierung mit multivalenten Heizungssystemen, der hygienischen Sanierung veralteter Trinkwasserinstallationen, der Kanalinspektion und Dichtheitsprüfung von Abwasserleitungen, der kontrollierten Wohnraumlüftung oder auch Fragen zu kommunalen Anschluss- und Benutzungszwängen.

Vom 12. bis 16. März 2013 erlebte die ISH in Frankfurt ihre 27. Auflage. Nach Angaben der Frankfurter Messegesellschaft war sie erfolgreicher denn je. 2.434 Aussteller (2011: 2.382) auf einer Fläche von 258.000 Quadratmetern (2011: 255.900) zeigten erstmals ihre Weltneuheiten. Insgesamt rund 190.000 Besucher begutachteten während der fünf Messetage die Innovationen der weltweit führenden Hersteller. Der späte Wintereinbruch in weiten Teilen Europas verhinderte einen noch höheren Zuspruch.

Die ISH 2013 stand ganz im Zeichen des effizienten Umgangs mit den Ressourcen Energie und Wasser. Diese Ausrichtung zog sich durch alle Produkte und Trendthemen der beiden Bereiche ISH Energy und Water. Im Bereich ISH Energy präsentierten die Hersteller marktreife und zukunftsweisende Lösungen rund um die Haus- und Gebäudetechnik. Das Design und generationsübergreifende Lösungen kein Widerspruch sind, zeigte der Bereich ISH Water. Das Badezimmer gewinnt in seiner Wertigkeit für den Wohnkomfort bei Nutzern zunehmend an Bedeutung. Gleichzeitig wächst aufgrund des demografischen Wandels der Anspruch, Bäder über mehrere Generationen hinweg nutzen zu können. Die Aussteller zeigten zahlreiche Lösungen wie sich diese Anforderungen an das Bad optimal kombinieren lassen.

Mit einem Besucheranteil von rund 35 Prozent war das Handwerk wie schon in den Jahren zuvor die stärkste Besuchergruppe. Gleichermaßen gut beurteilten Aussteller und Besucher die Qualität der ISH. Besonders positiv äußerten sich die deutschen Aussteller bei der Umfrage der Messe Frankfurt über die aktuelle Branchenkonjunktur. 94 Prozent der Befragten bewerteten diese mit gut oder befriedigend. Positiv beurteilten die Aussteller die Erreichung der Messebeteiligungsziele (85 Prozent) und die Erreichung der Zielgruppen (76 Prozent). Dies entspricht einem Zuwachs von zwei beziehungsweise drei Prozent im Vergleich zur Vorveranstaltung.

Auch der ZVSHK konnte ein ausgesprochen positives Fazit seines Messeauftrittes ziehen. Präsident Manfred Stather erklärte am Abschlussstag der ISH: „Ohne das Handwerk geht es nicht. Das Motto unseres Messeauftrittes hat sich bestätigt. Für den ZVSHK war die diesjährige ISH eine großartige Messe. Für uns als Ver-

treter der größten Besuchergruppe gilt: Wir sind zufrieden, wenn das Fachhandwerk zufrieden ist mit seinem Messebesuch. Und dies war uneingeschränkt der Fall. Trotz Schnee und Kälte war die ISH Pflichttermin im Veranstaltungskalender des Handwerks. Das langjährige Erfolgsrezept der Weltleitmesse hat sich erneut bestätigt: innovative Produktpräsentationen für Wasser, Wärme, Luft unter einem Messedach.“

In Halle 8.0 präsentierte der ZVSHK auf einem 300 qm großen Messestand das Leistungsspektrum des Verbandes ebenso wie die geballte Kompetenz der organisierten SHK-Betriebe für die Geschäftsfelder Heizung, Sanitär, Klima. Der für den Messeauftritt 2013 vollkommen neu designte Messestand war Anlaufpunkt für Politiker, Branchenpartner und Fachbesucher – vom Handwerker, über Architekten bis hin zu den Planern. Mit dem professionell eingerichteten und betriebenen studio shk verschaffte der ZVSHK der ISH erstmalig ein direktes kommunikatives Fenster zur interessierten Öffentlichkeit. Bis zu vier Beiträge am Tag produzierte das Fernseherteam des ZVSHK. Vor und hinter den Kulissen waren für den perfekten Ablauf der Produktionen 15 Personen im Einsatz – vom Kameramann, über den Tontechniker bis hin zur Cutterin. Nicht zu vergessen der aus dem ZDF bekannte Moderator Norbert König, der dem Messe-TV des ZVSHK ein sympathisches Gesicht verlieh. Das studio shk war eine Gemeinschaftsproduktion des Zentralverbandes und des Strobel Verlages. Es wird seine Fortsetzung finden – auf jeden Fall auf der nächsten ISH; und im Jahr 2014 bereits zu verschiedenen Anlässen und Themensetzungen als fester Bestandteil der Kommunikation von ZVSHK und Strobel Verlag.

Auf der großen Split-Leinwand des Messestandes liefen an den fünf Messetagen aber nicht nur die Beiträge des studio shk. Hier zeigte der ZVSHK auch kontinuierlich digital aufbereitete Informationen zu seinem breiten Leistungsspektrum. Mit der vorgelagerten Bühne bildete dieser zu den viel frequentierten Laufwegen der Halle 8.0 ausgerichtete Standplatz zudem den viel beachteten Ort für Live-Gespräche und gesonderte Events.

Ein wirklicher Höhepunkt im Messeprogramm des ZVSHK war die Verleihung des Produkt-Award „Badkomfort für Generationen“. Dicht gedrängt standen die

erwartungsfrohen Zuschauer am Nachmittag des dritten Messetages auf dem Messestand, um zu erfahren, welches Unternehmen den erstmals verliehenen Preis würde einstreichen können.

Mit dem zur ISH 2015 weitergeführten Preis will der ZVSHK in Vertretung des SHK-Handwerks ein deutliches Zeichen für Innovation, Produktkompetenz und gesellschaftliche Verantwortung setzen. Zudem will er damit die Stellung des Fachhandwerks am Point of Sale fördern. Die mit dem Award ausgezeichneten Produkte werden künftig in Beratung, Planung, Installation und Wartung barrierefreier Bäder miteinbezogen. Dadurch wird die Kundennachfrage nach Produkten steigen, die überzeugend hohe Funktionalität mit anspruchsvollem Design verbinden. Immer mehr Familien mittleren Alters investieren schon jetzt in ein schönes, funktionales Bad – eine Zielgruppe, die besonders großen Wert auf Komfort und Ästhetik legt.

Der Produkt-Award wird vom ZVSHK ganz bewusst in Kooperation mit dem international tätigen Kompetenznetzwerk Design für Alle – Deutschland e.V. durchgeführt. Gemeinsam verfolgen beide Partner das Ziel, relevante Produktinnovationen im Sanitärbereich mit höchsten Ansprüchen an Design und Funktionalität zu entwickeln und zu honorieren. Es geht darum, so vielen Menschen so lange wie möglich ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Produkte, die nach barrierefreien Kriterien entwickelt werden, fördern gesellschaftliche Teilhabe und soziale Inklusion. Sie unterstützen die von der Politik geforderte konsequente Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes, des Gleichbehandlungsgesetzes und der UN-Behindertenrechtskonvention. Dies ist der gesellschaftliche Anspruch des neuen Awards.

Der Award soll die Hersteller von Sanitär-, Heizungs- und Klimaprodukten motivieren, eigeninitiativ praktikable und innovative Lösungen im Zusammenhang mit dem demografischen Wandel zu entwickeln. Wie sieht das moderne, schöne, funktionale und zugleich barrierefreie Komfortbad der Zukunft aus? Welche Produkte im Sinne des Prinzips Design für Alle kommen darin zum Einsatz? Dabei stehen neben der ästhetischen Qualität auch die Funktionalität und Benutzerfreundlichkeit für eine breite Zielgruppe im Fokus.

Mit dem Award werden neue, zukunftsweisende Ideen gesucht – und gefunden!

Alle eingereichten Produktideen wurden entsprechend der allgemeinen Beurteilungskriterien von einer Fachjury bewertet. In einem zweistufigen Verfahren wählten die Experten zunächst die Finalisten und anschließend die Sieger aus. Die Jury selbst setzte sich aus hochrangigen internationalen Repräsentanten aus Verbraucherschutz, Wissenschaft, Design, Handwerk, Architektur sowie Experten aus dem Kompetenznetzwerk Design für Alle zusammen.

Mit insgesamt 55 Produkteinreichungen aus Deutschland, Österreich, Dänemark, Italien, Brasilien und Japan war der erste Produkt-Award 2013 ein voller Erfolg. Er machte deutlich, wie groß das Markt- und Innovationspotenzial attraktiver und ästhetisch ansprechender Sanitärprodukte ist. Aus den 25 nominierten Wettbewerbsbeiträgen wurden fünf Preisträger quer durch alle Produktgruppen ausgewählt – von Badmöbeln und -elementen, die sich durch qualitativ hochwertiges Design auszeichnen, bis hin zu Badarmaturen und Montagesystemen, die eine besonders hohe Nutzerorientierung und Gebrauchstauglichkeit aufweisen.

Die Preisträger 2013 auf einen Blick: Franz Schneider Brakel GmbH: A-Flex. A-Flex eröffnet als flexibles Montagesystem für Stützklappgriffe neue Perspektiven für eine generationengerechte Ausstattung von Sanitäranlagen im Gastgewerbe.

Hansgrohe: Badarmatur ShowerSelect. Die Badarmatur ShowerSelect zeichnet sich durch einen intuitiven Gebrauch aus. Basis ist ein neuartiges Absperrventil, das es ermöglicht, den Wasserfluss nicht mehr durch Drehen, sondern per einfachem Knopfdruck an- und auszustellen.

Heinrich Wilke GmbH (HEWI): Waschtisch Comfort bis Care. Eingebaute Griffmulden beim Waschtisch Comfort bis Care bieten Sicherheit und können ebenso als Handtuchhalter dienen.

HSK Duschkabinenbau KG: Duschkabine Walk In Easy Comfort. Die Walk-In-Easy-Comfort-Modelle bieten extra Komfort und viel Bewegungsfreiheit. Der optional

wählbare Glasausschnitt ermöglicht ein sicheres Abstützen direkt am Profil.

Keramag AG: 4Bambini. Bei der neuen Spiel- und Waschlandschaft, die Keramag speziell für den Einsatz in Kindergärten entwickelt hat, handelt es sich um eine Waschrinne, die unterschiedlich großen Kindern eine gleichzeitige Nutzung ermöglicht.

Das für die zukünftige Geschäftsentwicklung der organisierten SHK-Betriebe so wichtige Thema „Barrierefreies Bad“ hat der ZVSHK während der ISH mit einer weiteren Sonderschau gewürdigt. Im Foyer der Halle 4.1 präsentierte er eine Gegenüberstellung von einem alten, nicht barrierefreien Bad, mit einem modernen, altersgerecht ausgestatteten Bad. Zudem war hier der sogenannte Age-Explorer im Einsatz, ein Altersanzug, mit dem sich körperliche Einschränkungen erfahrbar machen lassen. Norbert König ließ sich diese Chance nicht entgehen und probierte vor den laufenden Kameras des studio shk den Anzug persönlich aus.

Eine von Branche und Öffentlichkeit viel beachtete Neuerung hatte der ZVSHK mit dem Ofenforum ins Messeprogramm eingebracht. Hier präsentierten sich die beteiligten Marktpartner AdK (Arbeitsgemeinschaft der deutschen Kachelofenwirtschaft), HKI (Industrieverband Haus-, Heiz- und Küchentechnik) und ZVSHK erstmalig geschlossen in einer Sonderschau in Halle 9.2. Diese zeigte anschaulich die energie- und klimapolitische Bedeutung der Holzfeuerung. Im Vortragsforum wurden aktuelle Themen der Branche, wie die Energiepolitik, Potenziale der Holzfeuerung sowie technische Entwicklungen und Trends diskutiert. Schon im Vorfeld zeigten die Klickraten auf die Onlineinformationen zum Ofenforum, dass das Interesse an diesem neuen Angebot außergewöhnlich hoch war. Diese Tatsache bestätigte sich an den fünf Messetagen, an denen das Ofenforum stets von fachkundigen Messebesuchern umlagert war. Mit diesem Erfolg ist die Sonderschau zu einem festen Programmpunkt der ISH geworden.

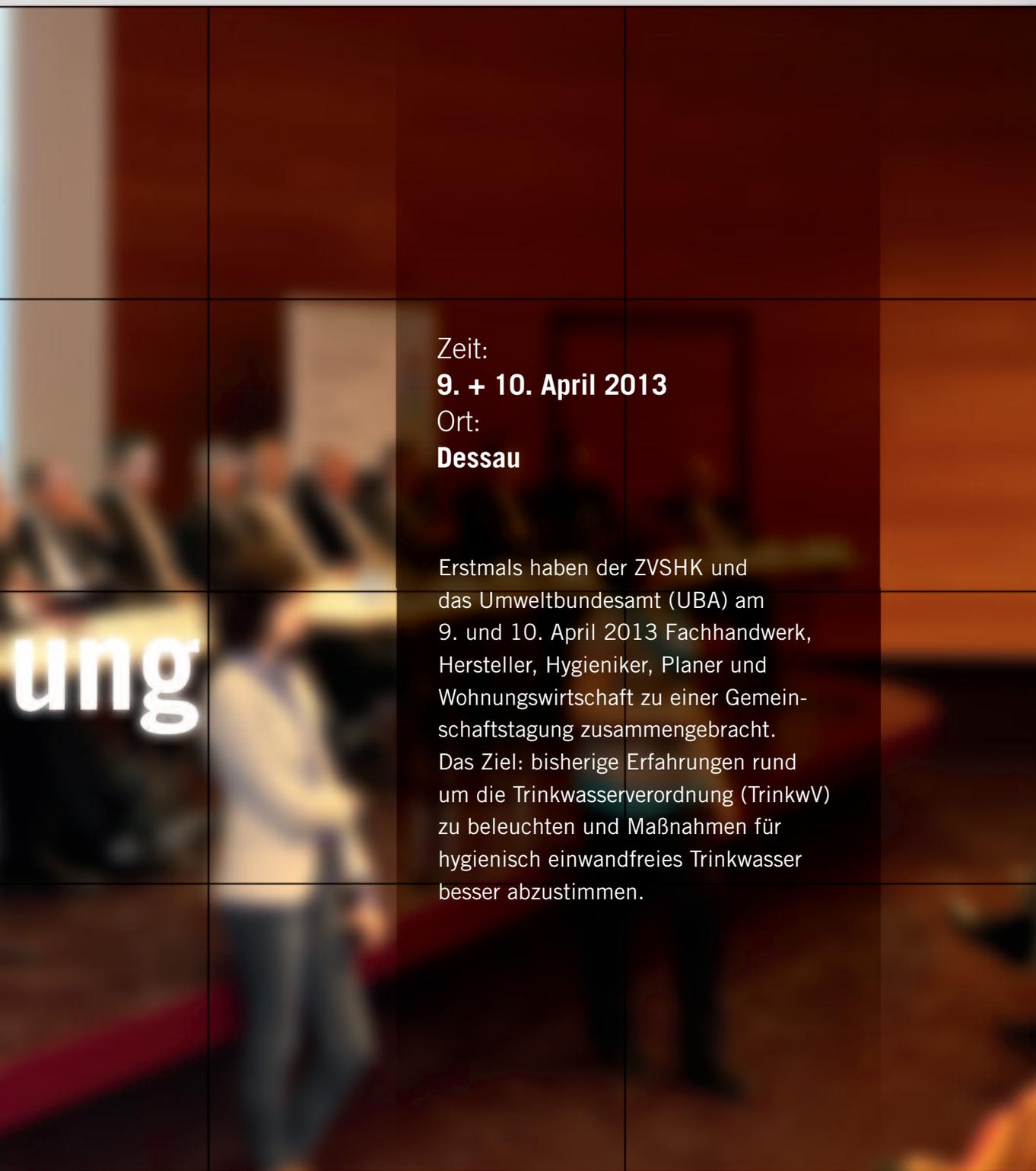
Eine Weltleitmesse wie die ISH schafft nicht nur Raum für Informationen zu neuesten Produktentwicklungen. Sie bietet darüber hinaus die Gelegenheit zu einem intensiven Gedankenaustausch aller beteiligten Branchen- und Marktpartner.

In seiner Funktion als wichtigster ideeller Träger der ISH hat der ZVSHK diesen Gedanken aufgegriffen und mit der Veranstaltung eines VIP-Frühstücks am Morgen des dritten Messtags alle namhaften Branchen Größen zu sich auf den Messestand eingeladen. Alles was Rang und Namen hat in der SHK-Branche gab sich die Ehre. Das erstmals im Rahmen einer ISH ausgerichtete VIP-Frühstück war ein voller Erfolg für das Handwerk und seine oberste Interessenvertretung.

Nach der Messe ist vor der Messe! Dies gilt auch für den ZVSHK, der das Jahr 2014 zur intensiven Vorbereitung seines nächsten Messeauftritts in Frankfurt im März 2015 nutzen wird. Studio shk, Verleihung Produkt-Award, Ofenforum und VIP-Frühstück. Die Highlights des Messeauftritts 2013 werden auch 2015 zum Veranstaltungsprogramm des ZVSHK zählen. Eines ist jedenfalls sicher: Ohne das Handwerk und seine Berufsorganisation als wichtigster Träger ist eine ISH weder möglich noch vorstellbar.



Gemeinschaftstag ZVSHK und UBA



Zeit:
9. + 10. April 2013
Ort:
Dessau

Erstmals haben der ZVSHK und das Umweltbundesamt (UBA) am 9. und 10. April 2013 Fachhandwerk, Hersteller, Hygieniker, Planer und Wohnungswirtschaft zu einer Gemeinschaftstagung zusammengebracht. Das Ziel: bisherige Erfahrungen rund um die Trinkwasserverordnung (TrinkwV) zu beleuchten und Maßnahmen für hygienisch einwandfreies Trinkwasser besser abzustimmen.

Ursprünglich sollten die Ziele der Trinkwasserverordnung (TrinkwV) in den Gesundheitsämtern kostenneutral umgesetzt werden. Falls es bei Prüfung, Bewertung und Sofortmaßnahmen durch die Behörde Mehrarbeit geben sollte, würde das durch Umstrukturierung des Personals aufgefangen werden.

Diese Vorstellung lässt sich längst nicht mehr halten. Mittlerweile stellt zwar niemand die TrinkwV, ihre Ziele und die dafür nötigen Anstrengungen in Frage. Doch von Kostenneutralität ist nicht mehr die Rede.

Die Tagung in Dessau ließ viele Personen der beteiligten Fachkreise zu Wort kommen. Eines wurde dabei ganz klar: Hygienisch einwandfreies Trinkwasser ist keine Selbstverständlichkeit, die zum Nulltarif zu haben ist.

Mittlerweile arbeiten Gesundheitsämter in Sachen Trinkwasser an ihrer Belastungsgrenze. Akkreditierte Prüflabore führen lange Wartelisten, Planer und Sanitärbetriebe sind auf Schwachstellen sensibilisiert. Sie bilden sich weiter. Nicht zuletzt hat auch die Wohnungswirtschaft als Betreiber zahlloser Versorgungssysteme erkannt, dass hohe Trinkwasserqualität bis zur letzten Zapfstelle ein eigenes – mit Kosten verbundenes – Engagement erfordert.

Aber wie lässt sich das Schutzziel „hygienisch einwandfreies Trinkwasser“ an der letzten Zapfstelle möglichst effizient erreichen? Ohne Zweifel hat es in den letzten Jahren Verunsicherungen gegeben. Ein Beispiel: Noch 2012 sollten alle Betreiber, die Trinkwasser an Dritte abgeben, sowohl Liegenschaft als auch Ansprechpartner den Gesundheitsbehörden melden und möglichst zeitnah eine Erstbeprobung der Trinkwasserqualität.

Mittlerweile beschränkt die aktuelle Verordnung eine Meldepflicht auf öffentliche Gebäude. Eine Beprobung des Trinkwassers hat sowohl dort stattzufinden als auch in sogenannten großen Trinkwasseranlagen für Warmwasser, in denen Duschen oder sonstige Vernebelungseinrichtungen Dritten zur Verfügung stehen. Auch wenn die TrinkwV Ein- und Zweifamilienhäuser als sogenannte Kleinanlagen von der Pflicht zur Erstbeprobung ausnimmt, verbleiben bundesweit etwa zwei Millionen Anlagen, die bis Ende 2013 erstmalig zu prüfen waren.

Ergibt sich kein Verdacht in der Trinkwasseranalyse, kann die wiederkehrende Prüfung erst nach drei Jahren erfolgen. Damit es zur Beprobung der letzten Zapfstelle beim Mieter kommen kann, sind nötige Terminabsprachen allerdings ein erhebliches organisatorisches Problem für die Wohnungswirtschaft.

Auffällige Werte im Trinkwasser erfordern eine Gefährdungsanalyse. Denn wenn der technische Maßnahmenwert einer Wasseranalyse mehr als 100 Kolonien bildende Einheiten (KBE) pro 100 ml aufweist, muss dies dem Gesundheitsamt angezeigt werden. Doch wie kann eine aussagekräftige Gefährdungsanalyse entstehen? Das Gesundheitsamt will schließlich einen Maßnahmenkatalog darauf abstimmen. In Dessau gab es dazu zahlreiche Wortbeiträge. Konsens bestand darin, dass Hygieniker und Sanitärfachleute mit ihrem jeweils speziellen Know-how am besten gemeinsam einen individuellen Maßnahmenkatalog erarbeiten.

Erst wenn ein Trinkwassersystem mit allen Details bekannt ist, lassen sich durch die entstandene Transparenz Schwachstellen erkennen und beheben. Der ZVSHK erläutert die seit November 2012 geltende novellierte TrinkwV in einem Kommentar, den jeder organisierte Mitgliedsbetrieb als Print-Fassung über seinen Landesverband erhalten hat. Auch steht der Kommentar für Mitgliedsbetriebe im Online-Shop unter www.zvshk.de kostenlos zum Download bereit. Im Anhang des Kommentars ist der Aufbau einer Gefährdungsanalyse exemplarisch dargestellt. Die Weiterbildung zum „Fachbetrieb für Sicherheit und Hygiene in der Trinkwasser-Installation“ wird in Zukunft näher darauf eingehen.

In der Weiterbildung für das Fachhandwerk entstand in der Vergangenheit eine erhebliche Verunsicherung. Denn bislang gab es bundesweit keine abgestimmte Regelung darüber, welche Qualifikation beispielsweise beim Sanitärhandwerker als ausreichend anzusehen ist, um bestimmte Arbeiten an Trinkwasseranlagen vorzunehmen. Im Brennpunkt stand die Frage: Bedarf es einer Weiterbildung ausschließlich nach VDI 6023 – wie mittlerweile in vielen Ausschreibungen gefordert? Oder ist die Qualifizierung zum „Fachbetrieb für Sicherheit und Hygiene in der Trinkwasser-Installation“, die von der SHK-Organisation angeboten wird, als gleichwertig anzusehen? Franz-Josef Heinrichs, als langjäh-

riger ZVSHK-Referent für Sanitärtechnik mittlerweile im Ruhestand, konnte für eine Klarstellung sorgen: „Maßgeblich für Planung, Installation, Betrieb und Wartung einer Trinkwasseranlage sind die allgemein anerkannten Regeln der Technik.“

Heinrichs ließ sich gar nicht erst auf eine Diskussion ein, ob nur eine Weiterbildung nach VDI 6023 als Voraussetzung anzusehen ist oder nicht. Vielmehr konzentrierte er sich darauf, was im Einzelnen zu den anerkannten Regeln gehört. In einer Übersicht spannte Heinrichs den Bogen von der DIN EN 806 über die DIN EN 1717 (Schutz des Trinkwassers) bis zu den deutschen Ergänzungsnormen DIN 1988-100 (Schutz des Trinkwassers) und -200 (Planung). „Unsere Mitgliedsbetriebe bekommen in der Weiterbildung zum Fachbetrieb für Sicherheit und Hygiene in der Trinkwasser-Installation vermittelt, welche Spezialkenntnisse nötig und welche Normen und Kommentare wichtig sind“, betonte Heinrichs.

Auf Einladung des UBA diskutierten etwa 60 Teilnehmer in drei Workshops einzelne Aspekte der TrinkwV. Zum einen stand das Thema Regelwerk im Mittelpunkt. Ergeben sich Lücken? Besteht dringender Handlungsbedarf? Nein. Defizite wurden vielmehr darin erkannt, dass wichtige Punkte nicht immer beherzigt werden und keine Kontrollinstanz darauf drängt, dass das Regelwerk fachgerecht umgesetzt wird.

Im Qualifikations-Workshop kamen DVGW, Gesundheitsämter, SHK-Fachhandwerk sowie VDI überein, in Zukunft zusammenzuarbeiten und Weiterbildungen so aufeinander abzustimmen, dass keine Widersprüche oder Zweifel in der gegenseitigen Anerkennung aufkommen. Im Workshop Kommunikation wurde deutlich, dass rund ums Thema Wasser bislang viele brauchbare Arbeitshilfen für die verschiedensten Zielgruppen

geschrieben wurden, beispielsweise die UBA-Broschüren „Rund ums Trinkwasser“ oder „Legionellen“. Deshalb soll das UBA als neutrale Stelle weitere geeignete Flyer, Broschüren, Preetexte oder auch Manuskripte für Lehrer und Erzieher sammeln und über eine Web-Plattform zugänglich machen.

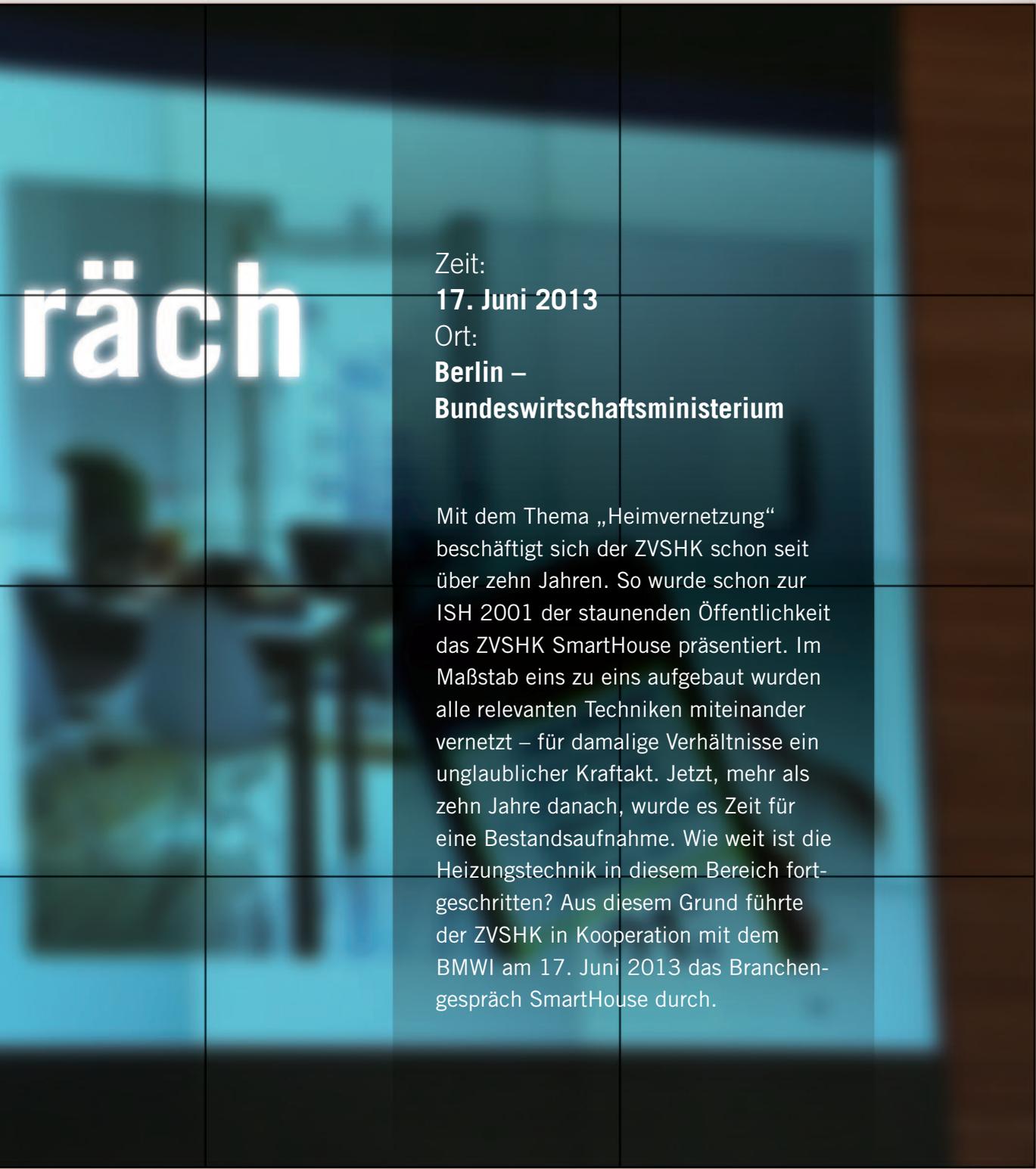
Aufmerksam verfolgt wurde die Tagung auch von etlichen Herstellern, die Leitungssysteme und Armaturen der verschiedensten Werkstoffe im Markt haben. Mit ein Grund für das Interesse: Die TrinkwV senkt den momentan geltenden Grenzwert für Blei im Trinkwasser von 0,025 mg/l nochmals drastisch auf 0,010 mg/l (Frist: 1. Dezember 2013). Auch ein Bestandsschutz wurde aufgehoben. Doch ob Alt- oder Neuanlage – dieser verschärfte Grenzwert für Blei lässt sich offenbar vielfach nicht erreichen, weil beispielsweise bleifreie Messing-Legierungen noch die Ausnahme sind.

Auch wenn inzwischen Prüffristen geändert wurden, Labortermine mit langen Wartezeiten verbunden sind, Kosten für Entnahmearmaturen und Wasserproben entstehen und der Wohnungszutritt bei Mietern teils mühsam verläuft: Die aktuelle TrinkwV wird grundsätzlich positiv angenommen, denn sie spielt eine wichtige Rolle, um Menschen mit hygienisch einwandfreiem Trinkwasser versorgen zu können.

Ob eine bestmögliche Qualität an der letzten Zapfstelle erreicht werden kann, hängt allerdings entscheidend von Nutzergewohnheiten ab. Der Sanitärfachmann weiß um die Faustformel „Wasser muss fließen“. Wenn der Endverbraucher trotz aller Aufklärungsarbeit wichtige Regeln nicht beachtet und stagnierendes Wasser nicht erst ablaufen lässt, sondern – den Spargedanken im Kopf – unmittelbar zum Duschen, für die Zahnbürste oder den Trinkbecher nutzt, kommt die TrinkwV bei diesen Menschen nicht ans Ziel.

Branchengespr Smarthouse





räch

Zeit:

17. Juni 2013

Ort:

Berlin –

Bundeswirtschaftsministerium

Mit dem Thema „Heimvernetzung“ beschäftigt sich der ZVSHK schon seit über zehn Jahren. So wurde schon zur ISH 2001 der staunenden Öffentlichkeit das ZVSHK SmartHouse präsentiert. Im Maßstab eins zu eins aufgebaut wurden alle relevanten Techniken miteinander vernetzt – für damalige Verhältnisse ein unglaublicher Kraftakt. Jetzt, mehr als zehn Jahre danach, wurde es Zeit für eine Bestandsaufnahme. Wie weit ist die Heizungstechnik in diesem Bereich fortgeschritten? Aus diesem Grund führte der ZVSHK in Kooperation mit dem BMWI am 17. Juni 2013 das Branchengespräch SmartHouse durch.

Es war das unbestrittene Highlight der ISH 2001 – das SmartHouse. Konzipiert, realisiert und präsentiert vom ZVSHK. Das Verbandsorgan ikz schrieb über den aufsehenerregenden Messeauftritt: „Nach mehr als einem Jahr Vorbereitungszeit mit rund 15 Firmen oder Organisationen war ein Gebäude errichtet worden, das alle wesentlichen Komponenten eines Wohnhauses beinhaltet. Die Botschaft lautete hier, alles das an smarter Technik zusammenzutragen, was in der SHK-Welt machbar [ist], aber bisher in der Tragweite noch keiner demonstriert hatte.“ Mit dem Aufbruch in ein neues Jahrtausend besetzte die Verbandsorganisation des SHK-Handwerks ein Thema, das heute nach dem Siegeszug mobiler Funktechnologie für die Haustechnik-Branche zum Tagesgeschäft geworden ist.

Der Weg dahin war nicht unbedingt vorgezeichnet. Vernetzung spielte nach 2001 im Wohnungsbau lange Zeit keine bedeutende Rolle. Es gab im Markt eine Reihe von unterschiedlichen Bussystemen, die eine grundsätzliche Verschaltung unterschiedlicher Aktoren, Reaktoren, Fühler und Geräte ermöglichte. Sinnvolle Anwendungen waren für den Heimgebrauch aber eher dünn gesät. Eine nachhaltige Bewirtschaftung über die lange Lebensdauer eines Gebäudes erschien fraglich, weil lange Zeit unklar blieb, wie lange Herstellersysteme mit einer Nachkaufgarantie versehen waren.

In größeren Nichtwohngebäuden ging die Entwicklung zügiger voran. Ein gesteigertes Komfortbedürfnis, eine höhere Investitionsbereitschaft und ein – im Vergleich zum Einfamilienhaus – wesentlich stärkerer Energieverbrauch wurden zu Treibern der SmartHouse-Technologie. In größeren Immobilien ist es heute nicht mehr außergewöhnlich, wenn die Regelung die Verschattung einzelner Räume automatisiert, um die Kühllast des Gebäudes zu senken. Gleichzeitig wird die Wärme, die beim Kühlen auf der Südseite des Gebäudes entsteht, in Räume auf der Nordseite transferiert. Die Regelung weiß, welche Bestandteile der Heizungen gerade auf Störung sind. Sie lässt bei selten genutzten Zapfstellen automatisch Wasser ablaufen, erkennt die Raumbelastung und schaltet vorsorglich die Heizung hoch, weil der Wetterbericht niedrige Temperaturen vorhersagt. Diese Verknüpfung von unterschiedlichsten Systemen im Gebäude mit extern ermittelten Daten verlangt ein großes Maß an übergeordne-

tem Wissen und die Bereitschaft, viel Zeit und Geld in die Planung und den laufenden Betrieb zu stecken. Bis jetzt spielte dies im Einfamilienhaus eine untergeordnete Rolle.

Seit der ISH 2001 sind 12 Jahre vergangen. Inzwischen haben sich die Voraussetzungen für die Vernetzung in Wohngebäuden grundlegend geändert. Am augenfälligsten lässt sich dies an der Preissituation ablesen. Durch die Einführung von Multimediatechnik sind Eigenheimbesitzer zudem bereit, eine grundsätzliche Verkabelung einzelner Räume vorzunehmen. In jedem Raum befinden sich möglichst ein oder mehrere Netzwerkanschlüsse. WLAN spielt insbesondere bei der Sanierung eine sehr große Rolle – auch wenn gerade in dicht besiedelten Gebieten inzwischen die verfügbaren Funkkanäle knapp werden.

Während der Sohn im Kinderzimmer an seinem Laptop für die Hausaufgaben im Internet recherchiert, sitzt die Mutter im Arbeitszimmer und tätigt Überweisungen am Computer. Die Tochter chattet aus ihrem Zimmer mit der Brieffreundin in Australien und der Vater hört im Schlafzimmer Musik, die von der Festplatte im Wohnzimmer kommt.

Diese Beispiele verweisen nicht auf die übliche Haustechnik. Aber hier sind die Grundlagen dafür gelegt, dass die Wohnräume allesamt in irgendeiner Form vernetzt sind. Für Bad und Küche lässt sich dieses Beispiel fortschreiben. Es fehlen jetzt lediglich das Kabel zum Wärmeerzeuger und kleine Funkverbindungen für Außenfühler oder Rollläden.

Aus Sicht der Haustechnik könnte diese Infrastruktur wie folgt genutzt werden: Im Kinderzimmer auf der Ostseite des Gebäudes hebt die Regelung die Temperatur an, weil Junior aus der Schule gekommen ist. Für die Tochter auf der Westseite des Gebäudes hat die Regelung die Lüftung auf eine höhere Stufe gestellt, um eine Überhitzung des Raumes durch die Sonneneinstrahlung der untergehenden Sonne zu vermeiden. Gleichzeitig wird diese Wärme im Haus verteilt und kommt somit auch anderen Räumen zugute. Im Schlafzimmer reicht diese Maßnahme nicht mehr aus. Hier werden zusätzlich noch die Markisen heruntergelassen. Währenddessen bekommt die Mutter am Computer gar nicht mit, dass sich die Regelung

über das Internet gerade den Wetterbericht für den morgigen Tag holt und die Heizzeiten im Voraus selbsttätig programmiert.

Grundlegende Voraussetzung hierfür ist die Infrastruktur in Form der Verkabelung. Wenn sie in dieser Form schon gegeben ist, kann ein SHK-Unternehmer seinem Kunden in der Haustechnik einen hohen Bedienungskomfort verschaffen. Durch die intelligente Verschaltung der verschiedensten Systeme ergibt sich darüber hinaus die Möglichkeit, an den verschiedensten Stellen im Haus Energie zu sparen.

Es sind dann auch die Energieversorger, die neben der Multimediatechnik den SmartHouse-Gedanken in Wohngebäuden vorantreiben. Für die Stromversorger besteht die zunehmende Schwierigkeit, dass die schwankende Einspeisung aus regenerativen Quellen regeltechnisch ausgeglichen werden muss. Dies kann zum Beispiel durch das gezielte Einschalten von BHKWs erfolgen oder als gegenteilige Maßnahme durch das gezielte Abschalten von Verbrauchern. Wenn ein Kühlschrank oder eine Wärmepumpe für eine halbe Stunde ausgeschaltet wird, weil im Netz gerade zu viel Strom abgenommen wird, merkt das der einzelne Kunde nicht. Wenn dies dann über Tausende von Kunden erfolgt, hilft das bei der Netzstabilisierung. Die Energieversorger versuchen daher, über den sogenannten Smart Meter neben der reinen Stromlieferung eine Datenkommunikation zu etablieren, die entsprechende Steuerungen zulässt. Das kann aber nur funktionieren, wenn das Abschaltensignal aus dem Smart Meter auch beim jeweiligen Gerät ankommen kann. Es ist daher auch hier notwendig, eine Infrastruktur bis zum einzelnen Gerät aufzubauen.

Der ZVSHK hat die Heimvernetzung als eine wichtige Schlüsselqualifikation der nahen Zukunft erkannt. Neben der Unterstützung und Schulung moderner Techniken, die diese Heimvernetzung nutzen, macht er sich dafür stark, diesen Markt herstellerneutral zu entwickeln. Neben den Fachsymposien Mikro-KWK,

die der ZVSHK bundesweit 2012 durchgeführt hat und in denen er sich ausdrücklich für herstellerunabhängige Systeme eingesetzt hat, wurden im Juni 2013 zusammen mit dem Bundeswirtschaftsministerium die relevanten Hersteller der Branche zu einem Gespräch eingeladen, um über die zukünftige Entwicklung zu diskutieren.

Die Resonanz war groß. 80 Teilnehmer hörten Statements von 17 Interessenvertretern aus Industrie, Handwerk und angrenzenden Bereichen. Thematisch sortiert nach Wärmeerzeugern, Armaturen/Pumpen, Regelung und Verbänden hat der ZVSHK auf dem Branchengespräch einen einheitlichen Fragenkatalog abgearbeitet. Dabei zeigte sich, dass die individuelle Vorbereitung auf das Thema Heimvernetzung in der Branche sehr unterschiedlich ist. Der ZVSHK wertet die Daten sehr aufmerksam aus und lässt die Ergebnisse in seine Arbeit einfließen.

Ein Problem war bei dem Branchengespräch stets präsent. Durch die starke Verbreitung und Nutzung von unterschiedlichen Herstellersystemen wird eine stringente Marktentwicklung erschwert. Denn aus Kosten- und Schulungsgründen müssen Systeme der Heimvernetzung über lange Zeiträume funktionsfähig gehalten werden. Dies kann aber nur funktionieren, wenn sich die Mehrheit der Beteiligten auf einen einheitlichen Standard verständigt. Dies gilt umso mehr, als dass viele Beteiligte nicht aus dem Bereich der klassischen SHK-Technik kommen. So wird zum Beispiel die klassische Heizungsregelung zukünftig auch um eine Verschattungsfunktion der einzelnen Räume ergänzt werden müssen. Es erscheint unwahrscheinlich, dass der Lieferant der Rollladenmotoren sich ausgerechnet beim Hersteller des Heizungssystems eindecken wird. Eine gewerkeübergreifende Zusammenarbeit erfordert gewerkeübergreifende Standards. Dieser Standpunkt wird im Arbeitskreis „Vernetztes Wohnen und mobiles Leben“ des Bundeswirtschaftsministeriums vom ZVSHK nachdrücklich vertreten. Die Zukunft wird zeigen, welche Entwicklung das SmartHouse wirklich nehmen wird.



Symposium Demo ZVSHK und KfW



grafie

Zeit:
25. Juni 2013
Ort:
Berlin – KfW

Das Symposium von ZVSHK und KfW widmete sich eingehend dem Thema „Bauliche Herausforderungen des demografischen Wandels für die Sanitärwirtschaft“. Nach Berechnungen des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung werden in Deutschland bis zum Jahr 2030 zusätzlich drei Millionen altersgerechte Wohnungen benötigt.

Wenn es um das Thema der „barrierefreien Badgestaltung“ geht, steht leider viel zu schnell auch das Unwort „behindertengerecht“ im Raum. Barrierefrei leitet sich ab vom französischen „barrière“ (Schranke). Ein barrierefreies Bad meint demzufolge ein Bad ohne Schranken, ohne Hindernisse. Hindernisse hat niemand gerne – schon gar nicht im Bad. Ein Bad ohne Hindernisse ist also ein Raum, der von jedermann – unabhängig vom Alter und von körperlichen Einschränkungen – gefahrlos genutzt werden kann. Es ist ein Bad für Generationen. Anders ausgedrückt: Eine barrierefreie Umwelt ist im Sinne aller Menschen. Sie ist für zehn Prozent der Bevölkerung unentbehrlich, für 30 Prozent notwendig und für 100 Prozent komfortabel.

Ein Bad für Generationen soll für alle Personen in allen Lebensphasen selbstständig benutzbar sein. Diese Anforderung ergibt sich aus der Tatsache, dass ein neues Bad eine Anschaffung für Jahrzehnte ist, sich alters- oder krankheitsbedingte körperliche Einschränkungen aber mit der Zeit verändern. Hinzu kommt, dass ein Badezimmer nur selten ausschließlich von einer einzigen Person benutzt wird. Innerhalb der Familie steht es für Groß und Klein zur Verfügung, für Menschen, die körperlich und geistig vollkommen gesund sind, und für Menschen, die eben mit dem einen oder anderen Handicap leben müssen.

Die optische Gestaltung eines barrierefreien Bades hat längst nichts mehr mit sterilem Klinikcharme zu tun. Wie der Produktkatalog des ZVSHK zeigt, lassen die Produkte zur Badausstattung bei Funktionalität und Design keine Wünsche offen. Eine bodengleiche Dusche kann ein optisches Highlight im Bad sein.

Eine Badausstattung, die gehandicapten Menschen die selbstständige Benutzung aller Sanitärobjekte ermöglicht, bedeutet für alle anderen Badnutzer folglich keinerlei Einschränkung. Die Planung eines barrierefreien Bades orientiert sich daher an den vorhandenen (oder noch zu erwartenden) körperlichen Einschränkungen des gehandicapten Menschen und schafft so – quasi automatisch – ein Bad für Generationen.

Als Richtschnur für barrierefreies Bauen und Wohnen dienen die Maße des Menschen, bezogen auf seine

Tätigkeiten in der Wohnung, in Gebäuden und dem Wohnumfeld. Die genaue Analyse von Greifhöhen, Aktionsradien, aber auch der Nutzung von Hilfsmitteln werden in der DIN 18040-1:2010-10 „Barrierefreies Bauen – Teil 1 – Öffentlich zugängliche Gebäude“, der DIN 18040-2: 2011-09 „Barrierefreies Bauen – Teil 2 – Wohnungen“ und der E DIN 18040-3:2013-05 „Öffentlicher Verkehrs- und Freiraum“ zusammengefasst. Hier finden sich die technischen Grundlagen und Anforderungen, um Barrierefreiheit zu erreichen.

Die sich abzeichnende Alterung der Gesellschaft in Deutschland rückt das Thema: „Komfortbäder für Generationen“ zunehmend in den Blickpunkt des Sanitärhandwerks, da insbesondere Badezimmer für das lebensgerechte Wohnen älterer Menschen eine Schlüsselfunktion besitzen. Hier bündeln sich die Aspekte Komfort, Sicherheit und Hygiene, welche in summa die Lebensqualität bis ins hohe Alter in den eigenen vier Wänden gewährleisten.

Das KfW-Programm „Altersgerecht Umbauen“ unterstützt altersgerechte Baumaßnahmen zielgerecht und mit attraktiven Konditionen. Deshalb war es folgerichtig, dass die KfW Bankengruppe und der ZVSHK seit 2012 das Thema mit gemeinsamen Aktionen noch stärker als bisher in das Bewusstsein der Sanitärbranche sowie in die Öffentlichkeit tragen.

Die Handwerkspraxis hat in den letzten beiden Jahren gezeigt, dass insbesondere finanzielle Anreize über das KfW-Programm „Altersgerecht Umbauen“ in Form der Zuschussmöglichkeit dafür gesorgt haben, Bundesbürger zu Investitionen in das barrierefreie Bad zu bewegen. Von den 12,8 Millionen Euro vom Bund bereitgestellten Zuschussfördergeldern wurde nach Angaben der KfW Bankengruppe rund die Hälfte in barrierefreie Sanitäreinrichtungen investiert. Das bestätigt die Wichtigkeit des Wohnraums „Bad“, wenn es um den altersgerechten Umbau geht. Leider ist diese Zuschussvariante in der letzten Legislaturperiode ersatzlos entfallen.

Vor diesem Hintergrund haben der ZVSHK und die KfW Bankengruppe zum Symposium eingeladen. Rund 100 namhafte Vertreter aus dem Deutschen Bundestag, der Sanitärbranche, der Wohnungs- und

Immobilienwirtschaft sowie der Architektenschaft diskutierten am 25. Juni 2013 in Berlin Sichtweisen, Problemstellungen und Lösungen für die optimale Erschließung des demografischen Sanierungspotenzials für die Sanitärwirtschaft.

Der ZVSHK konnte gezielt seine vier Wahlprüfsteine zum Thema „Demografie“ gegenüber der Politik und der Immobilien- sowie der Bauwirtschaft in den Fokus stellen. Es ging dabei um die Wiedereinführung der Zuschussvariante im KfW-Programm „Altersgerecht Umbauen“. Nur rund 1,5 Prozent aller Wohnungen gelten heute als barriere reduziert. Für Seniorinnen oder Senioren jenseits der Rentengrenze ist ein Zuschuss für barriere reduzierte Umbaumaßnahmen besser geeignet als ein Darlehen. Bundestag und Bundesregierung sind deshalb gefordert, das KfW-Programm „Altersgerecht Umbauen“ auch in einer Zuschussvariante fortzuführen. Sie sollten dafür jährlich mindestens 100 Millionen Euro aufwenden. Ferner forderte der ZVSHK eine stärkere Sensibilisierung der Öffentlichkeit zum barriere freien Wohnen. Zudem sollte das Thema barriere freies Wohnen in Zukunft losgelöst werden von der Vorstellung der unmittelbaren Pflegebedürftigkeit.

Ableitend aus den Problemstellungen der Handwerkspraxis, die der SHK-Unternehmer Eberhard Bürgel aus Nienburg anschaulich darstellte, wurden die ZVSHK-Wahlprüfsteine „Demografie“ in den Fokus der Diskussion mit den Bundestagsvertretern der Fraktionen CDU, SPD, FDP und Die Linke gestellt. Es wurde herausgearbeitet, dass Darlehen an ältere Menschen von Hausbanken kaum vergeben werden. Wer gibt einem über 70-Jährigen mit 800 Euro Rente/Monat ein Darlehen? Hierfür ist eher ein

Zuschuss geeignet. Die Darlehensvariante wird regelmäßig für Menschen mittleren Alters und nicht für Verbraucher „70plus“ in Frage kommen.

Die Diskussion mit den Vertretern der Bundestagsfraktionen gab Anlass zu hoffen, dass die Zuschussvariante im KfW-Programm „Altersgerecht Umbauen“ in der nächsten Wahlperiode wieder aufgesetzt wird. Es ist zudem positiv zu werten, dass die Förderung des altersgerechten Umbaus auch im Altersvorsorgeverbesserungsgesetz (Wohn-Riester) aufgenommen wurde. Dies setzt einen Anreiz für die rechtzeitige bauliche Vorsorge.

Die begleitenden Fachforen „Aus der Handwerkspraxis“ und „Aus der Wissenschaft“ flankierten die fachliche Bedeutung des Symposiums. Die Begleitausstellung „Badkomfort für Generationen“ zeigte den Teilnehmern die Gewinnerprodukte des ZVSHK-Produkt-Awards 2013.

Auf dem Symposium konnte der ZVSHK gegenüber Politik und Öffentlichkeit deutlich machen, dass die qualifizierten SHK-Fachbetriebe die ersten Ansprechpartner am Point of Sale für den privaten Hausbesitzer sind. Sie haben im Jahr 2012 rund 480.000 private Bäder saniert, davon immerhin ein Drittel altersgerecht. Die Veranstaltung zeigte, dass die baulichen Herausforderungen des demografischen Sanierungspotenziales nur gemeinsam mit Handwerk, Architekten, Bauherrn/Immobilienbesitzern, Wohnungswirtschaft und der Gesundheitswirtschaft zu meistern sind. Das Zusammenspiel dieser aktiven Marktteilnehmer sollte dafür optimal – ohne große bürokratische Hürden – im Sinne der Betroffenen funktionieren.



Ölsymposium ZVSHK und



m

IWO

Zeit:
20. September 2013
 Ort:
Berlin

Handwerk und Ölwirtschaft veranstalten kurz vor der Bundestagswahl zum sechsten Mal das gemeinsame Ölsymposium. In Berlin trafen sich über 100 Fachleute aus Handwerk, Handel und Industrie, um über die großen Themen der Energiewende im Wärme- markt zu diskutieren. Gastgeber waren der ZVSHK gemeinsam mit dem IWO, dem Institut für Wärme und Öltechnik.

Verbote, Bevormundung und Regulierungswahn passen aus Sicht des ZVSHK nicht in eine Gesellschaft, in der die freie Meinungsbildung und die Eigenverantwortung der Menschen die entscheidenden Triebfedern der Zukunftsgestaltung bleiben sollten. Dies wird gestützt durch die Ergebnisse der vom IWO beauftragten Studie „Energetische Gebäudesanierung in Deutschland“. Mischt sich der Staat zu sehr ein, steigen die Kosten – insbesondere wenn der Einsatz bestimmter Technologien oder Energien bei der Sanierung vorgeschrieben wird.

Die von den Grünen geführte Landesregierung in Baden-Württemberg hat 2013 vorgemacht, mit welchen drastischen Markteingriffen grüne Politik Anlagenbetreiber zu Energieeffizienz und Klimaschutz zwingen will. Bisher sieht das landeseigene Wärmegesetz die Einbindung von zehn Prozent Erneuerbaren Energien bei einer Heizkesselsanierung vor. Ab Mitte 2014 sollen es 15 Prozent sein. Der Einsatz von Bioheizöl soll zukünftig überhaupt nicht mehr angerechnet werden können.

Dies zeigt einmal mehr: Die Energiewende ist für unser Land zu wichtig, um sie allein den Politikern zu überlassen. Aber das ist leichter gesagt, als getan. Gerade der Bundestagswahlkampf hat eindringlich bestätigt: Die ohnehin in der politischen und öffentlichen Wahrnehmung auf den Strommarkt beschränkte Energiewende wird fast nur noch unter sozialpolitischen Aspekten beleuchtet. „Luxus Strom“ hat der Spiegel dazu im Sommer 2013 getitelt.

Das Thema Wärme bleibt losgekoppelt von der großen Herausforderung Energiewende. Die Alternative liegt zwischen „Weiter so“ und „Regulierungswut“. Keine guten Aussichten für eine zukunftsfähige Reform des Wärmemarktes im Sinne einer wirklichen Energiewende. Handwerk und Mineralölwirtschaft bleiben gemeinsam gefordert, wenn es gilt, die Heizungserneuerung in Deutschlands Kellern endlich zu einem wirklichen Motor für die Verwirklichung der Energiewende zu machen – mit oder ohne politische Unterstützung.

Vom technischen Standpunkt aus betrachtet, gehört den Hybridsystemen die Zukunft der Wärmeversorgung. Immer mehr Heizungsanlagen bestehen aus

zwei oder mehr Wärmeerzeugern, die unterschiedliche Energieträger und mindestens eine erneuerbare Wärmequelle nutzen. Die sogenannten Hybridheizungen enthalten meist einen Pufferspeicher, um die Wärme aus Sonne, Biomasse oder Umweltwärme für ein paar Stunden oder Tage zwischenlagern zu können. Dies ist notwendig, da die zusätzlich eingebundenen Erneuerbaren Energien nicht schnell regelbar nach Bedarf zur Verfügung stehen.

Nach Umfragen des IWO wurde bereits 2012 fast jede zweite Öl-Brennwertheizung mit Solarthermie kombiniert. Die enormen Zuwachsraten der Erneuerbaren Energien und die politische Forderung für den weiteren Ausbau zeigen, dass diese Entwicklung noch weiter zunehmen wird.

Die Vorteile eines Hybridheizungssystems liegen auf der Hand. Die Einbindung Erneuerbarer Energien spart im Wesentlichen fossile Energieträger, senkt die Energiekosten und schafft mehr Unabhängigkeit von einzelnen Energieträgern. Doch selbstverständlich hat ein solches Heizungssystem auch Nachteile. Kunden müssen mit höheren Anschaffungskosten rechnen, benötigen eine intelligente Regelung, weil die Komplexität des Systems zunimmt und mehr Platzbedarf zur Unterbringung besteht. Gleichzeitig nehmen auch Beratungs-, Planungs-, Installations- und Wartungsaufwand zu.

Doch welche Chancen und Risiken bedeutet die komplexer werdende Systemtechnik für das Heizungsbauerhandwerk? Kunden und Politik fordern effiziente Heizungssysteme mit der Einbindung Erneuerbarer Energien. Die technischen Kombinationsmöglichkeiten und damit die gesamte Komplexität der Anlagen nehmen zu. Folglich steigt auch der Beratungs- und Planungsablauf, um dem gestiegenen Anforderungsprofil des Kunden gerecht zu werden. Diese Dienstleistung ist neu. Der Kunde muss für seine gewachsenen, aber durchaus zeitgemäßen Anforderungen, einen höheren Preis bezahlen. Die erste Herausforderung für das Heizungsbauerhandwerk besteht darin, dem Kunden diesen Mehrpreis verständlich zu machen. Der Kunde muss heute eine Dienstleistung bezahlen, die er „früher“ nicht bezahlen musste, weil es sie bisher nicht gab. Umfragen haben ergeben, dass die Zahl der Bürokräfte im Ver-

hältnis zu Monteuren bei Heizungsbaubetrieben in den letzten Jahren stark zugenommen hat. Die gestiegenen bürokratischen Anforderungen sowie der erhöhte Planungs- und Beratungsaufwand zählen zu den Hauptursachen.

Bei Erteilung des Auftrags geht es in die Detailplanung. Bei der Auswahl der Komponenten liegt die zweite Herausforderung. Die unterschiedlichen Komponenten müssen sicher, qualitativ hochwertig und miteinander kombinierbar sein. Nur bei geeigneten Produkten können Installationsaufwand, Inbetriebnahme und Störanfälligkeit entsprechend den Anforderungen an eine moderne Anlage gerecht werden.

Die dritte Herausforderung für das Handwerk ergibt sich bei der Installation. Hydraulik, Anbindung an den Pufferspeicher und Programmierung der Regelung werden gemeinhin als größte Hürden bei der insgesamt aufwendigen Installation einer Hybridheizung gesehen.

Diese Herausforderungen ziehen im Gesamtpaket eine weitere Herausforderung an das Handwerk nach sich. Die erhöhten Anforderungen in dem gesamten Prozess Beratung, Verkauf, Planung, Installation,

Inbetriebnahme und Wartung einer Hybridheizung erfordern einen qualifizierten Heizungsbaubetrieb. Qualifikation und Weiterbildung werden eine immer wichtigere Rolle spielen. Betriebe, die nicht den steigenden Anforderungen gerecht werden, müssen in Zukunft mit vermehrten Störungen rechnen, ausgelöst durch Planungs-, Installations- oder Regelungsfehler. Betriebe, die ihren Kunden eine professionelle Beratung und Planung in Rechnung stellen, sollten selbst einen Teil der zusätzlichen Gewinne durch die „neue“ Dienstleistung in Weiterbildung investieren, denn nicht nur die Kunden müssen in die geänderten Anforderungen investieren, sondern auch die Heizungsbaubetriebe.

Dieser Änderungsprozess verlangt Schulungen und Weiterbildungen, die nicht ausschließlich durch die Hersteller angeboten werden dürfen. Rein herstellerbasierte Schulungen werden die Technologieoffenheit und Kombinierbarkeit der Anlagen nicht unterstützen, sondern sich auf Systemlösungen spezialisieren. Das Handwerk ist folglich mehr denn je gefordert, eigene Schulungen und Weiterbildungen zu entwickeln und anzubieten. Dies kann nur über eine herstellerunabhängige gemeinsame Interessenvertretung, wie eine funktionierende Verbandsorganisation, umgesetzt werden.

Branchenfor Online-PR



Bericht von der
Veranstaltung



um

Zeit:
21. November 2013
Ort:
Frankfurt am Main

Es ist einiges los im World Wide Web, gerade auch in der SHK-Branche. Es gibt nichts, was der Kunde nicht inzwischen online kaufen kann. Von der Badewanne bis zum Blockheizkraftwerk ist alles möglich. Zwar bewegen sich die Verkaufszahlen der SHK-Branche noch auf niedrigem Niveau, aber andere Branchen zeigen den Weg. Grund genug für den ZVSHK am 21. November 2013 das Branchenforum Online-PR zu veranstalten.

Allein der Deutschlandumsatz des weltgrößten Onlinehändlers betrug 2012 über 6,5 Milliarden Euro. Laut Institut für Handelsforschung in Köln erwirtschaftete der Online-Handel in Deutschland 2012 insgesamt 33 Milliarden Umsatz. Dies ist ein Plus von 15 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Das gesamte Handelsumfeld, so Martin Barthel, Mitglied der Geschäftsführung von Ebay, sei im Moment dabei, sich signifikant zu verändern: Die Grenzen zwischen Online- und Offline-Handel lösten sich durch die mobilen Technologien zunehmend auf und würden bald ganz verschwinden.

40 Prozent der Deutschen nutzen mittlerweile ein Smartphone, ein Viertel dieser Personen hat ihr Gerät immer dabei. Knapp ein Drittel der mobil durchgeführten Internetrecherchen endet inzwischen im stationären Handel. Das Smartphone dient also auch zum Teil als Zubringer zwischen Online- und Offline-Shop. Die Notwendigkeit der Kombination aus stationärem und Online-Geschäft wird auch für den Einzelhandel somit immer wichtiger.

Knapp ein Viertel der organisierten SHK-Betriebe hat keine eigene Webpräsenz. Dies ist das Ergebnis einer repräsentativen Befragung des ZVSHK im Herbst 2013. Wie sieht deren Zukunft aus? Schaffen es diese kleinen regionalen Bastionen der Old Economy im Markt zu bestehen? Können sich diese Handwerksbetriebe auf ihrem Kundenstamm und der in der Tat meist hervorragenden Kundenbindung ausruhen oder sterben deren Stammkunden irgendwann aus?

Der Onlinehändler Reuter – nach eigenen Angaben einer der größten Fach- und Onlinehändler für Bad und Wohnkultur in Europa – mischt derzeit die SHK-Branche auf. Nach eigenen Angaben interessieren sich monatlich 1,5 Millionen Besucher für den Onlineauftritt von Reuter und ordern aus den angeblich 500.000 Artikeln, die sofort ab Lager verfügbar sein sollen. Mittlerweile hat der Onlinehändler vom Niederrhein sein Angebot um Badausstellungen in Mönchengladbach und Freiburg ergänzt; auch bietet er telefonische Beratung und einen Handwerkerservice.

Wie reagieren hierauf Hersteller, Handel und Handwerk? Werden die unzweifelhaft vorhandenen, vielfäl-

tigen Vorteile des Kaufs im SHK-Fachbetrieb von allen Marktpartnern und möglichst gleichlautend offensiv kommuniziert? Der ZVSHK hat die Argumente in seiner Verbraucherinformation „Mehr Wert durch Handwerk“ komprimiert zusammengestellt. Er hat Handel und Hersteller aufgefordert, vermehrt mit einer Stimme zu sprechen und die Argumente zu nutzen.

Im Internet werden viele Sanitär- und Heizungsobjekte auf den ersten Blick günstiger angeboten als beim Fachbetrieb. Aber der Fachmann leistet eben auch mehr als ein Warenhändler: Wer sagt dem Endkunden, dass es sich bei den unzähligen Produktvarianten um das richtige Produkt handelt? Wer prüft die gelieferte Ware auf Vollständigkeit? Passen alle Teile überhaupt zusammen? Wer übernimmt die Haftung? Hat der Endkunde genug Zeit für Recherche, Warenannahme und eventuelle Rückabwicklungen eingeplant? Kennt er die aktuellen rechtlichen Rahmenbedingungen, Umweltverordnungen und die Schallschutzbestimmungen? Und wen ruft er an, wenn es um die Wartung seiner neuen Heizungsanlage geht? Wer kennt sich dann mit den im Internet gekauften Produkten aus?

Was sich in der Theorie klar und einfach anhört, kann in der Praxis schnell zum Streitfall werden. Das neue Waschbecken hat plötzlich einen Sprung? War dies ein Materialfehler und ist somit der Internethändler Ansprechpartner des Kunden oder handelt es sich vielmehr um einen Montagefehler? Dann muss sich der Kunde an seinen Handwerker wenden. Wie soll der Endkunde, der alle 20 Jahre einmal sein Bad modernisieren lässt, dies beurteilen können? Zwei Ansprechpartner können da auch schnell zu doppelt so vielen Problemen führen. Dies sind nur einige Beispiele, die zeigen, dass es für den Endkunden nervenschonender und komfortabler sein kann, seinen Fachbetrieb vor Ort zu beauftragen.

Der ZVSHK wollte auf seinem Branchenforum wissen: Wie können die Stärken der Branche besser als bisher, gerade auch im Internet, transportiert werden? Er hat hierzu ein umfangreiches White Paper „Gezielte Online-PR auf den Internetseiten des SHK-Handwerks“ entwickelt. Das Dokument wurde in Zusammenarbeit mit versierten Online-Journalisten erarbeitet. Es gibt Tipps und Hinweise, wie die Branche ohne

große Medieninvestitionen mit anspruchsvollen Inhalten gemeinsam mehr Markt machen kann.

Untersuchungen der Arge Neue Medien haben gezeigt, dass auf den Internetseiten von Herstellern, Handel und Handwerk noch viel zu tun ist. Aus Sicht des ZVSHK ließen sich die potenziell rund 30.000 Internetfirmenseiten des SHK-Handwerks als PR-Plattform auch für Herstellerinformationen nutzen. Denn der durchschnittliche SHK-Betrieb mit vier bis fünf Mitarbeitern sucht nach attraktiven und für seine Endkunden relevanten Inhalten. Im Zusammenspiel mit seinen regionalen Handwerksdienstleistungen können Hersteller und auch Großhandel ihn in bilateralen Kooperationen aktiv unterstützen.

Dienstleistungsorientierte und verkaufsstarke SHK-Betriebe beklagen immer wieder die fehlende Kompetenz der Branchenhersteller, wenn es um die Bereitstellung von für Endkunden relevanten, interessanten Inhalten geht. Dies fängt bei marketinglastigen Presstexten an und hört bei produktverliebten Fotos nicht auf.

Hersteller, die sich hier verbessern wollen, lesen ebenfalls die Handlungsempfehlungen aus dem White Paper. Geld für Pressearbeit und Agenturen wird ohnehin ausgegeben. Somit kann es sinnvoll sein, dass Inhaltsangebote von mehreren SHK-Betrieben parallel genutzt werden können. Auf diesem Weg erreichen Hersteller und Großhandel Endkunden direkt und sie platzieren ihre Produkte und leisten gezielt Markenaufbau beim Endkunden.

Aus Sicht der Online-Marketing-Experten war 2013 das Jahr der Online-PR. Es gab keinen Newsletter, der nicht das hohe Lied der herausragenden Bedeutung von guten Inhalten gesungen hat. Schaut man dann allerdings in die Praxis, so gibt es noch sehr viel zu tun. So fehlt es nach wie vor auch an den technischen Möglichkeiten, Inhalte auf die Handwerkerhomepages automatisch durchzuleiten. Der ZVSHK setzt dieses Angebot bereits um. Einige Landesverbände und Innungen und auch Betriebe haben sich diesem sogenannten Inhaltslogistik Management (ILM) angeschlossen.

Der Titel des Branchenforums lautete entsprechend: „Mit Inhalt Markt machen im Internet“. Das Forum,

bei dem Branchenvertreter von Handwerk, Industrie und Handel sowie externe Online-Experten referierten und den Teilnehmern Rede und Antwort standen, ging auf die eingangs beschriebenen Veränderungen und Konsequenzen durch die zunehmende Digitalisierung für den SHK-Handel ein. Zudem wurden beispielhafte Projekte und Erfahrungen aus der Praxis vorgestellt, die sowohl die Besonderheiten und Chancen des Online-Handels verdeutlichen als auch dessen großes Potenzial für die SHK-Branche anschaulich belegen.

Die übergeordnete Zielsetzung der Veranstaltung der mit über 100 Teilnehmern gut besuchten Veranstaltung orientierte sich an den fundamentalen Fragen für die ganze SHK-Branche: Wie gelingt es der SHK-Branche im Internet, das Leistungsspektrum für Endkunden besser darzustellen? Welche Rolle spielt dabei der Inhalt? Wie sehen erfolgreiche Kooperationen zwischen Herstellern und Handwerkern aus? Welche Inhalte stützen den Verkauf? Welche technischen Lösungen gibt es hierzu? Was können Hersteller, Handwerk und Großhandel konkret tun?

Der Internetpublizist Tim Cole referierte als Keynote Speaker über den Erfolg von Internetauftritten („So läuft der Online-Laden“). Dabei stellte er fünf wesentliche Online-Trends vor, die die Entwicklung des Internets in den kommenden Jahren prägen: die totale Vernetzung, Auswahl, Information, Kommunikation und Mobilität.

„Vernetzung bedeutet Veränderung“, wusste bereits Vinton Cerf, der Vater des Internets. So bestimmt die totale Vernetzung mehr und mehr unseren Alltag, in dem Geräte des alltäglichen Gebrauchs wie beispielsweise Kühlschränke und Personenwaagen vernetzt und über mobile Apps verbunden werden oder ganze Einrichtungen mit Online-Software von Möbelanbietern geplant und direkt über das Internet zur Abholung oder Lieferung bestellt werden. Die digitale Transformation ist bereits in vollem Gange. Das Problem dabei: die Definition von Schnittstellen und die damit einhergehende unvollständige Datenübertragung in den operativen Geschäftseinheiten vieler Anbieter.

Der Kunde hat über die totale Auswahl eine große Macht im digitalen Zeitalter, sei es über das immense

Angebot und die Marktübersicht oder die Preistransparenz und Interaktion. In der vernetzten Wirtschaft wird das Wissen um den Kunden über Erfolg und Misserfolg entscheiden, sagte Cole. Da Information aber nicht mit Wissen gleichzusetzen ist, empfiehlt er zur Gewinnung von wertvollem Kundenwissen, vom Kunden her zu denken und von ihm zu lernen. Das führte Cole direkt zum nächsten Trend – dem Trend der totalen Information: Bei der Gewinnung von Kundenwissen sollten alle Marktbeteiligten Unternehmen stets mit offenen Karten spielen, was die Erhebung von Daten und den Umgang mit diesen betrifft. Die Orientierung an ethischen Grundsätzen und rechtlichen Vorgaben sollte für einen jeden Wirtschaftenden selbstverständlich sein.

Unter der totalen Kommunikation als Trend versteht Tim Cole die altersgruppenübergreifende und zunehmende Internetpräsenz, verbunden mit der permanenten Vernetzung und Interaktion des Einzelnen über soziale Netzwerke wie beispielsweise Facebook. Die neuen Kunden seien ganz anders als die alten Kunden. Die einfache chronologische Wertschöpfungskette von der Betrachtung einer Printanzeige bis zum Kauf eines Produktes im Laden habe sich im Zuge dessen zu einer komplexen Wertschöpfungskette mit einer Vielzahl von onlinegebundenen Ansichts- und Auswahloptionen verändert.

Cole begreift die Komplexität als Chance und rät, den Kunden ernst zu nehmen und auf Augenhöhe mit ihm zu kommunizieren, ihn im Idealfall zum „Freund“ zu machen und ihn so nachhaltiger zu binden. Die Frage, wohin die Reise geht, beantwortete Cole mit der totalen Mobilität. So werden Webseiten seiner Ansicht nach mehr und mehr verschwinden und zunehmend durch mobile Anwendungen („App Economy“) verdrängt. Immer mehr Kunden können im Prinzip von überall Produktinformationen abrufen und Services abonnieren. Es wird daher auch für die SHK-Branche unabdingbar sein, mobile Angebote für ihre Kunden zu schaffen und die „digitale“ Mobilität in ihre Arbeitsabläufe einzubauen.

Frank Kny, Geschäftsführer Arge Neue Medien der SHK-Industrie e.V., beleuchtete den Internet Status quo und Potenziale für die SHK-Branche. Er konfrontierte das Auditorium eingangs mit Zahlen und Fak-

ten, um die Dimensionen des Internets und damit dessen Bedeutung noch fassbarer zu machen. Frapierendes Beispiel: 4,8 Milliarden Menschen weltweit benutzen ein Handy, ein Smartphone oder ein Tablet, aber „nur“ 4,2 Milliarden eine Zahnbürste. 1,8 Millionen Unternehmen mit zehn Millionen Mitarbeitern befinden sich in Deutschland in einem Stadium der Vordigitalisierung. Nur 60 Prozent der deutschen Mittelständler haben eine eigene Website. Davon nutzen wiederum nur 40 Prozent Online-Marketing-Maßnahmen – ungeachtet der Tatsache, dass die große Mehrheit aller Kunden das Internet mittlerweile vor jeder Kaufentscheidung zu Rate zieht.

Der Vergleich über den Internet Page Score (IPS) zwischen Industrie, Großhandel und Handwerk zeigt laut Kny ein deutliches Verbesserungspotenzial für das Handwerk auf. Um die Präsenz und damit Wettbewerbsfähigkeit auch online zu optimieren, empfiehlt Kny die Erledigung folgender Hausaufgaben:

- die Verbesserung der Auffindbarkeit über Google
- die Optimierung der Inhalte für Suchmaschinen (SEO-Marketing)
- die gezielte Platzierung von Links zu Service- und Beratungsangeboten
- das Nutzen von Web 2.0 bzw. dessen erweiterter Funktionalität
- das stärkere Denken in lokalen Zusammenhängen (regionaler Markt)
- die stärkere Ausrichtung der Online-Präsenz und Kommunikation auf die Endverbraucher

Für die Kunden selbst ist die Branchenstruktur laut Kny nicht von Relevanz. Er interessiert sich dagegen direkt für die Produkte, Marken und Lösungen. Während die Markenpräsenz gut ist, finden die Kunden selten passende Ausstellungen und qualifizierte Berater, beispielsweise zum Thema Bad. Spezielle Produktbegriffe führen den Endverbraucher dagegen direkt in den dreistufigen Vertriebsweg, in dem die gebündelte Expertise und das Know-how des SHK-Marktes steckt. So ist ein optimiertes Internet-Angebot der Branche mit den Worten von Frank Kny nur durch alle Marktpartner zu schaffen und sinnvoll. Hier sind neben den Unternehmen zur SEO-Optimierung und Vernetzung auch die Verbände von Handwerk, Industrie und Handel mit ihrem Support gefragt, um zum

Beispiel vertriebsstufenübergreifende Vernetzungsangebote für ihre Mitgliedsunternehmen bereitzustellen.

Abschließend ging Frank Kny auf die Bedeutung und die Themen sozialer Medien ein. So lesen 73 Prozent der Internetnutzer vor einer Bestellung die Bewertungen anderer Kunden. 44 Prozent von ihnen teilen am liebsten Erfahrungen mit Produkten und Dienstleistungen. Die Deutschen verbringen durchschnittlich 54 Minuten am Tag im Internet, die Altersgruppe bis 19 Jahre sogar 77 Minuten im Schnitt. Das Teilen von Erfahrungen, Wissen und Inhalten im Internet nimmt rasant zu. Die Frage ist laut Kny also nicht ob, sondern wie die SHK-Fachschiene die sozialen Medien nutzt oder nutzen wird. Er ermutigt die SHK-Unternehmer, Social Media in ihre Internetstrategie einzubinden und sich nicht von einer anfänglich spärlichen Resonanz entmutigen zu lassen, sondern Geduld zu haben, im Netz zu bleiben und weiter Erfahrungen, Wissen und Inhalte zu teilen.

Konkrete Projekte zum Austausch von Inhalten im SHK-Handwerk sowie damit verbundene Anforderungen, Angebote und Möglichkeiten stellte Frank Senger vor, Vorsitzender des Bezirks Braunschweig Fachverband SHK-Niedersachsen und SHK-Unternehmer. Zum Einstieg zitierte Frank Senger Ergebnisse aus der ZVSHK-Konjunkturumfrage (Herbst 2013), Schwerpunkt Handwerker-Homepages. Die Zahlen:

- vier von fünf Handwerksunternehmen verfügen über eine eigene Homepage
- 64 Prozent der Betriebe aktualisieren diese Homepage nur einmal pro Jahr
- 93 Prozent präsentieren dort ihre Dienstleistung und nur 37 Prozent die verwendeten Produkte

Das Resümee bezüglich der Inhalte (Content): Werden vorgegebene Inhalte verwendet, stammen diese größtenteils von den Herstellern. In Zukunft wird eine vermehrte Bereitstellung der Inhalte über die SHK-Organisation gewünscht. Dabei bevorzugt knapp die Hälfte der Betriebe eine automatisierte Übernahme von Inhalten. Neben der Frage nach den Quellen für Inhalte (ZVSHK, Arge, Hersteller, Großhandel, Fachverband, Presstexte, Fachmedien u. a.) ist immer deren rechtlich abgesicherter Nutzungsumfang vom Homepage-Betreiber zu bedenken.

Frank Senger zeigte zwei Projektbeispiele als bewährte Redaktionssysteme, AutoInfo und ILM2. Bei AutoInfo, dem ersten Projekt, handelt es sich um die automatische Übernahme von Infoboxen beziehungsweise Informationen (AutoInfo) des ZVSHK (www.wasserwaermeluft.de) auf die Startseite des Fachverbands Niedersachsen (www.fvshk-nds.de), die Startseiten der Innungen NDS (www.shk-bs.de) und die Startseiten von Innungsbetrieben NDS (www.senger-shk.de). Zum Ablauf: Der ZVSHK stellt die entsprechenden Inhalte bereit. Texte und Bilder werden automatisch auf den angeschlossenen Seiten übernommen und auf den Startseiten von Innungsbetrieben und Handwerkern aus dem Fachverband Niedersachsen angezeigt.

Beim ILM2-Projekt (Inhaltslogistik-Management) handelt es sich um die zielgerichtete Publikation und Übernahme von Inhalten von Nutzern des ILM-Clients auf den Internetseiten von angeschlossenen Portalseiten wie dem des Fachverbands Niedersachsen (www.fvshk-nds.de) und der Innungen des Landes Niedersachsen (www.shk-bs.de) sowie der niedersächsischen Innungsbetriebe. Zum Ablauf: Hierbei erfolgt die redaktionelle Arbeit mit dem ILM-Client (Inhaltslogistik-Management) zum zielgerichteten Publizieren von Inhalten (Text und Bild) an Fachverband, Innung und Innungsbetriebe. Ausgewählte Inhalte werden durch den Fachverband, die Innung oder den Innungsbetrieb bezogen. Das Redaktionssystem umfasst auch die Verwaltung und Bearbeitung von übermittelten Informationen.

Die Vorteile für den Betrieb liegen laut Frank Senger klar auf der Hand. So können Inhalte ohne großen Aufwand und technische Kenntnisse übernommen werden. Die angeschlossenen Homepages werden in kurzen Zyklen aktualisiert. Mittels zusätzlicher und nutzwertiger Dienstleistungs- und Produktinformationen wird die Attraktivität der eigenen Website gesteigert, die sich in der Folge gesteigerter Zugriffe und Anfragen erfreut. Die Vorteile für Hersteller, Handel und weitere Inhaltslieferanten: Sie können ihre Inhalte weiter und gezielt verbreiten, erzielen eine verbesserte weil vertiefte Endkundenansprache und sprechen diesen direkt über den Fachbetrieb vor Ort an.

Die Landes- und Fachverbände des ZVSHK

Baden-Württemberg

Fachverband Sanitär Heizung Klima
Baden-Württemberg
Viehhofstr. 11 · 70188 Stuttgart
Tel.: 0711/483091 · Fax: 0711/46106060
E-Mail: info@fvshkbw.de
www.fvshkbw.de
LIM: Joachim Butz
HGF: Dr. Hans-B. Klein

Bayern

Fachverband Sanitär-, Heizungs- und
Klimatechnik Bayern
Pfälzer-Wald-Str. 32 · 81539 München
Tel.: 089/546157-0 · Fax: 089/546157-59
E-Mail: info@haustechnikbayern.de
www.haustechnikbayern.de
LIM: Michael Hilpert
HGF: Dr. Wolfgang Schwarz

Berlin

Innung Sanitär Heizung Klempner Klima
Berlin
Siegmonds Hof 18 · 10555 Berlin
Tel.: 030/399269-0 · Fax: 030/399269-99
E-Mail: info@shk-berlin.de
www.shk-berlin.de
OM: Andreas Schuh
GF: Dr. Klaus Rinkenburger

Brandenburg

Fachverband Sanitär Heizung
Klempner Klima
Land Brandenburg
Am Neuen Markt 11 · 14467 Potsdam
Tel.: 0331/747040 · Fax: 0331/7470499
E-Mail: fachverband@brandenburg-shk.de
www.brandenburg-shk.de
LIM: Wolfgang Bumke
GF: Erik Debertshäuser

Bremen

Innung Sanitär Heizung Bremen
Martinistr. 53 - 55 · 28195 Bremen
Tel.: 0421/22280600 · Fax: 0421/22280617
E-Mail: info@shk-bremen.de
www.shk-bremen.de
OM: Kai Schulz
GF: Andreas Meyer

Hamburg

Landesinnungsverband für Sanitär- und
Heizungstechnik Hamburg
Barnbeker Markt 19 · 22081 Hamburg
Tel.: 040/2999490 · Fax: 040/29994930
E-Mail: info@shk-hamburg.de
www.shk-hamburg.de
LIM: Fritz Schellhorn
HGF: Walter Wohlert

Hessen

Fachverband Sanitär-, Heizungs- und
Klimatechnik Hessen
Sandkauter Weg 15 · 35394 Gießen
Tel.: 0641/97437-0 · Fax: 0641/97437-23
E-Mail: fachverband@shk-hessen.de
www.shk-hessen.de
LIM: Jürgen Jakob
GF: N.N.

Mecklenburg-Vorpommern

Fachverband Sanitär-, Heizungs- und
Klimatechnik Mecklenburg-Vorpommern
Ellerried 1 · 19061 Schwerin
Tel.: 0385/63647-0 · Fax: 0385/63647-20
E-Mail: mv@installateur-mv.de
www.installateur-mv.de
LIM: Martin Ratzke
GF: Hans Müller

Niedersachsen

Fachverband Sanitär-, Heizungs-, Klima-
und Klempnertechnik Niedersachsen
Birkenstraße 28 · 30880 Laatzen
Tel.: 0511/879730 · Fax: 0511/8797390
E-Mail: info@fvshk-nds.de
www.fvshk-nds.de
LIM: Friedrich Budde
GF: Franz Kiehlich

Nordrhein-Westfalen

Fachverband Sanitär Heizung Klima
Nordrhein-Westfalen
Graf-Adolf-Str. 12 · 40212 Düsseldorf
Tel.: 0211/69065-0 · Fax: 0211/69065-29
E-Mail: service@shk-nrw.de
www.shk-nrw.de
LIM: Hans-Joachim Hering
HGF: Hans-Peter Sproten

Rheinland-Pfalz

Fachverband Sanitär Heizung Klima Pfalz
Ludwigsplatz 10 · 67059 Ludwigshafen
Tel.: 0621/5911435 · Fax: 0621/5911450
E-Mail: fvshk@dlz-handwerk.de
www.fvshk-pfalz.de
LIM: Fritz Koch
GF: Katja Groeschel
Fachverband Sanitär-, Heizungs- und
Klimatechnik Rheinland/Rheinhausen
Hoevelstr. 19 · 56073 Koblenz
Tel.: 0261/4063040 · Fax: 0261/4063023
E-Mail: info@shk-dienst.de
www.shk-dienst.de
LIM: Helmut Gosert
GF: Reinhard Horre

Saarland

Landesinnung Saarland Sanitär-,
Heizungs- und Klempnertechnik
Grülingsstr. 115 · 66113 Saarbrücken
Tel.: 0681/94861-0 · Fax: 0681/94861-99
E-Mail: shk@agvh.de
www.innung-shk-saar.de
LIM: Werner Thielen
GF: Martin Weisgerber

Sachsen

Fachverband Sanitär Heizung Klima
Sachsen
Friedrich-Ebert-Str. 19 b
04416 Markkleeberg
Tel.: 0341/200537-0 · Fax.: 0341/20053799
E-Mail: fvshk.sachsen@installateur.net
www.installateur.net
LIM: Herbert Reischl
GF: Sven Fischer

Sachsen-Anhalt

Fachverband Sanitär-, Heizungs-, Klima-
und Klempnertechnik Sachsen-Anhalt
Gustav-Ricker-Str. 62 · 39120 Magdeburg
Tel.: 0391/6269640 · Fax: 0391/6269643
E-Mail: fvshk-sa@installateur.net
www.shk-lsa.de
LIM: Andreas Röber
GF: Dr. Hans-Michael Dimanski

Schleswig-Holstein

Fachverband Sanitär Heizung Klima
Schleswig-Holstein
Rendsburger Landstr. 211 · 24113 Kiel
Tel.: 0431/981690 · Fax: 0431/93877
E-Mail: installateur@bf-handwerk.de
www.installateur-sh.de
LIM: Eckart Dencker
HGF: Enno de Vries

Thüringen

Fachverband Sanitär Heizung Klima
Thüringen
Lossiusstraße 1 · 99094 Erfurt
Tel.: 0361/6759-163 · Fax: 0361/6759-222
E-Mail: info@shk-thueringen.de
www.shk-thueringen.de
LIM: Ulrich Kössel
GF: Dr. Hans-Michael Dimanski